

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

83. Sitzung
24. September 2025

Beginn: 10.04 Uhr
Schluss: 18.44 Uhr
Vorsitz: Stephan Schmidt (CDU);
zeitweise Andreas Geisel (SPD), stellv. Vorsitzender

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Informationen und Beschlüsse zu den Komplexen
– Mitteilungen des Vorsitzenden,
– Überweisungen an die Unterausschüsse,
– Konsensliste,
– sonstige geschäftliche Mitteilungen,
soweit nicht in der Ausschusssitzung darüber diskutiert wurde,
sind gegebenenfalls im Beschlussprotokoll verzeichnet.

Darüber hinaus hat der Ausschuss besprochen:

Der **Ausschuss** stimmt der Tagesordnung einschließlich 1. und 2. Mitteilung zu.

Steffen Zillich (LINKE) geht auf den Bericht rote Nr. 1681 D – Entwicklung der Schülerzahlen sowie mittelfristige Lehrkräftebedarfsplanung – ein, für den gemäß Konsensliste eine Fristverlängerung bis 12. November 2025 gewährt werden solle. Ursprünglich sei der Bericht bis Frühjahr 2025 vorzulegen gewesen, was aufgrund wiederholter Fristverlängerungen bislang nicht geschehen sei. Dass der Bericht nun erst während der zweiten Lesungen der Einzelpläne vorgelegt werden solle, sei aber nicht hinzunehmen. Er möge spätestens bis zu Beginn der Herbstferien am 20. Oktober 2025 eingereicht werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass diesbezüglich Einvernehmen bestehe. – Er schlage weiterhin vor, TOP 2 – Viertes Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2024/2025 – und TOP 3 – Statusbericht über die Haushaltslage per 30. 06. 2025 – gegen

13.30 Uhr aufzurufen, da der Finanzsenator dann anwesend sein werde. – Auch hierzu sehe er Einvernehmen.

Fortsetzung der Haushaltsberatungen 2026/2027 (1. Lesung)

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – [2400](#)
Drucksache 19/2627 Haupt(f)
**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2026 und 2027
(Haushaltsgesetz 2026/2027 – HG 26/27)**

Mitberaten werden:

- a) Vorlage – zur Kenntnisnahme – [2401](#)
Drucksache 19/2626 Haupt
Finanzplanung von Berlin 2025 bis 2029
(überwiesen gemäß § 32 Abs. 6 GO Abghs auf Antrag
der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- a1) Bericht SenStadt – IV A 16 – vom 31.07.2025 [2131 G](#)
Investitionsprogramm 2024 bis 2028 Haupt
**Eigenkapitalzuführung an landeseigene
Wohnungsbaugesellschaften für die Förderung des
Wohnungsbaus**
**hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion
Bündnis 90 / Die Grünen**
(Berichtsauftrag aus der 72. Sitzung vom 19.02.2025)
- a2) Bericht SenWiEnBe – IV D 11 – vom 18.08.2025 [2131 H](#)
Feste Obergrenze bei GRW-Maßnahmen Haupt
(Berichtsauftrag aus der 77. Sitzung vom 04.06.2025)
- a3) Bericht SenFin – II A – vom 04.09.2025 [1941 C](#)
Disponibilitätsindex (Finanzplanung 2024-28) Haupt
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025)
- b) Bericht SenFin – Fin II B 13 WT – vom 25.08.2025 [2400 A](#)
IKT-Titelliste 2026/2027 Haupt
- c) Bericht SenFin – II B 13 WT – vom 27.08.2025 [2400 B](#)
FM-Titelliste 2026/2027 Haupt

- d) Vertraulicher Bericht SenFin – I A 12 – vom 12.06.2025
Kreditermächtigungen gemäß § 3 Abs. 3 BerlSchuldenbremseG für die Jahre 2025 und 2026 für die als Extrahaushalte eingestuftes Landesunternehmen hier: Nachfragen zur Kredithöhe zum 31.12.2024 sowie zur BEN
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025) [2222 B](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung
- e) Bericht SenFin – Fin II B Ne – vom 21.08.2025
Bericht zu doppelt veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen für den Doppelhaushalt 2026/2027
(Berichtsauftrag aus der 79. Sitzung vom 02.07.2025) [2379](#)
Haupt
- f) Bericht RBm – Skzl – I A – vom 16.06.2025
Drittes Nachtragshaushaltsgesetz 2024/2025 hier: Diskussionstand zur Schuldenbremse
(Berichtsauftrag aus der 69. Sitzung vom 04.12.2024) [2026 DF](#)
Haupt
- g1) Bericht SenFin – II A – vom 15.06.2025
Möglichkeiten der Schuldenaufnahme für den Klimapakt
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025) [1872 C](#)
Haupt
- g2) Vertraulicher Bericht SenFin – I A 1 – vom 28.07.2025
Klimapakt
(Berichtsauftrag aus der 69. Sitzung vom 04.12.2024 und 65. Sitzung vom 04.09.2024) [1872 D](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung
- h) Bericht SenFin – Fin II LIP 6 / II BfdH (V) – vom 20.08.2025
Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) Controlling 2025 (Statusbericht)
(Berichtsauftrag aus der 73. Sitzung vom 05.03.2025) [2377](#)
Haupt
- i) Bericht SenFin – II F 24 – vom 03.09.2025
Neue Praxis zur Veranschlagung von Investitionsmaßnahmen
(Berichtsauftrag aus der 72. Sitzung vom 19.02.2025) [1905 H](#)
Haupt

Vorsitzender Stephan Schmidt verweist auf die in der 77. Sitzung des Hauptausschusses am 4. Juni 2025 beschlossenen Verfahrensfestlegungen: Demnach würden die Einzelpläne teilweise aufgerufen, Zurückstellungen von Titeln seien zu beantragen; es erfolge keine Abstimmung darüber. Kapitel und Titel, zu denen Berichte angefordert seien, gälten als zurück-

gestellt. Schriftliche Berichtswünsche für die zweite Lesung der Einzelpläne mögen im Rahmen der Aussprache mitgeteilt werden. Sie könnten auch im Nachgang zur Sitzung bis 26. September 2025, 12 Uhr, schriftlich eingereicht werden.

Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz –

Kapitelübergreifend

Silke Gebel (GRÜNE) kündigt an, ihre Fraktion werde schriftlich einen Berichtswunsch einreichen, der sich auf die Darstellung der gesetzlich gebundenen und der nicht gesetzlich gebundenen Mittel auf Ebene der Titel für die einzelnen Kapitel beziehe.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so solle verfahren werden.

Kristian Ronneburg (LINKE) erklärt, auch seine Fraktion werde zwei kapitelübergreifende Fragen schriftlich einreichen. Diese beträfen zum einen die Frage, woraus die Steigerung der Einnahmen aus Zuschüssen und sonstigen Zuweisungen resultiere, und zweitens, wie im Einzelplan Vorsorge getroffen worden sei, damit Zuwendungsempfänger die Tarifangleichungen für 2026 und 2027 nachvollziehen könnten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, auch dem solle entsprochen werden.

Kapitel 0600 – Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Titelübergreifend

Silke Gebel (GRÜNE) teilt mit, ihre Fraktion werde bezüglich der Tarifierungen schriftlich einen Berichtswunsch einreichen, bei dem es insbesondere um die veranschlagte Vorsorge für die Tarifierungen gehe. Zu den Mitteln des Sicherheitstopfs 2023 interessiere übergreifend, wo diese im Haushalts hinterlegt seien bzw. ob die damals eingeführten Maßnahmen nun alle abgewickelt würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, zu beiden Fragen solle schriftlich berichtet werden.

Titel 42260 – Bezüge der Beamtinnen/Beamten für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers –

Kristian Ronneburg (LINKE) erkundigt sich, wie es möglich sei, dass in diesem Titel ein negatives Ist 2024 stehe.

Dirk Sauer (SenJustV) erläutert, die Ursache sei technischer Natur: In diesem Haushaltsjahr hätten Erstattungen durch SenFin stattgefunden, die dafür zentrale Vorsorge getroffen habe. Die Kostenrückerstattungen seien bereits häufiger nicht im selben Jahr erfolgt, in dem die Ausgaben angefallen seien.

Titel 42722 – Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre) –

Kristian Ronneburg (LINKE) konstatiert, dass die Ansätze in diesem Titel stark sanken. Er bitte um Erklärung hierfür.

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) antwortet, die Kosten seien im Haushaltsplanentwurf den tatsächlichen Entwicklungen angepasst worden.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Frank-Christian Hansel (AfD) fragt, weshalb der Ansatz in diesem Titel nur noch ein Achtel des Ansatzes von 2025 betrage, obwohl das Ist 2024 noch höher liege als Letzterer.

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) erklärt, die Senkung des Kostenansatzes sei vor dem Hintergrund der Konsolidierungsmaßnahmen des Haushalts erfolgt.

Titel 53111 – Ausschreibungen, Bekanntmachungen –

Frank-Christian Hansel (AfD) erkundigt sich, weshalb die Mittel unter „Online-Portal Justiz“ und „Werbemaßnahmen zur Bewerbung von Justizberufen“ entfielen. Handele es sich um reine Konsolidierungsmaßnahmen?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) bestätigt, diese Annahme sei korrekt.

Titel 54003 – Geschäftsprozessoptimierung –

Silke Gebel (GRÜNE) merkt an, dass die hier eingestellten Mittel deutlich abgesenkt würden. Ihre Fraktion interessiere, auch in Zusammenhang mit Titel 51135 – Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln –, weshalb der Mittelabfluss bis Juni 2025 so gering sei; sie werde eine entsprechende Frage schriftlich einreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so solle verfahren werden.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Silke Gebel (GRÜNE) bittet um Erläuterung, welche der Teilansätze aufgrund der Finalisierung von Maßnahmen und welche aufgrund der Haushaltskonsolidierung gestrichen worden seien. Es sei zu erwarten, dass die Streichung bestimmter Teilansätze wie z. B. solcher zur Gewinnung und Haltung von Personal, Fortbildung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter etc. Folgekosten erzeugen werde.

Frank-Christian Hansel (AfD) wünscht, der Senat möge bitte den neuen TA 21, „Neue Arbeitswelten“, erläutern. Wie begründe sich außerhalb der Wegfall des TA 9, „Innovationszentrum Legal Tech“?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) erläutert mit Blick auf die Frage, welche Teilansätze aus welchen Gründen gestrichen worden seien, vor dem Hintergrund der erforder-

lichen Konsolidierung würden nur diejenigen Maßnahmen fortgeführt, bei denen man vertraglich gebunden sei.

Frank-Christian Hansel (AfD) erinnert an die Frage, die er bezüglich des neuen TA „Neue Arbeitswelten“ gestellt habe.

Silke Gebel (GRÜNE) weist darauf hin, dass sie auch nach den zu erwartenden Folgekosten gefragt habe. Seien diese geprüft worden?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) antwortet der Abgeordneten Gebel, die Frage der Folgekosten habe man im Blick gehabt; dort, wo sie erwartet würden, seien sie veranschlagt worden.

Staatssekretär Dirk Feuerberg (SenJustV) führt zum Wegfall des TA „Innovationszentrum Legal Tech“ aus, in den vorherigen Haushalten sei hier eine Anschubfinanzierung eingestellt gewesen. Inzwischen sei eine entsprechende Einrichtung bei SenJustV gegründet worden, und die Mitarbeiter seien dort. Nun gehe es darum, z. B. Best-Practice-Beispiele und neue Techniken zu betrachten. Die einzelnen Anschaffungen erfolgten dann aus dem normalen Haushalt, und es werde erprobt, was sich als passend und hilfreich erweise.

Silke Gebel (GRÜNE) erklärt, nachdem die Staatssekretärin mitgeteilt habe, es sei eine Folgekostenabschätzung erfolgt, werde ihre Fraktion schriftlich einen Berichtsauftrag hierzu einreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so solle verfahren werden.

Frank-Christian Hansel (AfD) teilt mit, sofern zu dem neuen TA 21 nicht mündlich ausgeführt werden könne, möge auch hierzu ein schriftlicher Bericht erstellt werden.

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) erläutert, es gehe darum, Organisations- und v. a. Raumordnungsprozesse der Digitalisierung anzupassen. Dafür seien für das Projekt Gelder eingestellt, denn die Digitalisierung werde, wenn sie abgeschlossen sei, die Arbeitswelt verändern und andere Anforderungen stellen; räumlich, aber auch mit Blick auf die Zuständigkeitsverteilung unter den Diensten. Diese Anpassungen beträfen den gesamten Geschäftsbereich von SenJustV und sollten im Rahmen des Projekts „Neue Arbeitswelten“ erarbeitet werden.

Frank-Christian Hansel (AfD) erkundigt sich, ob die Ausführungen Staatssekretärin dahingehend zu verstehen seien, dass nachdem eine Anschubfinanzierung über „Innovationszentrum Legal Tech“ erfolgt sei, die Ergebnisse nun in „Neue Arbeitswelten“ einfließen würden.

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) stellt klar, das eine ergänze das andere. Das „Innovationszentrum Legal Tech“ sei die Durchführung der Digitalisierung, und „Neue Arbeitswelten“ sei das Projekt, das sich damit befasse, was eine vollzogene Digitalisierung und entsprechend veränderte Arbeitsprozesse für die Verteilung von Aufgaben und Organisation bedeute. Es behandle z. B. möglichen Effizienzsteigerungen und ggf. nötigen Personalverschiebungen, aber auch Fragen der Auswirkungen auf räumliche Ausstattung und die Er-

forderlichkeit von Räumlichkeiten, wenn im Rahmen der Digitalisierung mehr Homeoffice ermöglicht werden könne.

Frank-Christian Hansel (AfD) merkt an, 2026 und 2027 seien insgesamt 500 000 Euro hierfür vorgesehen. Stehe dieses Geld für externe Vergaben zur Verfügung? Wer erhalte diese Gelder konkret?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) teilt mit, bislang sei noch keine externe Beratung einbezogen worden. Die Höhe des Ansatzes eröffne die Möglichkeit, das bei Bedarf zu tun. Zunächst würden aber in Arbeitsgruppen für den gesamten Geschäftsbereich Konzepte entwickelt. Welche Umsetzungsprozesse sich im Anschluss als erforderlich erweisen würden, werde man sehen. Zu bedenken sei, dass möglicherweise räumliche Umgestaltungen erforderlich sein würden, indem z. B. verstärktes Desksharing eingerichtet werde, was mit kleineren Baumaßnahmen verbunden wäre.

Kristian Ronneburg (LINKE) kündigt an, seine Fraktion werde zu diesem Titel schriftlich Fragen einreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so solle verfahren werden.

Titel 54053 – Veranstaltungen –

Silke Gebel (GRÜNE) stellt fest, dass ähnlich wie bei dem zuvor besprochenen Titel auch hier zahlreiche Teilansätze vollständig gestrichen würden. Auch hierzu werde ihre Fraktion schriftlich Fragen einreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so solle verfahren werden.

Frank-Christian Hansel (AfD) geht insbesondere auf TA 9, „Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Taskforce Geldwäsche“, und TA 13, „Veranstaltungen der Zentralen Anlaufstelle für Opfer und Betroffene von Terroranschlägen und Großschadensereignissen“, ein, die ebenfalls beide vollständig entfielen. Im Jahr 2026 jähre sich der Anschlag auf dem Breitscheidplatz zum zehnten Mal. Sei hierfür überhaupt nichts vorgesehen?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) erläutert, auch die Streichungen in diesem Titel erfolgten aufgrund des großen Konsolidierungsdrucks auf den Justizhaushalt. In diesem Zusammenhang sei darauf hinzuweisen, dass ein großer Teil der Ausgaben in diesem Einzelplan gesetzlich gebunden sei, weshalb sich die Herausforderung umso größer gestalte. Daher müssten Einsparmaßnahmen bei den wenigen flexiblen Ausgaben erfolgen, was auch Projekte betreffe, die man gern weiterführen würde. Sie gehe aber davon aus, dass eine Zusammenarbeit sich erforderlichenfalls schnell ermöglichen lassen werde. Man werde die entsprechenden Zugriffsmöglichkeiten schnell schaffen können.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Kristian Ronneburg (LINKE) merkt an, Einsparungen würden hier insbesondere im Arbeitsfeld Opfer/Zeugen und bei Beratungsangeboten durchgeführt. Auf Basis welcher Annahme

geschehe das? Gehe SenJustV davon aus, dass hier tatsächlich weniger Geld benötigt werde und ggf. warum?

Silke Gebel (GRÜNE) geht ebenfalls auf das Arbeitsfeld Opfer/Zeugen ein, wo das Childhood-Haus veranschlagt sei. Für dieses sei über das Parlament ein neuer Bau finanziert worden, der größere Kapazitäten ermögliche; allerdings solle das Personal auf gleichem Niveau weiterfinanziert werden, woraus folge, dass der neue Bau gar nicht im vollem Ausmaß genutzt werden könne. Welche Personalannahme hege die Verwaltung für das Childhood-Haus? Welches Finanzierungskonzept gehe damit einher? Weshalb seien keine Mittel für einen Personalaufwuchs hinterlegt, um den Bedarfen gerecht zu werden?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) nimmt zunächst Bezug auf die Frage des Abgeordneten Ronneburg und verweist erneut auf den hohen Konsolidierungsdruck und die Schwierigkeit der Umsetzung speziell bei SenJustV. Deshalb müsse man auch Streichungen bei Projekten vornehmen, die der Verwaltung sehr am Herzen lägen, bei denen man es aber gerade noch für vertretbar halte. Deshalb komme es zu einer Rückführung von Leistungen in den angesprochenen Bereichen.

Staatssekretär Dirk Feuerberg (SenJustV) berichtet hinsichtlich des Childhood-Hauses, dieses werde im Rahmen einer Mischfinanzierung gefördert, an der auch andere Ressorts beteiligt seien. Die Schaffung der neuen Räumlichkeit auf dem Campus Virchow sei für SenJustV nicht von vornherein absehbar mit mehr Personal verbunden gewesen; vielmehr sei es darum gegangen, eine Institution zu schaffen, in der alle Disziplinen zusammengefasst würden, die für eine möglichst schonende Opferbetreuung und -befragung notwendig seien. Insofern sei ein Aufwuchs für ihn bislang nicht absehbar gewesen. Die Medienberichterstattung bezüglich der wachsenden Fallzahlen sei ihm bekannt, man müsse aber unterscheiden, ob es sich um Dinge handele, die das Justizressort beträfen. Bislang sei bei diesen Fällen kein Aufwuchs erkennbar.

Silke Gebel (GRÜNE) kündigt an, ihre Fraktion werde hierzu eine schriftliche Nachfrage mit der Bitte um schriftlichen Bericht über die Kalkulation der künftigen Bedarfe einreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so solle verfahren werden.

Frank-Christian Hansel (AfD) erkundigt sich, wofür die Mittel unter „Runder Tisch für ausländische Gefangene und Gefangene mit Migrationshintergrund, religiöse Betreuung muslimischer und alevitischer Gefangene“ vorgesehen seien. Womit sei der Runde Tisch befasst? Und weshalb halbiere sich der Ansatz für die Gefangenen-seelsorge?

Staatssekretär Dirk Feuerberg (SenJustV) geht zunächst auf die Frage nach der Seelsorge ein und erklärt, auch diese Kürzung erfolge aufgrund des Konsolidierungsdrucks; man bedaure, sie vornehmen zu müssen. Auch für den Runden Tisch gelte, dass Kosten eingespart werden müssten; deshalb seien die Mittel für die Durchführung des Runden Tisches und die Umsetzung seiner Beratungen beschränkt worden. Die Verwaltung bemühe sich, dies in einem sozialverträglichen Rahmen zu vollziehen. So werde z. B. die freitägliche Gebetsstunde von 1,5 Stunden auf 1 Stunde reduziert, man versuche aber, das Gesamtangebot aufrechtzuerhalten.

Frank-Christian Hansel (AfD) entgegnet, der Ansatz für den Runden Tisch werde nicht abgesenkt, die Mittel blieben annähernd gleich. Ihn interessiere, was in diesem Rahmen besprochen oder entschieden werde.

Staatssekretär Dirk Feuerberg (SenJustV) führt aus, es handele sich um ein zweimal jährlich stattfindendes Gesprächsformat, an dem auch er selbst teilnehme. Die geringen Einsparungen dort würden in den Bereichen Büromittel und Unterstützungskräfte umgesetzt. Das wirke sich aber aus auf den Betrag, der für die eigentliche religiöse Betreuung zur Verfügung stehe. Diesen habe man geringfügig absenken müssen.

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben –

Silke Gebel (GRÜNE) stellt fest, die PMA in Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz – sei im Vergleich der Einzelpläne sehr hoch. Sie bitte um Ausführungen hierzu, denn SenJustV streiche nun bei allen Zuwendungsempfängern massiv, und zugleich sei 2026 eine PMA von 12,3 Mio. Euro vorgesehen. Welches Potenzial sehe die Verwaltung überhaupt für die Auflösung der PMA? Schließe sie aus, dass der Zuwendungsbereich herangezogen werde? Könnten alle Zuwendungsempfänger davon ausgehen, dass sie die festgeschriebenen Mittel tatsächlich behalten könnten? Das beziehe sich insbesondere auf die Bereiche Resozialisierung, Tierschutz und Ernährungsstrategie.

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) bestätigt, dass die PMA den Justizhaushalt wegen seiner besondere Struktur in besonderem Maße treffe, weshalb die Kürzungen vor allem im Zuwendungsbereich hätten erfolgen müssen, der einer von wenigen Bereichen sei, in denen überhaupt noch Spielräume für Kürzungen bestünden. Man werde sich bemühen, die PMA im Rahmen der Haushaltswirtschaft zu erbringen; eine Prognose hierzu könne sie nicht geben. Sie gehe aber davon aus, dass der Haushaltsplanentwurf umsetzbar sein werde.

Silke Gebel (GRÜNE) erkundigt sich, ob bestimmte Bereiche von Kürzungen ausgenommen würden und eine Priorisierung stattfinde. – Ihre Fraktion werde diese Frage auch noch schriftlich einreichen.

Steffen Zillich (LINKE) fragt, in welchem Umfang SenJustV nicht besetzte Stellen bei der Bildung der Personalansätze berücksichtigt habe.

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) erläutert, die Prioritätensetzung sehe vor, dass zunächst gesetzlich gebundene Ausgaben, zu denen die Verwaltung überwiegend nach Bundesrecht, teils nach Landesrecht verpflichtet sei, getätigt würden. Sie werde sich bemühen, die freien Träger mit den angemeldeten Zuwendungen zu bedienen. Aus welchen Bereichen die PMA erbracht werden könne, werde sich im Laufe der Haushaltswirtschaft zeigen; eine Prognose sei diesbezüglich noch nicht möglich. Im Laufe eines Haushaltsjahres ergäben sich stets nicht vorhersehbare Entwicklungen, die mitunter Spielräume eröffneten. Sie gehe davon aus, dass die Zuwendungen wie veranschlagt an die freien Träger ausgezahlt würden.

Bei der Bildung der Personalansätze seien die Ist-Ansätze fortgeschrieben worden.

Dirk Sauer (SenJustV) ergänzt, die Ansätze seien gebildet worden, indem die Ist-Kosten mit Steigerungsfaktoren fortgeschrieben worden seien. Die unbesetzten Stellen seien also berücksichtigt worden, da für sie keine Ist-Kosten angefallen seien.

Steffen Zillich (LINKE) erkundigt sich, mit welchem Betrag die unbesetzten Stellen in das Ist eingeflossen seien.

Dirk Sauer (SenJustV) erwidert, das sei schwierig zu beantworten, da der Betrag naturgemäß null gewesen sei. Fortgeschrieben werde das, was auf den besetzten Stellen angefallen sei. Er könne nicht beantworten, wie die Fortschreibung ausgesehen hätte, wenn die Stellen besetzt worden wären.

Steffen Zillich (LINKE) wendet ein, es gebe einen Stellenplan, und man könne diesen nach den üblichen Methoden der Personalaufstellung mit durchschnittlichen Personalkosten belegen, einschließlich Tarifvorsorge etc. fortschreiben und das Ergebnis dann mit den Ist-Kosten vergleichen. Daraus ergebe sich dann die Antwort auf seine Frage.

Dirk Sauer (SenJustV) stellt klar, so sei SenJustV nicht vorgegangen, und das entspreche auch nicht der landeseinheitlichen Veranschlagungssystematik. Nicht die Stellenpläne seien fortgeschrieben worden, und die Stellen seien auch nicht mit Durchschnittssätzen belegt und fortgeschrieben worden; stattdessen sei das Gesamt-Ist auf den jeweiligen Titeln fortgeschrieben worden. Insofern sei das Berechnen anhand des Stellenplans, wie der Abgeordnete Zillich es vorgetragen habe, nicht möglich.

Steffen Zillich (LINKE) stellt in Richtung SenFin die Frage, ob den Haushaltsaufstellungs-rundschreiben hierzu nähere Informationen zu entnehmen seien. – Gleichwohl sei die Differenz zwischen der normalen Veranschlagung nach Stellenplan und dem angefallenen Ist ermittelbar, mindestens für das Ist 2024.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) führt aus, die Art der Veranschlagung sei im Land Berlin seit vielen Jahren nicht mehr die komplette Ausfinanzierung des Stellenplans, da sonst durch unbesetzte Stellen stets viel liegenbleibe. Die Art der Veranschlagung, die dem Aufstellungsrundschreiben zu entnehmen sei, stehe also nicht in Zusammenhang mit der Konsolidierung. Diese sehe, wie seitens SenJustV beschrieben, vor, dass die Ist-Kosten unter Berücksichtigung verschiedener Faktoren wie des Lohndrifts und sonstiger Vorsorgen fortgeschrieben würden. Die Antwort auf die Frage des Abgeordneten Zillich, ob unbesetzte Stellen für das Ist berücksichtigt seien, hänge auch davon ab, wie lange Stellen nicht besetzt seien. Jede Periode von über 12 Monaten könne im Ist überhaupt nicht enthalten sein. Sollte die Frage darauf abzielen, welche Konsequenz es hätte, wenn ein kompletter Stellenplan ausfinanziert wäre, sei das eine andere Frage.

Steffen Zillich (LINKE) ändert die zuvor gestellte Frage dahingehend, dass ihn bezogen auf das Ist 2024 interessiere, was es gekostete hätte, wenn der komplette Stellenplan ausfinanziert gewesen wäre. Weiterhin würfen die Ausführungen der Finanzstaatssekretärin die Frage auf, ob in den Personaleckzahlen bei der Aufstellung des Haushalts ebenso verfahren worden sei, also eine Ist-Kosten-Fortschreibung stattgefunden habe. Außerdem gebe es eine Grenze für diese Veranschlagung, denn seines Wissens gelte die Vorschrift, dass Stellen, die nicht besetzt werden könnten, gesperrt werden müssten. Das sei auch bei der Bearbeitung der Stellen-

pläne zu berücksichtigen. Um die Personalkostenveranschlagung insgesamt richtig einschätzen zu können, sei es wichtig, den Vergleich zwischen der Ausfinanzierung des Stellenplans und dem Personaleckwert auch über den Gesamthaushalt zu erfahren.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) wiederholt, diese Art der Veranschlagung sei nicht neu. Durch die Fluktuation im normalen Besetzungsgeschehen blieben trotz dieser Art der Veranschlagung immer noch ab und an Personalmittel übrig. Der Abgeordnete Zillich nehme offenbar Bezug auf § 11 Haushaltsgesetz 2024/2025, der vorsehe, dass, wenn Personalmittel übrig blieben, diese dann zu sperren seien, wenn sie zur PMA-Auflösung herangezogen würden.

Steffen Zillich (LINKE) erklärt, ihn interessiere die Steuerungswirkung der Veränderung im Haushaltsgesetz. Die Regelung, dass diese Mittel nicht zur PMA-Auflösung herangezogen werden dürften, entfalle nun. Ihn interessiere, inwieweit daraus erfahrungsgemäß eine Unterauserschöpfung für die PMA-Auflösung herangezogen werden könne. Daher bitte er zu erklären, ob es sich auch beim Gesamtpersonaleckwert um eine Ist-Kosten-Fortschreibung handele. Oder gehe eine Annahme von voraussichtlichen Fluktuationen, Nichtbesetzungen etc. ein, die von der Ausfinanzierung der Personalstellen abgeschlagen werde?

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) antwortet, man werde zu dieser Frage einen schriftlichen Bericht einreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so solle verfahren werden.

Titel 81230 – Neuverkabelung Campus Moabit –

Silke Gebel (GRÜNE) stellt fest, dass für 2026 keine Mittel vorgesehen seien. Warum komme es zu dieser Unterbrechung? Welche Folgekosten ergäben sich daraus?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) antwortet, die Mittel seien zurückgeführt worden, weil die für dieses Projekt an die BIM überwiesenen Mittel derzeit noch auskömmlich seien. SenJustV werde erst dann weitere überweisen, wenn sie verbaut seien.

Kapitel 0605 – Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt –

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV – GJPA A 7 – vom 08.09.2025
**Elektronische Klausuren in der juristischen
Staatsprüfung**
(Berichtsauftrag aus der 67. Sitzung vom 13.11.2025)

[1547 C](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1547 C ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 51801 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume –

Kristian Ronneburg (LINKE) konstatiert, der Titel, der Mittel für die Raummiete für Säle für Staatsprüfungen enthalte, sei stark abgesenkt worden. Woraus sollten die geringeren Mietkosten resultieren?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) antwortet, die Veranschlagung sei Ist-basiert erfolgt. Ein Teil des Titels sei aber zum Kammergericht, Kapitel 0620 – Ordentliche Gerichtsbarkeit – verlagert worden. Es sei keine Reduzierung vorgenommen worden.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung –

Silke Gebel (GRÜNE) stellt fest, auch dieser Titel sei deutlich abgesenkt worden. Sei diese Absenkung aufgrund der Streichung von TA 20 – Organisation und Einrichtung von Fortbildungsveranstaltungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter – in Kapitel 0600 – Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz – Politisch-Administrativer Bereich und Service –, Titel 54010 – Dienstleistungen – erfolgt? Gebe es andernfalls neben dem Konsolidierungsdruck auch eine inhaltliche Begründung? Welche Folgen seien aufgrund der Absenkung zu erwarten?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) erläutert, der aufgerufene Titel betreffe nicht Fortbildungen für ehrenamtlich Tätige, sondern nur Richter und Staatsanwälte. Er sei Ist-Kosten-basiert veranschlagt worden.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –

Silke Gebel (GRÜNE) bemerkt, dass auch die Mittel für Lernsoftware und -plattform sowie andere digitale Anwendungen für die Ausbildung der Rechtsreferendare und Rechtsreferendarinnen gekürzt würden. Seien die höheren Mittel nicht mehr notwendig, weil bestimmte Anschaffungen abgeschlossen worden seien, oder lägen andere Gründe vor?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) bestätigt, dass die Investitionskosten geleistet worden seien und nun nur noch der Betrieb zu finanzieren sei.

Kapitel 0608 – Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz – Verbraucherschutz –

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenJustV – V A Jur – vom 15.08.2025 [2195 O](#)
Verwaltungsmodernisierung konkret: hier Haupt
Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
(Berichtsauftrag aus der 78. Sitzung vom 18.06.2025)
(in der 80. Sitzung am 10.09.2025 zur Sitzung am
24.09.2025 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2195 O ohne Aussprache zur Kenntnis.

- b) Bericht SenJustV – Az. V C – vom 04.08.2025 [2039 B](#)
**Wirtschaftsplan 2025 des Landeslabors Berlin-
Brandenburg** Haupt
hier: Sachstand zu Laborneubauten
(Berichtsauftrag aus der 79. Sitzung vom 02.07.2025)
(in der 80. Sitzung am 10.09.2025 zur Sitzung am
24.09.2025 zurückgestellt)

Kristian Ronneburg (LINKE) fragt, inwiefern das Landeslabor Berlin-Brandenburg in der Rudower Chaussee von dem längeren Stromausfall in Treptow-Köpenick betroffen gewesen sei. Seien dort Schäden entstanden? Wie erfolge ggf. die Schadensregulierung?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) berichtet, das Landeslabor sei von dem Stromausfall betroffen gewesen. Nur ein Teil des Betriebs habe mit einem Notstromaggregat fortgesetzt werden können. Schäden seien eingetreten; in welchem Umfang, werde derzeit ermittelt, Zahlen lägen noch nicht vor. Es sei aber davon auszugehen, dass bestimmte Standardproben, die vorgehalten würden, aufgrund der mangelnden Kühlung nicht mehr zu gebrauchen seien.

Silke Gebel (GRÜNE) erklärt, wenn das Land Berlin sich an den Neubaumaßnahmen für das Landeslabor beteiligen müsse, verstehe sie nicht, weshalb das nicht in der Investitionsplanung enthalten sei. – Offenbar unterbreite die Senatsverwaltung den Vorschlag, dass eine Baumaßnahme in Form einer Öffentlich-Privaten Partnerschaft erfolgen solle. Was bedeute das finanziell? Wie genau stelle sie sich das vor? – Ihre Fraktion bitte um einen schriftlichen Folgebericht, auch mit Blick auf die Frage, weshalb die Beratungsfirma PD dies für den Standort Frankfurt/Oder empfehle. Welche potenziellen Kosten seien mit den Ausfallrisiken verbunden? Sei dafür Vorsorge im Haushalt getroffen worden?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der Berichtswunsch werde so festgehalten.

Kristian Ronneburg (LINKE) merkt an, seine Fraktion habe ebenfalls eine Berichtsbitte zum Landeslabor: Bis zu der zweiten Lesung des Einzelplans mögen nähere Auskünfte zu den entstandenen Schäden, deren Regulierung und den resultierenden Kosten erteilt werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so solle verfahren werden.

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) nimmt Bezug auf die Fragen der Abgeordneten Gebel und erläutert, das Landeslabor sei nicht in der Investitionsplanung enthalten, weil es seitens des Landes Berlin durch eine Zuschussfinanzierung mitfinanziert werde. Die Verantwortung für die Baulichkeiten liege in Brandenburg.

Silke Gebel (GRÜNE) meint, trotzdem müssten die Zuschüsse im Haushalt zu finden sein. Außerdem erinnere sie an ihre Frage bezüglich der ÖPP.

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) antwortet, der Zuschuss sei in Titel 68250 – Zuschuss an das Landeslabor Berlin-Brandenburg (LLBB) – vorgesehen. Die andere Frage bitte sie konkreter zu formulieren.

Silke Gebel (GRÜNE) wiederholt, sie verstehe den Bericht dahingehend, dass eine Öffentlich-Private Partnerschaft eingegangen werden solle. Gleichzeitig stehe der Haushalt ohnehin unter massivem Druck, und es gebe ihres Wissens nicht sonderlichen viele Fälle, in denen ÖPP dazu geführt hätten, dass der Staat langfristig Geld gespart habe. Weshalb wolle man diesen Weg also einschlagen, und weshalb konkret am Standort Frankfurt/Oder? – Ihre Fraktion werde hierzu auch schriftlich Fragen einreichen, sie wünsche sich zu dieser zentralen Frage aber auch mündliche Ausführungen im Ausschuss.

Steffen Zillich (LINKE) führt aus, er glaube sich zu erinnern, dass das Land Berlin beim gemeinsamen Landeslabor die investive Verpflichtung mindestens für das Berliner Gebäude getragen habe. Gebe es eine Teilung der investiven Verpflichtungen je nach Standort? Wodurch entstehe die Verpflichtung für die Gebäudebereitstellung in Brandenburg?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) erklärt zunächst auf die Abgeordnete Gebel eingehend, zu ÖPP gebe es sicherlich unterschiedliche Meinungen; in Brandenburg habe man damit gute Erfahrungen gemacht und gehe sie entsprechend auch weiter ein. Der Standort Adlershof sei ebenfalls ein durchaus erfolgreiches ÖPP-Projekt. Bezüglich der Neubauten verfolge das Land Brandenburg nur für einen Standort die Absicht, den Bau im Rahmen einer ÖPP umzusetzen; der andere solle vom dortigen zentralen Baudienstleister BLB gebaut werden. Grund für das Anstreben einer ÖPP am Standort Frankfurt/Oder sei ihrer Erinnerung nach, dass der Bau in ganz besonderer Hinsicht technische Anlagen aufweise.

Die Finanzierung des Landeslabors erfolge über eine Kosten-Leistungs-Abrechnung. Jedes Land finanziere also den Gesamtbetrieb, indem die Gesamtkosten auf alle Leistungen umgebroschen würden. Die Höhe der Mitfinanzierung der Länder hänge von der Inanspruchnahme der Leistungen ab, sodass gewährleistet sei, dass beide Länder je nach Inanspruchnahme des Landeslabors adäquat an den Kosten beteiligt würden.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2039 B zur Kenntnis.

Titelübergreifend

Silke Gebel (GRÜNE) kündigt an, ihre Fraktion werde schriftlich Fragen bezüglich der Tierschutzbeauftragten einreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so solle Verfahren werden.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frank-Christian Hansel (AfD) erkundigt sich, weshalb eine derart starke Reduzierung des TA 1 – Ernährungsbereich – erfolge.

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) antwortet, die Kürzung sei dem Konsolidierungsdruck geschuldet. An fast allen freiwilligen Maßnahmen müssten Kürzungen vorgenommen werden.

Silke Gebel (GRÜNE) nimmt Bezug auf die Sammelvorlage des Senats zur Beantwortung der im Fachausschuss gestellten Fragen zu Einzelplan 06 – Vorgangsnummer 0257-1 des

Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz –, in der zur Beantwortung der Frage lfd. Nr. 151 berichtet werde, dass der Ist-Wert für TA 1 – Ernährungsbereich – gering sei, weil die überwiegende Finanzierung aus Titel 68461 – Förderung der Umsetzung der Ernährungsstrategie – erfolgt sei. Warum sei auch dieser auf etwas über 50 Prozent des Ist gekürzt worden? Gebe man die Umsetzung der Ernährungsstrategie damit auf?

Die Finanzierung des Schulungsangebots für Ausgabekräfte im Schulesen werde fast vollständig gestrichen. Dabei sei es im vorigen Schuljahr zu großen Problemen beim Schulesen gekommen, woraus die Lehre gezogen worden sei, dass die Schulung der Ausgabekräfte im Schulesen zentral sei. Welche Schulungsangebote würden nun also gestrichen? Oder würden sie von SenBJF weiterfinanziert?

Ebenfalls dem eingangs zitierten Bericht sei zu entnehmen, dass auch Mittel zur Bereitstellung von Eigenanteilen zur Nutzung von Bundes-, EU- oder Landesmitteln gestrichen würden. Welche Bundes- und EU-Mittel gingen dadurch verloren?

Frank-Christian Hansel (AfD) kommt auf den Ernährungsbereich zurück und konstatiert, die Ansätze 2026 und 2027 betrügen jeweils nur gut 50 Prozent des Ist von 2024; für 2025 sei in der Planung ein großer Aufwuchs vorgesehen gewesen. Was werde konkret wegfallen?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) wiederholt, die Kürzungen in diesem Titel erfolgten aufgrund des Konsolidierungsdrucks.

Ann-Christin Weber (SenJustV) führt weiterhin aus, die Mittel im aufgerufenen Titel würden dafür verwendet, ein Bundesprojekt weiterzuführen, für das eine Bundesförderung von 90 Prozent gegeben sei. Es handele sich um ein Bildungsprojekt für weiterführende Schulen. Weitere 50 000 Euro würden für den Bereich Fortbildung aufgewendet. In diesem Kontext werde man sich bemühen, die angesprochenen Fortbildungen für Ausgabekräfte zumindest in geringerem Ausmaß weiterzuführen. Der Umfang werde aber in jedem Fall reduziert.

Zu den Dingen, die nicht fortgeführt werden könnten: Bislang seien Maßnahmen des Runden Tisches gegen Lebensmittelverschwendung finanziert worden. Bezirkliche Ernährungsstrategien seien unterstützt worden; in Spandau und Marzahn-Hellersdorf sei man dabei sehr weit gekommen, weitere Bezirke würden das nun zunächst alleine bzw. mit Unterstützung aus der Fachabteilung machen müssen. Die sog. Ernährungslotsen würden nicht wie bisher weitergeführt.

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) ergänzt, das Projekt Kantine Zukunft werde weiterhin gefördert. Mit deren Maßnahmen könnten auch die genannten Bereiche unterstützt und gefördert werden, wenn auch nicht im bisherigen Umfang.

Titel 54053 – Veranstaltungen –

Silke Gebel (GRÜNE) geht auf TA 4 – Übungen Tierseuchen – ein, für den 2027 keine Mittel eingestellt seien. Was sei die Folge dieser Streichung? Gebe es beim Seuchenschutz eine Zusammenarbeit mit Brandenburg?

Ebenso seien für TA 5 – Ernährung – 2027 keine Mittel vorgesehen. Welche alternativen Veranstaltungen werde es dann im Rahmen der Berliner Ernährungsstrategie geben? Wo seien diese veranschlagt?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) meint, sie gehe davon aus, dass man die Übungen zu Tierseuchen in diesem Jahr nicht für erforderlich gehalten habe.

Titel 54068 – Ausgaben für den Tierschutz –

Frank-Christian Hansel (AfD) fragt, weshalb der Ansatz komplett entfalle.

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) antwortet, der Titel sei aufgrund des Konsolidierungsdrucks gestrichen worden.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –

Silke Gebel (GRÜNE) stellt fest, auch dieser Titel werde eklatant abgesenkt. Aus welchem Grund sei keine weitere solidarische Finanzierung der Wildschweinschutzzäune zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest vereinbart worden?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) erläutert, die Zuschüsse für die Wildschweinschutzzäune seien vor dem Hintergrund der Eindämmung der Afrikanischen Schweinepest vorgesehen worden. Da die Eindämmung nun gelungen sei, werde der Titel reduziert.

Silke Gebel (GRÜNE) erkundigt sich, was die Verwaltung tun werde, sollte die Afrikanische Schweinepest oder eine andere Seuche wieder ausbrechen. Zu derartigen Fällen komme es regelmäßig, und im Haushaltsplanentwurf seien alle Tierseuchentitel reduziert worden. Wo sei Katastrophenvorsorge enthalten?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) erwidert, wenn man für jede mögliche Katastrophe und jeden möglichen Notfall in allen Titeln Vorsorge treffen wollte, müsste man in noch deutlich mehr Titeln Mittel für solche Fälle einstellen; so habe auch der bereits diskutierte Stromausfall Mehrkosten beim Landeslabor verursacht und Hackerangriffe könnten jederzeit Mehrkosten verursachen. Der Landeshaushalt sei nicht in der Lage, für jede Krise Vorsorge zu treffen. Wenn es zu einer Krise komme, werde man im Rahmen der Haushaltswirtschaft oder unter Mithilfe von SenFin Wege finden, Mittel bereitzustellen. So seien vergleichbare Fälle auch in der Vergangenheit erfolgreich gehandhabt worden. Konkrete Vorsorge für Krisen sei dann berechtigt, wenn mit diesen Krisen mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit zu rechnen sei.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) weist darauf hin, dass erst am Morgen der Ausschusssitzung die Meldung bekannt geworden sei, dass in Märkisch-Oderland die Schweinepest wieder ausgebrochen sei. Insofern handele es sich nicht nur um eine potenzielle Gefahr. Seines Wissens gebe es eine Vereinbarung zwischen den Bezirken, mit der vor einigen Jahren Schutzzäune angeschafft worden seien. Diese Schutzzäune müssten irgendwo lagern. Seien diese Kosten im Einzelplan von SenJustV enthalten? Wie sehe es mit dieser Anschaffung aktuell aus?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) bedauert, sie könne nur vermuten, dass die Zäune irgendwo in der Verantwortung eines Bezirks gelagert würden. Sie könne hierzu keine Auskunft geben.

Titel 68250 – Zuschuss an das Landeslabor Berlin-Brandenburg (LLBB) –

Silke Gebel (GRÜNE) fragt, welche Auswirkungen die Einsparung um 2 Mio. Euro bei diesem Titel habe. Handele es sich um eine Anpassung an das Ist, das bei rund 18 Mio. liege? Weshalb sei es so niedrig, obwohl der Ansatz deutlich höher gewesen sei?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) bestätigt, der Ist-Kosten-Ansatz sei fortgeschrieben worden.

Titel 68451 – Zuschüsse für den Tierschutz –

Frank-Christian Hansel (AfD) interessiert, welche bisher aus diesem ebenfalls gekürzten Titel geleisteten Ausgaben nun entfallen sollten. Welche Maßnahmen würden im Tierschutz insgesamt noch durchgeführt?

Silke Gebel (GRÜNE) nimmt erneut Bezug auf den Bericht Vorgangsnummer 0257-1 des Fachausschusses und erkundigt sich, aus welchem Grund Bedarfsanalysen der freien Träger nicht berücksichtigt worden seien. – Zudem würden die Mittel für das Stadttaubenmanagement gestrichen; das werde gravierende Auswirkungen nicht nur auf den Tierschutz haben. Sie bitte um Ausführungen hierzu.

Zu dem Verhältnis von Mitteln zur Förderung von Tierschutzorganisationen und privaten Spenden werde ihre Fraktion schriftlich Fragen einreichen, denn die Verwaltung schreibe, dass die Förderung nachrangig sei und die Kürzung nicht zur einer Einschränkung führe. Weiterhin mögen Auskünfte zu dem Bedarf für Tierheime, Tiertafern und Sammelstellen gegeben werden; andernfalls werde ihre Fraktion auch hierzu schriftliche Fragen einreichen.

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) wiederholt, SenJustV müsse dort sparen, wo es möglich sei. Aufgrund der besonderen Konstruktion des Einzelplans seien das nur wenige Bereiche, und zu diesen gehöre der Zuwendungsbereich. Deshalb beschränke sich die Verwaltung in jedem Sachgebiet auf einige ihr besonders wichtig erscheinende Projekte. Im Bereich Tierschutz sei das die Tiertafer, die weiterhin gefördert werde. Andere Maßnahmen seien eingestellt worden. Die Mittel für das Taubenmanagement seien von Beginn an nur als Anschubfinanzierung vorgesehen gewesen. Die Weiterführung solle den Bezirken obliegen.

Das Tierheim rekrutiere seine Mittel in der Tat nicht vorrangig aus staatlichen Zuschüssen, sondern aus Spenden. Im Bereich Tierschutz sei das Spendenaufkommen, anders als in anderen Bereichen, sehr hoch, sodass davon auszugehen sei, dass man auf diese Zuwendung am ehesten verzichten könne.

Titel 68481 – Förderung der Umsetzung der Ernährungsstrategie –

Silke Gebel (GRÜNE) bemerkt, trotz des zuvor geäußerten Bekenntnisses der Staatssekretärin zur Kantine Zukunft sei auch dieser Titel um über 1 Mio. Euro abgesenkt worden. Den Titelerläuterungen sei zu entnehmen:

„In den vergangenen Jahren wurden Ernährungsbildungsmaßnahmen durch eingeworbene Ko-Finanzierungen von der Senatsumweltverwaltung (BEK) und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (GI) maßgeblich unterstützt.“

Nun sein das BEK ihres Wissens abgewickelt worden. Was genau werde in der Folge weggelassen? Welche Auswirkungen auf die Kantine Zukunft haben? Aus welchen Bereichen sollten Ko-Finanzierungen künftig kommen?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) verweist darauf, dass sie den grundsätzlichen Ansatz bereits mehrfach erläutert habe. Dies gelte auch hier.

Ann-Christin Weber (SenJustV) ergänzt, die Kantine Zukunft verfüge über einen Zuwendungsbescheid bis Ende 2028. Die Summe entspreche dem Titelantrag. Für die anderen Projekte, die aus dem Anwendungstitel gefördert worden seien, laufe die Projektlaufzeit Ende 2025 ab. Insofern habe die Verwaltung hier keinen Handlungsspielraum.

Titel 68469 – Zuschuss an die Verbraucherzentrale Berlin e.V. – und Titel 68475 – Förderung der Verbraucheraufklärung –

Frank-Christian Hansel (AfD) erkundigt sich, was genau im Bereich der Verbraucheraufklärung künftig entfallen solle, nachdem das Ist 2024 noch über 700 000 Euro betragen habe und nun überhaupt keine Mittel mehr vorgesehen seien.

Silke Gebel (GRÜNE) fragt, welche Bereiche neben Ernährung und wirtschaftlichem Verbraucherschutz noch gestrichen würden. Was sei mit dem Standort in Lichtenberg? Sei bei den Ansätzen eine Tarifmittelvorsorge berücksichtigt worden? – Gemäß Bericht an den Ausschuss würden aus diesem Titel keine Projekte zur Energieberatung gefördert. Wo würden sie dann gefördert?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) weist darauf hin, dass bei der Verbraucherschutzzentrale nicht nur gekürzt, sondern die institutionelle Förderung in einer Größenordnung von 2,1 Mio. Euro pro Jahr aufrechterhalten werde. Die zu verzeichnenden Tarifsteigerungen seien jeweils berücksichtigt.

Man habe aus Gründen der Konsolidierung einzelne Projekte streichen müssen, was dort besonders schmerzhaft gewesen sei, wo Ko-Finanzierungsmittel des Bundes zu erwarten gewesen seien. Betroffen seien insbesondere der Bereich der Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern und die Verbraucheraufklärung. Im Rahmen der institutionellen Förderung würden aber auch diese Bereiche mit bearbeitet. Die Verbraucherschutzzentrale werde mit den zur Verfügung gestellten 2,1 Mio. Euro ihre Kern- und Grundaufgaben der Verbraucheraufklärung wahrnehmen können. Der Standort in Lichtenberg sei gesichert und werde weitergeführt.

Das Projekt Energieberatung werde in der Tat nicht weiter gefördert. Andere Aufklärungsmaßnahmen seien für wichtiger befunden worden. Es handele sich um eine Entscheidung im Rahmen der Prioritätensetzung. Neben den bereits angesprochenen Zuwendungen für den Tierschutz leiste SenJustV selbige u. a. auch für den Opferschutz. All diese Dinge habe man gegeneinander abzuwägen gehabt.

Silke Gebel (GRÜNE) kündigt an, ihre Fraktion werde die eben gestellten Fragen auch noch mal zur schriftlichen Beantwortung einreichen. – Der Ansatz für Zuschüsse an die Verbraucherzentrale sei auf unterhalb des bestehenden Ist gekürzt worden. Sie habe die Ausführungen nun dahingehend verstanden, dass es auch in anderen Bereichen keine eigenständigen Projekte der Energieberatung mehr gebe. Habe SenJustV diesbezüglich Gespräche mit SenWiEnBe geführt? Immerhin seien die hohen Energiekosten teilweise ein großes Problem für die Menschen in Deutschland, und durch Energieberatung ließen sich diese Kosten mitunter tatsächlich senken.

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) erwidert, die Tatsache, dass das speziell geförderte Energieberatungsprojekt eingestellt werde, bedeute nicht, dass die Verbraucherschutzzentrale zu den entsprechenden Themen nicht mehr berate, wenn Bürger sich mit diesen Anliegen an sie wendeten. Andere Aufgaben und Projekte seien daher für gewichtiger erachtet worden seien.

Silke Gebel (GRÜNE) merkt an, dass auch in dem Titel zur Förderung der Verbraucheraufklärung die Energieschuldenberatung in der Energiepreiskrise gestrichen worden sei. So lasse man die Bürger vollkommen allein, dabei seien die Energiekosten neben der Miete einer der größten konsumtiven Kostenposten für die Menschen im Land. – Ihre Fraktion wünsche einen schriftlichen Bericht zu den sozialen Folgekosten; sie werde Fragen hierzu schriftlich einreichen. Diese Kürzungen würden im Zweifel dazu führen, dass die Sozialämter mehr bezahlen müssten.

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) antwortet, soziale Folgekosten ließen sich nicht wirklich erheben. Ihre Verwaltung können in einem Bericht mitteilen, wie viele Bürger das Angebot der Energieberatung wahrgenommen hätten, aber sie könne nicht beziffern, welche Folgekosten dadurch entstünden, dass sie es künftig nicht mehr könnten.

Titel 68304 – Förderung der Tierzucht –

Silke Gebel (GRÜNE) führt aus, dass hier vor dem Hintergrund des weltweiten Insektensterbens und obwohl das Land Berlin sich der Artenvielfalt verpflichtet habe die Finanzierung von Projekten zur Umsetzung der Strategie für Bienen und andere Bestäuber in Berlin vollständig gestrichen werde. Wie begründe der Senat das?

Inwiefern werde der Landwirtschaftsstaatsvertrag mit dem Land Brandenburg weiterhin eingehalten? Welche EU-Mittel gingen durch die Streichung verloren?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) weist erneut darauf hin, dass SenJustV unter erheblichem Konsolidierungsdruck stehe. Das habe schwierige Abwägungsprozesse in den Bereichen, in denen man sparen könne, erforderlich gemacht. In diesem Rahmen habe man Opferschutz über Bienen gestellt. Zu dieser Abwägung stehe die Staatssekretärin.

Silke Gebel (GRÜNE) erklärt, ihrem Verständnis nach sei die investive Maßnahme zwingende Voraussetzung, um bestimmte EU-Fördermittel zu bekommen. Es ziehe sich wie ein roter Faden durch den gesamten Haushalt, und zwar alle Einzelpläne, dass permanent Kürzungen vollzogen würden, die dazu führten, dass Bundes- und EU-Gelder für Berlin verloren gingen. Wie viele EU-Mittel gingen durch diese Streichungen verloren?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) erwidert, ihr liege die Information vor, dass keine EU-Mittel verloren gingen. – Der Landwirtschaftsvertrag mit Brandenburg werde weiterhin eingehalten.

Sie bitte bei der weiteren Besprechung des Haushaltsplanentwurfs, sich ernsthaft über die Abwägungsprozesse bei SenJustV Gedanken zu machen, die erfolgen hätten müssen, um die Einsparungen zu erzielen. Vielleicht könne man so auch ein gewisses Verständnis dafür erlangen, dass die Verwaltung sich gegen die weitere Unterstützung der Bienen entschieden und dafür darauf verzichtet habe, im Bereich Opferschutz und Opferhilfe oder bei Gefangenenunterstützungsprojekten Kürzungen vorzunehmen.

Silke Gebel (GRÜNE) entgegnet, die Verwaltung habe es trotz der wirklich großen Bedarfe versäumt, für das Childhood-Haus, bei dem es um Opferschutz, um vergewaltigte Kinder gehe, einen Personalmittelaufwuchs vorzusehen. Insofern könne die Staatssekretärin bei einer Frage, die relevant für die Ernährungssicherheit des Landes sei, nicht glaubhaft darauf verweisen, dass hierfür keine Mittel zur Verfügung stünden, weil man dem Opferschutz so viel Raum eingeräumt hätte. Die Konsequenzen von mangelndem Opferschutz und dem Fortschreiten des Bienensterbens gegeneinander auszuspielen, sei absurd. Hätte der Senat dem gesamten Einzelplan mehr Geld zur Verfügung gestellt, müsste man nun nicht die prekärsten Gruppen gegeneinander ausspielen. – Ihre Fraktion werde hierzu schriftlich weitere Fragen einreichen, auch betreffend die EU-Mittel, bezüglich derer ihr anderslautende Informationen als der Staatssekretärin vorlägen. Darüber werde auch mit SenFin noch zu reden sein.

Kristian Ronneburg (LINKE) bittet darum, Kapitel 0608 – Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz – Verbraucherschutz – möge vollständig zur zweiten Lesung zurückgestellt werden.

Bei Betrachtung des gesamten Einzelplans zeige sich, dass das Aufstellen des Justizhaushalts nur habe gelingen können, weil beim Verbraucherschutz gekürzt werde. Das werfe die Frage auf, wie mit dem Einzelplan umgegangen worden wäre, wäre nicht vor zwei Jahren der Verbraucherschutz zur Justizverwaltung gekommen. Wie erfolge hier tatsächlich die Abwägung, da doch objektiv an den Zahlen zu sehen sei, aus wessen Kosten im Einzelplan überhaupt noch Anliegen über die Ziellinie gebracht würden? – Im Übrigen schließe er sich den Feststellungen und dezidiert auch den bohrenden Nachfragen der Abgeordneten Gebel an.

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) betont erneut, der Justizhaushalt sei in hohem Maße mit gebundenen Ausgaben belastet. Das betreffe Gerichtsverfahrenskosten, Personalkosten etc. Hinzu komme die Einführung der E-Akte, die ebenfalls ein großer Kostenfaktor und bis 1. Januar 2026 aufgrund von Bundesgesetzgebung verpflichtend umzusetzen sei. Es treffe außerdem nicht zu, dass im Justizbereich keine Einsparungen vorgenommen worden wären; wo es irgend möglich sei, erfolgten sie auch dort, so in den Bereichen Dienstreisen, Ausrüstung, Ausstattung etc. Ebenso seien auch bei Zuwendungen im Bereich der Justiz Ein-

sparungen vorgenommen worden. Es treffe aber zu, dass der Bereich Verbraucherschutz in besonderer Weise durch zuwendungsfinanzierte Ausgaben gekennzeichnet sei.

Titel 52536 – Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT –

Silke Gebel (GRÜNE) kündigt an, ihre Fraktion werde schriftliche Fragen dazu einreichen, wie es zu dem Ausbleiben eines Mittelabflusses 2024 gekommen sei.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so solle verfahren werden.

Kapitel 0609 – Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz – Personalüberhang –

Ohne Wortmeldungen.

Kapitel 0610 – Strafverfolgungsbehörden –

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV – III D 5 – vom 13.06.2025
**Umsetzungsstand des Modellprojekts zur Stärkung
der Vermögensabschöpfung bei Ordnungswidrigkeiten und zur aktenorganisatorischen
Verwaltung der entsprechenden Verfahrenseingänge
(Laufzeit 2024 bis 2025)**
(Berichtsauftrag aus der 71. Sitzung vom 22.01.2025)
(in der 79. Sitzung am 02.07.2025 von der Konsensliste
genommen und auf die Tagesordnung der 83. Sitzung
gesetzt)

[1877 B](#)
Haupt

Kristian Ronneburg (LINKE) kündigt an, seine Fraktion werde zu dem Bericht schriftliche Fragen einreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so solle verfahren werden.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1877 B ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

Titelübergreifend

Silke Gebel (GRÜNE) erklärt, ihre Fraktion wünsche zu dem aufgerufenen Kapitel vier titelübergreifende Berichte zu den Bereichen Strafverfolgungsbehörden – Aufteilung der Titelansätze –, Ausstattung im Bereich Steuerbetrug und Verfahren, gestrichene Titel sowie Bewirtschaftung der einzelnen Titelansätze durch die ordentliche Gerichtsbarkeit nach Zusammenfassung der einzelnen Kapitel und Synergieeffekte. Sie werde Fragen hierzu schriftlich einreichen.

Gender Budgeting

Kristian Ronneburg (LINKE) bittet darum, dass zum Gender-Pay-Gap im Bereich der Generalstaatsanwaltschaft ausgeführt werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, die Frage solle schriftlich beantwortet werden.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Frank-Christian Hansel (AfD) merkt an, TA 3 – Bücher, Zeitschriften – werde von 101 000 Euro im Ansatz 2025 auf 4 000 Euro abgesenkt. Wie solle das in der Praxis umgesetzt werden? – Insgesamt gebe es einen enormen Aufwuchs im Haushalt, aber ausgerechnet bei Wissen etc. werde gespart.

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) erklärt, der fragliche Teilansatz werde zurückgeführt, weil die Onlineangebote ausgeweitet worden seien. Bibliotheken würden bundesweit zurückgefahren und stattdessen Onlinedienste wie juris und Beck Online gebucht. Inzwischen gebe es große Kompaktpakete, die man für die Justiz buchen könne, weshalb der Bedarf an Büchern und Zeitschriften sinke.

Titel 51111 – Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT –

Kristian Ronneburg (LINKE) fragt, weshalb der Ansatz so deutlich abgesenkt werde. Werde hier gespart, oder fänden sich die Mittel künftig an anderer Stelle?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) erläutert, aufgrund ihrer noch nicht sehr lange währenden Tätigkeit bei SenJustV könne sie nicht aus eigenem Erleben berichten, aber es habe wohl 2025 einen Aufwuchs gegeben, weil entsprechende Dienste gebucht worden seien. Nun sei der Titel auf die ursprüngliche Höhe zurückgeführt worden.

Kapitel 0620 – Ordentliche Gerichtsbarkeit –

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenJustV – ZS B 11 / ZS B 15 – vom [1862 B](#)
21.08.2025 Haupt
**Geschäftsentwicklungen und Verfahrensdauer in
den Zivil-, Straf- und öffentlich-rechtlichen Ge-
richtsbarkeiten**
gemäß Auflage B. 33 – Drucksache 19/1350 zum Haus-
halt 2024/25

Frank-Christian Hansel (AfD) geht darauf ein, dass die Verfahrensdauer in Asylsachen gemäß Bericht von durchschnittlich 21,1 auf 17,8 Monaten gesunken sei. Was unternehme der Senat, damit sie weiter sinke?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) betont, der Senat sei bemüht, die Dauer von Asylverfahren zu verkürzen; das sei ihm auch bereits in nicht unerheblichem Maße gelungen. Berlin liege hier unter dem Bundesschnitt. Die Bemühungen um eine Beschleunigung dauerten aber an. Hierzu stünden konkrete Projekte in Aussicht, um die Arbeit der Asylrichter im Bereich der Dokumentation von Informationen aus Herkunftsländern zu unterstützen, um sie weiter von Rechercheaufgaben zu entlasten. Hierzu werde sie gern zu einem späteren Zeitpunkt mehr berichten. Es gebe Bemühungen auf organisatorisch-struktureller Ebene ebenso wie solche um eine weitere personelle Stärkung des Verwaltungsgerichts.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1862 B zur Kenntnis.

- b) Bericht SenJustV vom 11.06.2025 [1476 D](#)
Modellprojekt „Zustellung von Räumungsklagen“ Haupt
(Berichtsauftrag aus der 71. Sitzung vom 22.01.2025)
(in der 79. Sitzung am 02.07.2025 von der Konsensliste
genommen und auf die Tagesordnung einer der folgenden Sitzungen gesetzt)

Kristian Ronneburg (LINKE) zitiert den Bericht, SenJustV sehe noch „einer Antwort von SenASGIVA auf die Frage entgegen, auf welche Weise und an welcher konkreten Stelle die Mitteilungen der Amtsgerichte über Räumungsklagen direkt elektronisch erfolgen können“. Sei diese Antwort mittlerweile erfolgt? Wie kämen die Amtsgerichte der Mitteilungspflicht bislang nach?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) antwortet, es liege weiterhin keine Antwort von SenASGIVA vor. Sie gehe davon aus, dass die Amtsgerichte ihrer Pflicht nachkämen und auf andere Weise entsprechende Ansprechpartner unterrichteten. Sinn des Projektes sei, eine vereinfachte Möglichkeiten für die Amtsgerichte zu schaffen, zu den jeweiligen Zuständigen in den Bezirken Kontakt aufzunehmen, um die Vorgänge zu beschleunigen. SenJustV werde sich weiter darum bemühen, das zeitnah umzusetzen, auch mit vereinfachten Meldewegen, die einen konkreten Ansprechpartner im jeweiligen Bezirk vorsähen, der die Informationen an die jeweils zuständigen Stellen weiterleite.

Kristian Ronneburg (LINKE) bittet darum, dass bis Ende 2025 ein Folgebericht vorgelegt werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so solle verfahren werden.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1476 D zur Kenntnis.

Titelübergreifend

Sebastian Walter (GRÜNE) teilt mit, seine Fraktion werde zum aufgerufenen Kapitel schriftlich Fragen einreichen, die die Aufteilung von Titeln auf die jeweiligen Gerichte betreffen; durch die Zusammenfassung sei dem Haushalt nicht mehr klar zu entnehmen, was bei ihnen jeweils ankomme. Weitere Fragen befassten sich damit, welche Auswirkungen die Kürzungen auf bestimmte Dinge jeweils hätten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so solle verfahren werden.

Frank-Christian Hansel (AfD) fragt, welche Überlegung dazu geführt habe, alle Gerichte in einem neuen Kapitel zusammenzufassen und die bisherige Kapitelstruktur zu ändern. Durch die Zusammenfassung aller Gerichte sei der Haushaltsplan nun deutlich weniger transparent. Wie würden sich die bisherigen Kapitel in ihrer Gesamtsumme pro Gericht ändern, würden die Ausgaben nach wie vor in eigenen Kapiteln ausgewiesen? – Gern könnten die Fragen schriftlich beantwortet werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so solle verfahren werden.

Gender Budgeting

Kristian Ronneburg (LINKE) erklärt, seine Fraktion werde Fragen hierzu schriftlich einreichen, insbesondere, wie sich der Gender-Pay-Gap bei Kammergericht und Landgericht I und II erkläre.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so solle verfahren werden.

Titel 11930 – Hinterlegungen –

Kristian Ronneburg (LINKE) konstatiert, der Ansatz werde von 4 Mio. Euro im Jahr 2025 auf jeweils 1 Mio. Euro 2026 und 2027 reduziert. Warum sei das erfolgt?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) erläutert, es handle sich um eine Anpassung an die Ist-Summen.

Titel 41201 – Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige –

Sebastian Walter (GRÜNE) erkundigt sich, ob in diesem Titel auch die Mittel für Schöffinnen und Schöffen hinterlegt seien.

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) bejaht dies.

Sebastian Walter (GRÜNE) fragt nach, wie hoch dieser Anteil sei. Gerne könne hierauf auch eine schriftliche Antwort erfolgen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so solle verfahren werden.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Sebastian Walter (GRÜNE) meint, es erschließe sich nicht, weshalb der Ansatz 2026 deutlich höher sei als in den beiden Vorjahren und im Jahr 2027. Welcher Mehrbedarf 2026 sei der Grund hierfür?

Dirk Sauer (SenJustV) erklärt, die Veranschlagung der Personalausgaben sei Ist-Kostenbasiert erfolgt. Der Rückgang 2027 ergebe sich aufgrund von Stellenumwandlungen vom An-

gestellten- in den Beamtenbereich. Bei den Beamtentiteln finde sich ein korrespondierender Aufwuchs.

Titel 44379 – Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte –

Kristian Ronneburg (LINKE) merkt an, dass es bei den einzelnen Gerichten einige Veränderungen im Vergleich zu den Ansätzen 2025 gebe. Warum sei das der Fall? Wie erkläre sich die Differenz zwischen den einzelnen Gerichten?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) antwortet, es handele sich um eine Anpassung an die Ist-Ausgaben.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Frank-Christian Hansel (AfD) nimmt Bezug auf den TA „Postgebühren“, der auf ähnlichem Niveau wie bislang verbleibe. Wie erkläre sich das angesichts des starken Anstiegs der Postgebühren in anderen Titeln?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) erläutert, die Unterschiede zwischen den Behörden erklärten sich aus der Tatsache, dass einige die E-Akte bereits eingeführt hätten und überwiegend digitale Eingänge erhielten – so im Bereich der Zivilgerichtsbarkeit –, während andere, so die Strafverfolgungsbehörden, noch dabei seien, sie einzuführen. Weiterhin sei das Postaufkommen sehr unterschiedlich, und die Ansätze seien auf Basis der Ist-Kosten der vergangenen Jahre fortgeschrieben worden.

Frank-Christian Hansel (AfD) wendet ein, das erkläre nicht die starken Anstiege der Postgebühren in anderen Titeln. Wo die E-Akte noch nicht eingeführt sei, sei ja bislang auch Kommunikation auf postalischem Wege erfolgt.

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) erwidert, das liege nicht an dem Aufkommen, sondern an der gestiegenen Höhe der Postgebühren.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung –

Kristian Ronneburg (LINKE) erkundigt sich, weshalb keine Mittel mehr für das Sicherheits- und Deeskalationstraining vorgesehen würden.

Sebastian Walter (GRÜNE) schließt sich der Frage an, insbesondere weil es zugleich bei den gemeinsamen Fortbildungsveranstaltungen mit dem Land Brandenburg einen Aufwuchs gebe. Welche Prioritätensetzung stehe hinter diesen Entscheidungen? – Ebenfalls keine Mittel mehr würden für den TA „Fortbildungsbedarfe Diversity“ vorgesehen. Das sei erstaunlich, zumal der Senat sich erst am 23. September 2025 zum Fortgang des Diversity-Landesprogramms eingelassen habe.

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) berichtet zum Sicherheits- und Deeskalationstraining, dass dieses künftig mit eigenen Dienstkräften durchgeführt werde. Mit Blick auf Fortbildungen habe man entsprechende Angebote in den Vorjahren unterbreitet; angesichts des Konsolidierungsdrucks habe man sich nun die Frage gestellt, ob jedes Jahr im gleichen

Umfang auf diesem Wege Fortbildungen angeboten werden sollten. Es gebe auch andere Fortbildungen, die sich am Rande immer mit Diversity und Vielfalt beschäftigten, sodass man zu dem Schluss gekommen sei, dass man unter den gegebenen Umständen darauf verzichten könne.

Sebastian Walter (GRÜNE) kündigt an, seine Fraktion werde hierzu schriftlich Nachfragen stellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so solle verfahren werden.

**MG 31 – Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation) – und
MG 32 – Ausgaben für verfahrensabhängige IKT –**

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet darum, die Einführungs- und laufenden Kosten für die justizspezifische IKT mögen jeweils schriftlich dargelegt werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so solle verfahren werden.

Kapitel 0632 – Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg –

Titel 11101 – Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz) –

Kristian Ronneburg (LINKE) stellt fest, im Vergleich zu 2025 sei der Titel knapp 6 Mio. Euro höher angesetzt. Woraus resultiere das?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) erläutert, der Ansatz sei aufgrund des in Kraft getretenen Kostenrechtsänderungsgesetzes, das zu einer Erhöhung der Gebühren geführt habe, so veranschlagt worden. Hierzu seien die Folgen des Kostenrechtsänderungsgesetzes auf das Ist abgeschätzt worden.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Sebastian Walter (GRÜNE) erkundigt sich, woraus sich der Anstieg bei den Postgebühren ergebe.

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) führt aus, beim Mahngericht handele es sich um ein noch papiergebundenes Gericht, deshalb schlage hier die Erhöhung der Postkosten zu Buche.

Kapitel 0641 – Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg –

Gender Budgeting

Kristian Ronneburg (LINKE) erklärt, auch hier bitte seine Fraktion um einen schriftlichen Bericht zur Erklärung des Gender-Pay-Gap.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, ein schriftlicher Bericht werde erwartet.

Titel 52703 – Dienstreisen –

Kristian Ronneburg (LINKE) bemerkt, während das Geschlechterverhältnis der Beschäftigten bei ca. 48 Prozent Frauen zu 52 Prozent Männern liege, seien 2024 nur rund 6,6 Prozent der Mittel für Dienstreisen für weibliche Beschäftigte verausgabt worden und über 93,4 Prozent für männliche Angestellte. Dabei seien vier Frauen und sieben Männer auf Dienstreise gewesen; es seien durchschnittlich also ca. 125 Euro pro Dienstreise pro Frau und 1 783 Euro pro Dienstreise pro Mann verausgabt worden. Wie sei dieses Missverhältnis zu erklären?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, die Verwaltung werde dies schriftlich beantworten.

Titel 51160 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT –

Sebastian Walter (GRÜNE) kündigt an, seine Fraktion werde zu diesem Titel schriftlich Fragen einreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so solle verfahren werden.

Titel 81289 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT –

Sebastian Walter (GRÜNE) erklärt, auch zu diesem Titel werde seine Fraktion schriftlich Fragen einreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so solle verfahren werden.

Kapitel 0642 – Verwaltungsgericht –

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Kristian Ronneburg (LINKE) fragt, wie die Veranschlagung von 2 000 Euro für das Firmenticket erklärt werde.

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) erläutert, es handele sich um den Arbeitgeberanteil am Firmenticket für die Beschäftigten.

Titel 51160 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT –

Sebastian Walter (GRÜNE) kündigt an, seine Fraktion werde zu diesem Titel schriftlich Fragen einreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so solle verfahren werden.

Titel 51168 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT –

Kristian Ronneburg (LINKE) stellt fest, auch hier gebe es eine deutliche Absenkung der Ansätze. Warum werde der Bedarf so niedrig angesetzt?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) antwortet, auch diese Titelsenkung sei infolge des Konsolidierungsdrucks erfolgt.

Kapitel 0651 – Sozialgericht –

Titel 52703 – Dienstreisen –

Kristian Ronneburg (LINKE) erklärt, hier stelle sich eine analoge Frage wie zum selben Titel in Kapitel 0641 – Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg –. Auch hierzu bitte er um schriftliche Ausführungen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, ein schriftlicher Bericht hierzu werde erwartet.

Kapitel 0661 – Justizvollzugsanstalt Plötzensee –

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV – III A 2 – vom 29.08.2025
**Folgebericht zur Beauftragung einer
Beratungsdienstleistung zur fachlich beratenden
Begleitung des Projektes „Entwicklung und
Erprobung von gesundheitsförderlichen,
sozialverträglichen und organisationsstärkenden
Schichtmodellen im Berliner Justizvollzug“
(Laufzeit 2024 bis 2025)**
(Berichtsauftrag aus der 67. Sitzung vom 13.11.2025)

[1454 D](#)
Haupt

Kristian Ronneburg (LINKE) stellt fest, dass im Rahmen der Evaluation einige Empfehlungen ausgesprochen worden seien. Verfüge der Justizvollzug für das nun empfohlene Schichtmodell über eine ausreichende Personalausstattung?

Staatssekretär Dirk Feuerberg (SenJustV) weist darauf hin, dass die eigentliche Pilotierungsphase mit dem Beginn des Jahres 2026 starte. Er gehe davon aus, dass das derzeit vorhandene Personal für das Modell, wie es jetzt erstellt werde, ausreiche. Es sei aber Teil des Sinns der Pilotierung festzustellen, ob dies in der Praxis funktionieren werde und wo sich noch Bedarfe ergäben. Das sei nicht trivial; es gehe um sehr unterschiedliche Dienstgruppen und Tätigkeitsfelder innerhalb des Vollzugs. Die Alarmzentrale müsse zu jeder Zeit ebenso sicher besetzt sein wie der Soziale Dienst.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1454 D zur Kenntnis.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Sebastian Walter (GRÜNE) fragt, weshalb die Mittel für die Patientendokumentation gestrichen werden könnten. Finde sie dann nicht mehr oder auf andere Art und Weise statt? – Aus welchem Grund würden außerdem keine Mittel mehr für das Elektronische Testverfahren im Rahmen des berlinweiten E-Recruiting-Verfahrens eingestellt? Sei das Projekt abgeschlossen?

Staatssekretär Dirk Feuerberg (SenJustV) kündigt an, SenJustV werde hierzu einen schriftlichen Bericht vorlegen.

Sebastian Walter (GRÜNE) ergänzt die Berichtsbitte dahingehend, dass, sollte das Projekt abgeschlossen sein, auch dessen Ergebnisse dargestellt würden und berichtet werde, ob das E-Recruiting-Verfahren standardmäßig eingeführt werden solle oder nicht und ob ggf. Mittel an anderer Stelle veranschlagt seien.

Anja Stein (SenJustV) erklärt, das E-Recruiting sei eingeführt; nun seien nur noch die Betriebskosten zu bestreiten. Deshalb werde für das Testverfahren kein Geld mehr benötigt.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frank-Christian Hansel (AfD) fragt, warum sich der Ansatz für Laboruntersuchungen nahezu verdoppelt habe und ob dieser Aufwuchs auf Schätzwerten beruhe.

Sebastian Walter (GRÜNE) bezweifelt, dass die Mittel auskömmlich seien. Seines Wissens habe das Ist im Juli 2025 bei 1,4 Millionen Euro gelegen. – Er schließe sich zudem der Frage zu Teilansatz 9 an. – Wie sei der Stand bei der geplanten Akademisierung der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher?

Kristian Ronneburg (LINKE) will wissen, warum der Teilansatz 8 – Kriminologischer Dienst – um 100 000 Euro gekürzt worden sei.

Anja Stein (SenJustV) erklärt, der Aufwuchs im Teilansatz 9 sei durch die Fortschreibung des Ist-Werts von 2024 entstanden.

Staatssekretär Dirk Feuerberg (SenJustV) ergänzt, die Kürzung im Teilansatz 8 sei dem Konsolidierungsdruck geschuldet.

Frank-Christian Hansel (AfD) hält dagegen, der Teilansatz 9 sei nicht fortgeschrieben worden, sondern aufgewachsen. Seien mehr Laboruntersuchungen durchgeführt worden, oder sei ein neues Phänomen ursächlich?

Sebastian Walter (GRÜNE) kündigt an, dass seine Fraktion weitere Fragen zu diesem Titel schriftlich nachreichen werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies fest.

Anja Stein (SenJustV) legt dar, der Titel sei nicht auskömmlich gewesen; Mehrbedarfe seien aufgrund des Gesundheitszustands der Gefangenen sowie der verfügbaren Maßnahmen entstanden. Beides sei kaum steuerbar. Daher sei das Ist fortgeschrieben worden.

Staatssekretär Dirk Feuerberg (SenJustV) fügt hinzu, die höheren Kosten seien auch auf die Übernahme von Patientinnen und Patienten infolge der Notlage im Maßregelvollzug zurückzuführen.

Kapitel 0663 – Justizvollzugsanstalt für Frauen –

Titel 11112 – Entgelte für Beköstigung, Betreuung und Unterkunft –

Kristian Ronneburg (LINKE) fragt, warum für Freigängerinnen 27 800 Euro veranschlagt worden seien, während in der JVA Plötzensee nur 1 000 Euro vorgesehen seien.

Anja Stein (SenJustV) erklärt, in der JVA für Frauen seien alle Vollzugsformen vertreten, während die JVA Plötzensee vorwiegend dem geschlossenen Männervollzug diene.

Staatssekretär Dirk Feuerberg (SenJustV) präzisiert, der hohe Anteil an Freigängerinnen in der JVA für Frauen begründe den höheren Betrag.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung –

Kristian Ronneburg (LINKE) fragt, warum der Ansatz von 15 000 Euro im Jahr 2025 auf 6 000 Euro gesenkt worden sei.

Staatssekretär Dirk Feuerberg (SenJustV) informiert, dass auch hier der Konsolidierungsdrucks die Ursache sei.

Keine Zurückstellung.

Kapitel 0664 – Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin –

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Kristian Ronneburg (LINKE) möchte wissen, ob durch die Einsparungen Arbeitstherapien, Kompetenzfeststellungsverfahren und Übergangsmanagement vollständig entfielen oder ersetzt worden seien.

Staatssekretär Dirk Feuerberg (SenJustV) erklärt, man habe sich von freiberuflichen Trägerinnen und Trägern getrennt; künftig würden geschulte eigene Kräfte diese Maßnahmen übernehmen.

Sebastian Schlüsselburg (SPD) berichtet, dass berlinweit circa 849 Haftplätze im offenen Vollzug bestünden. Es sei geplant zu prüfen, wie viele geeignete Personen mit einer Ersatzfreiheitsstrafe im geschlossenen Vollzug – vor allem in der JVA Plötzensee – in den offenen Vollzug verlagert werden könnten. Er bitte SenJustV um eine Prognose der Tageshaftkosten 2026/2027 und ob diese durch Verlagerung sinken werde.

Staatssekretär Dirk Feuerberg (SenJustV) sagt die Prognose zu. Er sei jedoch skeptisch, dass durch die Verlagerung eine deutliche Reduktion erzielt werden könne. Jeder Einzelfall müsse auf Eignung geprüft werden, und die Streubreite der betroffenen Personen sei sehr hoch.

Sebastian Schlüsselburg (SPD) bittet darum, in dem Bericht ebenfalls darzustellen, wie geeignete Personen identifiziert und der Kreis für den offenen Vollzug erhöht werden könne.

Staatssekretär Dirk Feuerberg (SenJustV) sagt zu, das Verfahren in diesem Kontext noch einmal zu betrachten. Entscheidend sei die Absprachefähigkeit, häufig fehle jedoch die soziale Einbindung. Daran etwas zu verändern, gehe möglicherweise auf Kosten der Sicherheit gehen und führe zu vermehrten Rückführungen.

Kapitel 0666 – Justizvollzugsanstalt Moabit –

Titel 12505 – Entgelte aus der Beschäftigung von Gefangenen –

Kristian Ronneburg (LINKE) fragt, warum die Gärtnerei in der JVA Plötzensee Einnahmen erziele, anders als z. B. in der JVA Moabit.

Staatssekretär Dirk Feuerberg (SenJustV) vermutet, dass die hohe Gefangenenfluktuation in Moabit die Leistungsfähigkeiten der Gärtnerei beeinträchtige. Er wolle dies klären.

Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen –

Sebastian Schlüsselburg (SPD) kritisiert, dass nur in der JVA Moabit die Insassen täglich duschen könnten, in den anderen Haftanstalten nicht. Seine Fraktion habe in einer Schriftliche Anfrage gefragt, welche Investitionsmittel, Sicherheitsmaßnahmen sowie bauliche Voraussetzungen – beispielsweise Containeraufstellungen – zur Verbesserung der Situation notwendig seien. Damals sei geantwortet worden, dass eine Veränderung aus baulichen sowie organisatorischen Gründen nicht möglich sei. Habe sich das inzwischen geändert?

Staatssekretär Dirk Feuerberg (SenJustV) entgegnet, der bauliche Aufwand sei erheblich, das Problem aber auch personell bedingt. Es sei durchgerechnet worden, dass mit der derzeitigen Personaldecke keine nennenswerte Verbesserung möglich sei.

Sebastian Schlüsselburg (SPD) zeigt sich erfreut, dass ein Konzept zur Erhöhung der Duschkapazitäten mit Modellrechnung vorliege, das nach einer Verstärkung der Hauptgruppe 4 eingesetzt werden könne. Er bitte um eine schriftliche Darstellung.

Staatssekretär Dirk Feuerberg (SenJustV) macht darauf aufmerksam, dass es nicht nur am Geld, sondern auch an der Besetzung offener Stellen scheitere.

Kapitel 0668 – Justizvollzugsanstalt Tegel –

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Kristian Ronneburg (LINKE) fragt, ob die gekürzten Dienstleistungen – wie die arbeitstherapeutische Maßnahmen und Sprachdiagnostik – auch intern erbracht würden.

Anja Stein (SenJustV) bestätigt, aufgrund des Konsolidierungsdrucks würden auch diese Maßnahmen mit eigenen Mitteln und Kräften umgesetzt. Das gelte insbesondere für den Bereich Beschäftigung und Qualifizierung der Gefangenen, für den Werkmeister eingestellt worden seien.

Staatssekretär Dirk Feuerberg (SenJustV) ergänzt, man hoffe, in der JVA Tegel Tätigkeiten bald zertifizieren und Mittel der Bundesagentur für Arbeit nutzen zu können.

**Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen
des Facility Managements –**

Kristian Ronneburg (LINKE) fragt, warum der Ansatz um zwei Drittel gesenkt worden sei und welche Aufwendungen künftig wegfielen.

Staatssekretär Dirk Feuerberg (SenJustV) sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält das fest.

Titel 51133 – Erwerb von Tieren –

Kristian Ronneburg (LINKE) interessiert, ob die Spürhunde der JVA Tegel auch in anderen Justizanstalten eingesetzt würden.

Staatssekretär Dirk Feuerberg (SenJustV) erklärt, sie seien in Tegel stationiert, würden teils aber schon in anderen Justizanstalten eingesetzt.

Kapitel 0669 – Jugendstrafanstalt –

Keine Wortmeldung.

Kapitel 0671 – Jugendarrestanstalt –

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Kristian Ronneburg (LINKE) möchte wissen, weshalb der Ansatz so stark abgesenkt worden und was weggefallen sei.

Staatssekretär Dirk Feuerberg (SenJustV) erläutert, dass der Wegfall des Objekts Kirchhainer Damm aus der Finanzplanung der Jugendarrestanstalt ursächlich sei. Es sei bereits temporär von der Polizei genutzt und an die BIM zurückgegeben worden.

Keine Zurückstellung.

Kapitel 0672 – Justizvollzugsanstalt Heidering

Keine Wortmeldung.

Kapitel 0691 – Soziale Dienste der Justiz - Gerichtshilfe und Bewährungshilfe -

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV – III A 9 – vom 10.06.2025 [2026 DC](#)
Drittes Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes Haupt
2024/2025
hier: Auswirkungen der Kürzungen bei den
zuwendungsfinanzierten Angeboten der Träger der
Straffälligenhilfe
(Berichtsauftrag aus der 70. Sitzung vom 11.12.2024)

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache den Bericht rote Nr. 2026 DC zur Kenntnis.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass es zum Kapitel 0691 keine Wortmeldungen gebe.

Sebastian Schlüsselburg (SPD) konstatiert, bekanntermaßen seien im Justizbereich hohe Investitionen für energetische Maßnahmen notwendig. Welche Maßnahmen seien im Sondervermögen angemeldet worden, und warum seien diese gegebenenfalls nicht berücksichtigt worden?

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) hält dem entgegen, es sei nicht Gegenstand dieser Beratung, wie der Senatsbeschluss zum Haushaltsplanentwurf zustande gekommen sei.

Steffen Zillich (LINKE) fragt, weshalb keine Maßnahme des Einzelplans 06 geeignet sei, aus dem Sondervermögen finanziert zu werden.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) erinnert daran, dass die Finanzierung aus dem Sondervermögen an bestimmte Bedingungen, wie laufende Verträge, Maßnahmenanfänge und Ähnliches, geknüpft sei.

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) erklärt, dass Projekte für das Sondervermögen angemeldet worden seien und derzeit geprüft würden.

Steffen Zillich (LINKE) fragt, ob der Senat eine Nachschiebeliste plane.

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) ergänzt, dass es sich um Baumaßnahmen für die Folgejahre handele.

Der **Ausschuss** schließt die erste Lesung des Einzelplans 06 ab.

[Unterbrechung der Sitzung von 12.30 Uhr bis 13.15 Uhr]

Finanzen – 15

Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – [2414](#)
Drucksache 19/2654 Haupt
Viertes Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2024/2025 (Viertes Nachtragshaushaltsgesetz 2024/2025 – 4. NHG 24/25)
(vorab überwiesen gemäß § 32 Abs. 4 GO Abghs auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

1. Lesung

in Verbindung mit

Punkt 3 der Tagesordnung

Bericht Senat von Berlin – Fin II B – vom 16.09.2025 [1936 D](#)
Statusbericht über die Haushaltslage per 30.06.2025 Haupt
gemäß Auflage B. 130 – Drucksache 19/1350 zum
Haushalt 2024/25

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) trägt vor, Schwerpunkte des Vierten Nachtragshaushaltsgesetzes 2024/2025 seien insbesondere die Wohnungsbauförderung und die Ausschöpfung der neuen Kreditmöglichkeiten. Dem Statusbericht sei zu entnehmen, dass die Wohnungsbauförderung einen deutlich höheren Mittelbedarf ausweise als mit dem Dritten Nachtragshaushaltsgesetz angenommen. Grund dafür sei ein deutlich beschleunigter Abruf der Wohnungsbaufördermittel, was auf ein erfolgreiches Förderjahr 2024 zurückgehe sowie den schnelleren Baufortschritt einzelner Projekte. Für den Haushalt resultiere daraus eine Herausforderung. Es sei vorgesehen, die Ansätze der Wohnraumförderung um insgesamt 917,6 Mio. Euro zu erhöhen und die weitere Auszahlung der Wohnungsbauförderung zum jeweils benötigten Zeitpunkt zu sichern. Der Darlehensanteil der Wohnungsbauförderung in Höhe von rund 655 Mio. Euro könne mittels Kreditaufnahme für werthaltige finanzielle Transaktionen sichergestellt werden. Für den Zuschussanteil sei jedoch eine Finanzierung aus dem Kernhaushalt erforderlich.

Er weise darauf hin, dass ein gewisser Zeitdruck bestehe. Wie dem Statusbericht entnommen werden könne, seien die Ansätze für die Wohnungsbauförderung bereits ausgeschöpft. Es solle aber eine lückenlose Auszahlung der Wohnungsbauförderung gesichert werden, was am ehesten dann der Fall sei, wenn eine Entscheidung vor den Herbstferien getroffen werde.

Neue Bewilligungen für die Wohnungsbauförderung seien daran gebunden, dass ausreichend Kassenmittel zur Verfügung ständen. Aufgrund der Fördersystematik der Wohnungsbauförderungsbestimmungen 2023 – WFB 2023 – würden bereits im Jahr der Bewilligung Darlehen

abgerufen. Das Vierte Nachtragshaushaltsgesetz solle sicherstellen, dass für Neubewilligungen ausreichende Kassenmittel vorhanden seien. Dadurch könne ein Bewilligungsstopp vermieden werden. Dies sei deshalb wichtig, weil für Anfang Oktober im Bewilligungsausschuss rund 300 Wohnungen zur Bewilligung anstünden.

Darüber hinaus hätten sich auch die Aufwendungen für Transferkosten erhöht. Deshalb solle die Vorsorge im Bereich der bezirklichen Steuerreserve angepasst werden, wobei er davon ausgehe, dass dies nicht ausreichend sein werde.

Weiterhin sollten mieterseitige Investitionen und Einbauten im Bereich der Errichtung des Neubaus für die Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin GmbH – DFFB – abgesichert werden.

Voluminös werde die gesteigerte Kreditaufnahmemöglichkeit ausfallen. Mit diesem Vierten Nachtrag würden die Voraussetzungen dafür geschaffen, um die durch das geänderte Bundesrecht geschaffenen Möglichkeiten in Anspruch nehmen zu können. Dabei handele es sich um die neue Möglichkeit einer strukturellen Kreditaufnahme nach Artikel 109 Absatz 3 Satz 6 und Satz 7 GG in Verbindung mit § 1 Satz 3 sowie § 2 Absatz 2 Strukturkomponente-für-Länder-Gesetz – StruKomLäG. Für Berlin leiteten sich daraus Kreditaufnahmeermächtigungen in Höhe von 788 Mio. Euro ab. Daneben werde geplant, die Konjunkturausgleichsrücklage in Höhe von 327 Mio. Euro zu entnehmen sowie weitere konjunkturbedingte Kredite in Höhe von 1,07 Mrd. Euro aufzunehmen.

Er habe bereits deutlich gemacht, dass die Haushaltsaufstellung darauf beruhe, dass weiterhin Rücklagen zum Verzehr möglich seien. Dies setze eine maximale Schonung der Rücklagen im laufenden Jahr voraus. Die Kreditaufnahme solle sicherstellen, dass die Annahmen für die Aufstellung des nächsten Doppelhaushalts auch tatsächlich eintreten könnten. Ob und in welchem Umfang die Kreditermächtigungen in Anspruch genommen würden, werde der Jahresabschluss erweisen. Angesichts der Summen, die für Transferausgaben sowie die Wohnraumförderung benötigt würden, gebe es keine anderen Möglichkeiten als diese Kreditermächtigung.

Steffen Zillich (LINKE) erinnert daran, dass sich der Ausschuss für eine sehr zügige Beratung ausgesprochen habe, weil es schlecht wäre, für die Umsetzung des in Rede stehenden Kreditvolumens lediglich wenige Tage Zeit zu haben.

Die Linie des Nachtragshaushalts bestehe darin, Kreditspielräume auszuschöpfen, weil sie für eine Konsolidierungslinie benötigt würden, die nicht mit dem Ende des Jahres 2025 abgeschlossen sei. Dies sei richtig und entspreche den Forderungen seiner Fraktion. Er begrüße es, dass sich die Sichtweise der Finanzverwaltung geändert habe und der Linie seiner Partei gefolgt werde, dass die Möglichkeiten für die konjunkturbedingte Kreditaufnahme rechtlich gegeben seien und dem keine Gründe aus dem Berliner Schuldenbremsegesetz entgegenstünden. Er bitte um einen Bericht, in dem der jeweilige Grund für die Aufnahme eines Kredits – Transaktionskredit, Strukturkomponente, konjunkturbedingte Kreditaufnahme – dargestellt werde.

Es heiße, dass eine Zielgröße in Höhe von 1,8 Mrd. Euro an Rücklagenbestand für die Umsetzbarkeit des Doppelhaushalts angestrebt werden müsse. Handele es sich dabei um eine li-

mitierende Größe für die Kreditaufnahme, was aus seiner Sicht schwierig zu steuern sein dürfte? Selbstverständlich könne im Haushaltsvollzug immer etwas passieren, es stelle sich aber die Frage, ob die Ausschöpfung der Kreditermächtigung, die mit dem Nachtragshaushalt gegeben würde, nur insoweit geplant sei als der Rücklagenbestand in Höhe von 1,8 Mrd. Euro am Ende des Jahres gesichert sei. Es sehe es so, dass der gesamte Haushaltsplan so angelegt sei, dass dies nicht sein müsse. Er halte es auch nicht für richtig, sich dadurch zu begrenzen, weil die Rücklagenbestände gebraucht würden.

Zur DFFB bitte er um eine Erläuterung, was konkret unter dem investiven Zuschuss gemeint sei. Wenn es sich um mieterseitige Einbauten handle, sei es nicht das Projekt, das die Hochschule gern umsetzen würde, um von den hohen Mietzahlungen herunterzukommen. Er bitte um einen schriftlichen Bericht.

Zur Wohnraumförderung bitte er um eine detaillierte Erläuterung, welche Einschätzungen sich konkret verändert hätten. Seiner Ansicht nach sei die Liquidität der Wohnraumförderung zur Erbringung pauschaler Minderausgaben sowie weiterer Konsolidierungsbedarfe herangezogen worden, weshalb man jetzt Geld nachschießen müsse. Was gehe mittlerweile weshalb schneller? Handle es sich um einen Sondereffekt oder müsse die normale Bedarfseinschätzung hinsichtlich der sechsjährigen Abflusskurve verändert werden? Für welche Programme und Programmjahre werde die Liquidität konkret benötigt? Er erinnere an die Bestandsliste aus dem Sondervermögen mit in Teilen einer negativen Liquidität für bestimmte Programmenteile. Seiner Ansicht nach könnten die im Oktober zur Bewilligung anstehenden Wohnungen den Liquiditätsbedarf nicht auslösen, weil es einen gewissen Verzug zwischen der Bewilligung von Wohnraumförderung und der Umsetzung gebe. Sollte es eine andere Praxis geben, bitte er um Darstellung, denn dies hätte Auswirkungen auf die Beurteilung der Ansatzbildung im Doppelhaushalt. Ihn interessiere zudem, wie sich in den einzelnen Segmenten der Anteil des Liquiditätsbedarfs auf private, gemeinwohlorientierte und öffentliche Fördernehmer verteile. Wenn es eine Tendenz gebe, müssten daraus Schlussfolgerungen gezogen werden. Wenn es weiterhin einen ungebremsten Kostenanstieg gebe und gleichzeitig landeseigene Wohnungsbaugesellschaften die Gelder abriefen, müsste womöglich über eine andere Finanzierungssystematik nachgedacht oder aber eine Prioritätensetzung vorgenommen werden. Aus seiner Sicht wäre es das Beste, Kostendämpfungsstrategien umzusetzen. Derzeit finde Letzteres nur in geringem Umfang statt.

Gebe es in absehbarer Zeit oder sogar in diesem Jahr einen erhöhten Bedarf an Kapitalzuführungen an Wohnungsbaugesellschaften – Stichwort: Betrauungsakte?

Zu den Transferausgaben habe er die Frage, inwieweit der Senat einen Veränderungsbedarf bei der AV Wohnen sehe. Er gehe davon aus, dass dies keine Rolle im laufenden Haushalt spielen werde, wolle aber wissen, ob es generell einen Nachsteuerungsbedarf gebe.

Im Statusbericht werde beschrieben, dass es aufgrund von Einmaleffekten zu erhöhten Steuereinnahmen im ersten Halbjahr gekommen sei, die im zweiten Halbjahr durch Verrechnungs- und Zerlegungseffekte wieder aufgezehrt würden. Er bitte um einen schriftlichen Bericht, inwieweit bei der Prognose zum Statusbericht diese gegenteiligen Effekte berücksichtigt worden seien.

Wenn es bei der Wohnungsbauförderung ein Liquiditätsproblem gebe, wolle er wissen, inwieweit die IBB trotzdem weitere Auszahlungen vorgenommen habe oder ob alle auf den Nachtragshaushalt warteten. Er könne sich nicht erinnern, dass für diesen Zweck überplanmäßige Ausgaben genehmigt worden seien.

André Schulze (GRÜNE) äußert, auch seine Fraktion finde es im Wesentlichen richtig, die Kreditaufnahmemöglichkeiten zu nutzen, um sich Spielraum zu verschaffen. Über den Umgang mit dem Spielraum sei im Ausschuss bereits diskutiert worden.

Es sei bereits erwähnt worden, dass ein Kredit in Höhe von 1,070 Mrd. Euro aufgenommen werden solle. Bei der Berechnung der Konjunkturkomponente laute der Betrag jedoch auf 1,271 Mrd. Euro. Woraus resultiere diese Abweichung?

Es würden Mehreinnahmen aufgrund steuerlicher Großfälle erwähnt. Welche Steuerarten seien davon betroffen? – Der Frage zur DFFB schließe er sich an. – Darüber hinaus interessiere ihn, ob der erhöhte Mittelabfluss bei der Wohnraumförderung im Haushaltsentwurf 2026/2027 berücksichtigt sei oder ob insbesondere für das Jahr 2026 mit höheren Abflüssen bei Zuschüssen und Darlehen in der Wohnraumförderung gerechnet werden müsse.

Dr. Kristin Brinker (AfD) setzt voraus, es bestehe grundsätzliche Einigkeit, dass der Wohnungsbau weiter gefördert werden müsse. Der Nachtragshaushalt bereite ihrer Fraktion allerdings Bauchschmerzen. Sie bitte um Ausführungen zur Eilbedürftigkeit. Weiter interessiere sie, welche Anteile jeweils auf den öffentlichen und privaten Wohnungsbau entfielen. Könne projektscharf unterlegt werden, welche Förderungen jeweils zugesagt worden seien? Sie gehe davon aus, dass es angesichts der Höhe der Kreditaufnahmen künftig unfassbar schwierig werde, politisch überhaupt noch etwas auf den Weg zu bringen. Bereits jetzt gerieten die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften in eine Schuldendimension, die bei ihr zu der Sorge führe, ob diese Dimension überhaupt noch tragbar sei. Gebe es für den Senat eine Grenze, bis zu der die Wohnungsbaugesellschaften Kredite aufnehmen dürften? Gälten die handelsrechtlichen Regulatoren?

Hinsichtlich der Transferkosten sei bekannt, dass sich nicht die Fallzahlen erhöhten, sondern die Kosten pro Fall. Welche Möglichkeiten würden gesehen, diesbezüglich steuernd einzugreifen? Bislang habe sie nicht den Eindruck, dass an Stellschrauben gedreht werde, um zu einer Kostensenkung zu kommen. – Sie schließe sich der Frage nach den einmaligen steuerlichen Großfällen an.

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) erläutert, hinsichtlich der Höhe der Kreditaufnahme bestehe der limitierende Faktor in der Schuldenbremsekonformität. Bei der strukturellen Nettokreditaufnahme müsse am Ende eine Zielgröße eingehalten werden. Die Höhe der Kreditaufnahme habe nichts damit zu tun, eine bestimmte Höhe der Rücklagen zu treffen.

Bei der Wohnraumförderung sei eine Veränderung des Abrufverhaltens feststellbar, die sich bei der Verabschiedung des Dritten Nachtragshaushaltsgesetzes nicht in dieser Weise dargestellt habe. Es gebe keine Änderung des Programm Volumens, wohl aber eine der Abrufkurve. Diese Kurve solle mit dem Vierten Nachtragshaushaltsgesetz abgebildet werden. Im Übrigen sei diese Kurve auch im Entwurf des Doppelhaushalts 2026/2027 abgebildet.

Er nehme wahr, dass sich der Stadtentwicklungssenator mittels des Einfach-Bauen-Paketes intensiv um Kostendämpfungsstrategien bemühe. – Er sehe keinen weiteren Bedarf nach Eigenkapitalzuführung. – Zu den Kosten der Unterkunft werde er schriftlich berichten. – Das Vierte Nachtragshaushaltsgesetz sei mit dem Statusbericht synchronisiert. Zur weiteren Prognose der Entwicklung der Transferkosten werde er schriftlich berichten. Es sei bereits eine ausführliche Befassung mit der Thematik verabredet, bei der sicher über den Maßnahmenkatalog berichtet werde, den die Arbeitsgruppe zur effizienten Sozialausgabensteuerung erarbeitet habe. Darüber hinaus werde mit großem Interesse verfolgt, welche strukturellen Veränderungen auf Bundesebene angegangen würden. – Die nachgefragten steuerlichen Großfälle fänden ihren Niederschlag insbesondere bei der Gewerbe- und der Körperschaftsteuer.

Aus seiner Sicht würden mit dem Vierten Nachtragshaushaltsgesetz keine Spielräume geschaffen.

Die Schuldentragfähigkeit der Landesunternehmen werde über eher konservativ ausgerichtete Kennziffern adressiert. Aktuell werde keine Indikation für eine Überlastungssituation einzelner Unternehmen gesehen. Ansonsten müsste über Eigenkapitalverstärkungsbedarf gesprochen werden, der aber anhand der Kennziffern nicht gesehen werde. Dies gelte auch für die landeseigenen Wohnungsbauunternehmen, zumindest im laufenden Jahr.

Für die Kreditaufnahme für die werthaltigen finanziellen Transaktionen, was den Darlehensanteilen der Wohnraumförderung entspreche, weise er darauf hin, dass durch die Rückzahlung der Darlehen ein geschlossener Kreislauf dargestellt werde.

Dr. Jochen Lang (SenStadt) ergänzt, in der Vergangenheit sei der geförderte Wohnungsbau wesentlich langsamer umgesetzt worden als im Haushalt eingeplant. Dies habe sich in den letzten zwei Jahren, insbesondere aber in diesem Jahr verändert. Er vermute, dies liege daran, dass der nicht geförderte Wohnungsbau sehr stark zurückgegangen sei. Momentan gebe es Bewilligungen, für die die Planungen wesentlich weiter vorangeschritten seien als es in der Vergangenheit der Fall gewesen sei. Es gehe deshalb nicht um mehr Geld pro Wohnung für den geförderten Wohnungsbau, sondern darum, dass das Geld sehr viel früher benötigt werde.

Das Geld werde jetzt dringend gebraucht, weil es einerseits um Altverpflichtungen aus früheren Förderverträgen gehe, die jetzt fällig würden, und um Neubewilligungen, die traditionell immer im letzten Quartal anfielen. Für die Bewilligung Anfang Oktober befänden sich ca. 300 Wohnungen in der Pipeline, was aber gar nicht der springende Punkt sei. Hinzu komme, dass bis zum Jahresende hoffentlich wieder 5 000 neue Sozialwohnungen bewilligt werden könnten. Wenn dort so ein schneller Abruf erfolge wie bisher, werde im Umfang von rund 200 Mio. Euro frisches Geld gebraucht.

Die Förderung gehe zu 80 Prozent an die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und zu 20 Prozent an Private. Momentan liege man allerdings bei 75 Prozent und 25 Prozent. Es habe eine Verschiebung in Richtung Privater stattgefunden, weil das Interesse der Privaten aufgrund der Lage auf dem Wohnungsmarkt deutlich zugenommen habe.

Bei der Überarbeitung der Förderrichtlinien werde man sich auch mit Kostendämpfung befassen. Es würden derzeit keine Kostensteigerungen beobachtet, vielmehr sei der geförderte Wohnungsbau jetzt deutlich günstiger als bei der Aufstellung des Doppelhaushalts angenom-

men. Das Parlament habe pro Jahr 1,5 Mrd. Euro bereitgestellt, von denen im Jahr 2024 für fast 5 200 geförderte Wohnungen 1,3 Mrd. Euro benötigt worden seien, wovon 260 Mio. Euro auf Zuschüsse entfielen. Damit sei der Zuschussteil um rund die Hälfte kleiner als ursprünglich geschätzt.

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) räumt ein, kameral mache dies die Sache nicht leichter. Zur Eilbedürftigkeit verweise er auf konkretes Projektvolumen für die Wohnungsbauförderung in der Pipeline. Außerdem – dies sei richtig dargestellt worden – werde es zum Jahresende hin schwieriger, Kredite aufzunehmen. Es solle erreicht werden, dass das Kreditreferat möglichst rasch am Markt agieren könne.

André Schulze (GRÜNE) erinnert an seine Frage, es möge erklärt werden, wie es zu der Abweichung zwischen der Konjunkturkomponente und den eingestellten Werten in Ausgleichsrücklage und Kreditaufnahme gekommen sei. Es seien rund 100 Mio. Euro mehr in die Entnahme der Ausgleichsrücklage und Kreditaufnahme eingestellt worden als momentan als Konjunkturkomponente berechnet werde. Handle es sich dabei um einen Puffer? – [Zuruf] – Er habe jetzt verstanden, dass die 1,07 Mrd. Euro als konjunkturbedingte Kreditaufnahme deklariert seien und zusätzlich würden 320 Mio. Euro der Konjunkturausgleichsrücklage entnommen.

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) erklärt, die Konjunkturausgleichsrücklage müsse vollständig entnommen werden, um überhaupt eine konjunkturbedingte Kreditaufnahme tätigen zu können. Das Volumen der Kreditaufnahme sei so beschrieben, dass am Ende der gesamten Rechnung des Nachtragshaushalts die strukturelle Nettokreditaufnahme faktisch auf eine Null zulaufe, was so sein müsse, um schuldenbremsekonform zu sein. Wäre die konjunkturelle Kreditaufnahme höher, komme man nicht zu einer strukturellen Nettokreditaufnahme mehr oder weniger gleich null.

André Schulze (GRÜNE) wiederholt, aus seiner Sicht sei eine Beschreibung um 100 Mio. Euro höher erfolgt als es zulässig sei. Es seien nur 1,2 Mrd. Euro zulässig, in Summe würden jedoch 1,3 Mrd. Euro an Krediten und Rücklagen bewegt.

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) betont, die Rücklage sei nicht additiv zur Kreditaufnahme zu rechnen.

André Schulze (GRÜNE) bittet darum, dass zur Wohnungsbauförderung über die im laufenden Jahr abfließenden Mittel per Stichtag 31. August 2025 berichtet werde – aufgeschlüsselt nach Bewilligungsjahr, Förderbestimmungen, Fördersegment sowie nach Darlehen- und Zuschussanteilen, erweitert um eine Prognose zum Jahresende.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dem Berichtswunsch fest.

Steffen Zillich (LINKE) wendet sich der Aussage zu, die Schuldenbremse sei der limitierende Faktor. In der Sache gehe es aber um drei unterschiedliche Ausnahmen von der Schuldenbremse. Deshalb seien aus seiner Sicht die Aufnahmetatbestände der jeweiligen Ausnahmen der limitierende Faktor. Die einzelnen Beträge müssten der jeweiligen Ausnahme sowohl dem Grunde als auch der Höhe nach entsprechen. Dazu werde schriftlich berichtet. – Er erinnere

an seine Frage nach der DFFB, wobei er davon ausgehe, dass auch dazu schriftlich berichtet werde.

Er sei froh, dass nicht mehr gebaut werden solle als ursprünglich geplant. Aus seiner Sicht werde jetzt für die Finanzierung gesorgt, um das beschriebene Programmvolumen auch umsetzen zu können. Dies sei nämlich zuvor nicht der Fall gewesen, zumal Liquidität entnommen worden sei, wenn gerade Bedarf geherrscht habe. Interessant sei aus seiner Sicht, dass das Fördervolumen je geförderter Wohnung geringer geworden sei. Als Gründe dafür komme eine Kostensenkung infrage oder aber die Verschiebung zwischen den Programmsäulen habe sich dermaßen verändert, dass nicht so förderintensive Programmsäulen stärker in Anspruch genommen würden als ursprünglich gedacht. Womöglich hätten sich auch die Wohnungsgrößen verändert, wobei er nicht glaube, dass dies maßgeblich sei.

Was ihn wundere, sei der Umstand, dass stärker mit vorgeplanten Projekten in die Förderung eingestiegen werde. Er bitte um eine Begründung. Habe er es richtig verstanden, dass damit gerechnet werde, dass in diesem Jahr noch Liquidität aus bisher noch nicht bewilligten Förderanträgen in Höhe von 200 Mio. Euro benötigt werde? Er gehe davon aus, dass diese 200 Mio. Euro in den Ansätzen enthalten seien. Er bitte darum, dass in dem bereits beauftragten Bericht zur Wohnungsbauförderung auch eine Aufschlüsselung in privat, gemeinnützig und kommunal vorgenommen werde.

Es sei dargestellt worden, dass das schnellere Umsetzen von Projekten damit zu tun habe, dass außerhalb des geförderten Segments nicht viel Bautätigkeit festzustellen sei. Sei diese Aussage auf die Umsetzungsfähigkeit der Fördernehmer bezogen oder auf die Kapazitäten der Bauwirtschaft?

Dr. Kristin Brinker (AfD) bezieht sich auf den Statusbericht, in dem es zu steuerlichen Großfällen heiße, dass es zu „weiteren signifikanten Fällen in anderen (Bundes)-Ländern“ gekommen sei, die signifikante Wirkungen auslösten. Sie bitte um Erläuterung.

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) verweist darauf, es gebe ein Steuergeheimnis. – Sollte es passieren, dass in einem anderen Bundesland ein Milliardär bedauerlicherweise versterbe, bevor sein Vermögen dem steuerlichen Zugriff entzogen sei, werde sich dies im Finanzkraftausgleich auch auf Berlin auswirken.

Steffen Zillich (LINKE) bezieht sich darauf, dass bereits ein Berichtsauftrag zu den Einnahmestrukturen bei den Steuereinnahmen, insbesondere vor dem Hintergrund der gegenläufigen Tendenzen aus dem Statusbericht beauftragt worden sei. Er bitte darum, darüber hinaus zu berichten, wie die Verrechnungszeiträume aus dem Länderfinanzausgleich und der Zerlegung aussähen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der Berichtswunsch sei damit erweitert worden.

André Schulze (GRÜNE) wendet sich der Auflistung der prognostizierten Ausgaben im Transferkostenbereich zu, zu der er um eine Gegenüberstellung der prognostizierten Werte 2025 sowie den Ansätzen in der Globalsummenberechnung für 2026/2027 bitte und um eine Aussage, welche Werte ggf. nicht mehr zusammenpassten. Diesen Bericht erbitte er zur ersten Lesung der Bezirkshaushalte am 17. Oktober.

Seines Wissens habe der Senat in der vergangenen Woche einen Verzicht auf die Gewinnabführung der Wasserbetriebe in Höhe von 82,6 Mio. Euro beschlossen. Im Statusbericht werde für das Jahr 2025 ein höherer Gewinn prognostiziert. Er wolle deshalb wissen, in welchem Jahr der Verzicht auf die Gewinnabführung wirksam werde.

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) erklärt, die Fragen würden schriftlich beantwortet. Er weise darauf hin, dass der Senat nichts beschlossen habe, was dem Haushaltsbeschluss zuwiderlaufe.

Steffen Zillich (LINKE) fragt, ob die IBB erst nach Verabschiedung des Nachtragshaushalts den Liquiditätsbedarf in Höhe von 200 Mio. Euro auszahlen könne. – Wie sehe die Situation der Verpflichtungsermächtigungen – VE – bei der Wohnraumförderung aus? Seiner Erinnerung nach seien die VEs alle gesperrt worden. Sei dem auch bei der Wohnraumförderung so?

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) antwortet, die VE werde vollumfänglich entsperrt werden.

Dr. Jochen Lang (SenStadt) weist darauf hin, dass im noch bestehenden Sondervermögen und in den anderen Titeln noch Liquidität vorhanden sei. Die Neubauförderung laufe am schnellsten, weshalb diese Gegenstand des Nachtragshaushalts sei. Aufgrund der Deckungsfähigkeit hätten verfügbare Mittel beispielsweise für Modernisierung genutzt werden können, bevor der Nachtragshaushalt auf den Weg gebracht worden sei. Derzeit würden die Abrufe aus der vorhandenen Liquidität bedient; jetzt werde jedoch der Nachtragshaushalt benötigt.

Auf die Frage von **Steffen Zillich** (LINKE), ob dem Ausschuss noch eine Entsperrungsvorlage zugehen werde, antwortet **Bürgermeister Stefan Evers** (SenFin), dass es sich nicht um qualifizierte Sperren handele.

Steffen Zillich (LINKE) erklärt, er habe keine geänderte Anlage 9 gefunden, die aus seiner Sicht jedoch geändert werden müsste.

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) stellt dar, der Anlage 8 sei die Übersicht über die kreditfinanzierten finanziellen Transaktionsausgaben zu entnehmen. Dort seien auch die Darlehen für die Wohnungsbauförderung aufgeführt.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der Vierte Nachtragshaushaltsentwurf 2024/2025 werde zur zweiten Lesung am 8. Oktober 2025 vertagt.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1936 D zur Kenntnis.

Fortsetzung der Haushaltsberatungen 2026/2027 (1. Lesung) – TOP 1

Einzelplan 05 – Inneres und Sport

Übergreifend

June Tomiak (GRÜNE) bezieht sich auf Äußerungen der Innensenatorin im Innenausschuss, sie werde sich für eine Neustrukturierung der Bußgeldstelle einsetzen. Wie sähen diesbezüglich die Absprachen mit der Finanzverwaltung aus?

Steffen Zillich (LINKE) stellt fest, die Innenverwaltung habe einige Maßnahmen für das Sondervermögen angemeldet. Dazu wolle er wissen, ob die Innenverwaltung in der Lage sei, bei möglicherweise frei werdenden Mitteln Nachmeldungen vorzunehmen. Seine Fraktion habe die Tendenz wahrgenommen, dass für Gewalt- und Kriminalitätsprävention vorgesehene Mittel im Einzelplan 05 deutlich reduziert würden. Er bitte deshalb um einen übergreifenden Bericht zu den Themen Präventionsprojekte – insbesondere Maßnahmen, die nach dem Sicherheitsgipfel angestoßen worden seien, Täterarbeit, kiezorientierte Gewaltprävention und Ähnliches – und darzustellen, welche Veränderungen es bei der Veranschlagung gebe und wie diese politisch begründet würden.

Offenbar gebe es ein weiteres übergreifendes Problem. In den Berichten an den Fachausschuss finde sich die Formulierung, dass der Bedarf zwar nicht geringer, wohl aber die finanziellen Mittel begrenzt seien, weshalb bei Bedarf im Rahmen der Haushaltswirtschaft nachgesteuert werden solle. Er bitte darum, das Volumen derjenigen Titel, die mit dieser Anmerkung versehen seien, zusammengefasst darzustellen und darzulegen, bei welchen anderen Titeln Spielraum gesehen werde, um für einen Ausgleich zu sorgen. Im Zusammenhang mit Mieten und FM werde beispielsweise ausgeführt, die Ansätze hätten reduziert werden müssen und im Rahmen der Haushaltswirtschaft werde geprüft, ob ein Ausgleich möglich sei. Bedeute dies, dass im Zweifel die Rechnungen an die BIM nicht bezahlt würden? Wie sei solch eine Ansatzbildung zu rechtfertigen? Für welche Titel konkret werde damit gerechnet, dass mehr ausgegeben werden müsse als in den Ansätzen stehe?

June Tomiak (GRÜNE) kündigt an, ihre Fraktion werde zu den Themenfeldern Tarifierungen, Mittel für den Sicherheitsgipfel, Verwaltungsreform, Polizeihubschrauber und Wassertourismuskonzept noch schriftlich Fragen beim Ausschussbüro einreichen.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) bemerkt einleitend, in diesem Haushalt werde erstmals mit einem Budgetverfahren agiert. Innerhalb des Senats sei verabredet worden, wie die zur Verfügung stehenden Mittel auf die Einzelpläne verteilt würden. Auch der Einzelplan 05 müsse mit dem auskommen, was ihm zugewiesen worden sei. Deshalb seien Priorisierungsentscheidungen getroffen worden. So sei es auch zu der Aussage gekommen, dass mögliche Mehrbedarfe im Wege der Haushaltswirtschaft nachgesteuert werden müssten. Beispielsweise könne derzeit noch nicht gesagt werden, welche Versammlungslagen es in den Jahren 2026 und 2027 geben werde. Wenn sich die Versammlungslagen der letzten beiden Wochenenden verstetigten, seien die Ansätze für Unterstützungskräfte aus anderen Bundesländern unterausgestattet. Die Ausgabeansätze gingen deshalb auf Erfahrungs- und Durchschnittswerte sowie die Ist-Werte der vergangenen Haushaltsjahre zurück. Angesichts der vielen Liegenschaften allein für Polizei und Feuerwehr handele es sich um einen erheblichen

Ausgabetitel. Derzeit befinde man sich mit SenFin und der BIM in konstruktiven Gesprächen, um zu einer Lösung zu kommen. Er prognostiziere, dass es herausfordernd bis unmöglich sei, aufzubereiten, an welchen Stellen die Ansätze nicht auskömmlich seien. Gleichwohl werde der Berichtsauftrag erfüllt werden.

Über die Bußgeldstelle und über die Frage, wie die Verkehrsüberwachung im Land Berlin aufgestellt werden solle, werde viel diskutiert. Zu der Materie befänden sich auch Berichte auf der heutigen Tagesordnung. Es gebe mit SenFin gute Gespräche darüber, die Bußgeldstelle so aufzustellen, dass sie gut arbeiten könne. Aus Sicht der Senatsverwaltung sei es wünschenswert, dass die Bußgeldstelle mit einem eigenen Wirtschaftsplan oder als LHO-Betrieb arbeite, um so die notwendigen Investitionen in Technik und Personal tätigen zu können.

Steffen Zillich (LINKE) bestätigt, dass es ein Budgetprinzip gebe. Er könne auch nachvollziehen, dass Einsatzlagen nicht davon abhängig ausgelöst würden, ob sich noch Geld im entsprechenden Titel befinde oder nicht. Wenn jedoch bei Titeln aufgrund vertraglicher Verpflichtungen weniger veranschlagt werde als eigentlich benötigt, dann verstoße das gegen die Haushaltsklarheit und erschwere es, überplanmäßige Ausgaben zu erzeugen, sofern bereits heute klar sei, dass vorherzusehen sei, dass die Ausgabeermächtigung nicht ausreiche.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) bekundet, trotz dieser nachvollziehbaren Ausführungen könne jeder Euro nur einmal ausgegeben werden. Die eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen seien selbstverständlich voll ausfinanziert, was insbesondere die externen Anmietungen betreffe.

Steffen Zillich (LINKE) bittet darum, SenFin möge in einen Bericht zu Kapitel 2991 – Immobilienbezogene Sondervermögen – zum FM-Kreislauf darlegen, inwieweit die veranschlagten Mieten in die Ansatzbildung der Rückflüsse eingeflossen seien. – Er frage dies vor dem Hintergrund, dass gerade argumentiert worden sei, es handele sich nicht um eine externe Anmietung, weshalb Gespräche geführt würden. Wenn alle so vorgingen, ergebe sich daraus das Problem, den Landeshaushalt auszugleichen. Der Senat müsse dazu Stellung nehmen, wie er damit umgehen wolle. Inwieweit entsprächen die im Landeshaushalt veranschlagten Mieten den Verabredungen im Senat? Ihm sei bekannt, dass die Mieten auch variable Bestandteile aufwiesen. Aus seiner Sicht könnten aber die Grundmieten und Betriebskosten nicht nachverhandelt werden. Wolle man aus den Liegenschaften ausziehen, wenn das Geld nicht mehr reiche? Er wolle von SenInnSport wissen, an welchen Stellen mehr für Miete ausgegeben werden müsse als veranschlagt worden sei.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält die Berichtsbitten fest.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) geht davon aus, es gebe einige Missverständnisse, die durch den erbetenen Bericht ausgeräumt werden könnten.

June Tomiak (GRÜNE) fragt, wie die Finanzverwaltung dazu stehe, dass sich die Innensenatorin für die Bußgeldstelle einen eigenen Wirtschaftsplan wünsche. Würden darüber Gespräche geführt und wenn ja, wann seien sie abgeschlossen? Nach welchem Zeitplan werde agiert?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) wiederholt, man befinde sich in einem konstruktiven Austausch. Es werde eine gemeinsame Lösung gefunden werden.

June Tomiak (GRÜNE) bittet darum, dass ihre Frage nach dem Zeithorizont beantwortet werde.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erklärt, die Gespräche seien dann abgeschlossen, wenn man sich verständigt habe. Danach sei er dem Ausschuss gegenüber auskunftsfähig.

June Tomiak (GRÜNE) fragt, ob mit einem Ergebnis vor Ende der Legislaturperiode gerechnet werden könne.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) bekundet, er verweise auf seine vorherige Antwort.

June Tomiak (GRÜNE) kündigt an, ihre Fraktion werde schriftliche Fragen zu der Thematik beim Ausschussbüro einreichen.

Kapitel 0500 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenInnSport – I A 14 – vom 12.08.2025 [2195 I](#)
Verwaltungsmodernisierung konkret: Welche neuen Haupt
und angepassten Sachverhalte sind im
Bezirksplafond bzw. den Globalsummen der Bezirke
eingeflossen und welche fehlen noch
hier: Senatsverwaltung für Inneres und Sport
(Berichtsauftrag aus der 77. Sitzung vom 02.06.2025)

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache den Bericht rote Nr. 2195 I zur Kenntnis.

- b) 7. Zwischenbericht SenInnSport – I A 14 – vom [1264 G](#)
15.08.2025 Haupt
Stand der Stellenbesetzungen in den bezirklichen
Wahlämtern
(Berichtsauftrag aus der 68. Sitzung vom 27.11.2024
und aus der 50. Sitzung vom 15.11.2023)

Steffen Zillich (LINKE) merkt an, dass laut dem Bericht in acht von 36 Arbeitsgebieten die Stellenbesetzungsverfahren in den Bezirken noch nicht abgeschlossen seien. Er bitte darum, bis Frühjahr 2026 in einem Folgebericht darzustellen, welche Bezirke davon betroffen seien und wie sich das auf die Vorbereitung der Wahl im September 2026 auswirke. Sollten Verfahren nicht abgeschlossen werden können, solle dargestellt werden, wie die notwendigen Vorbereitungsarbeiten erledigt würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtswunsch fest.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erklärt, eine der Hauptlehren der Wahl 2023 sei gewesen, das Landeswahlamt und die Bezirkswahlämter neu aufzustellen. Der Bericht gebe den Stand 31. August 2025 wieder. Die Stellungsbesetzungsverfahren liefen mit Hochdruck und würden voraussichtlich bald abgeschlossen sein.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1264 G zur Kenntnis.

- c) Bericht SenInnSport – I E 2 – vom 28.08.2025 [1906 E](#)
Abschlussbericht der AG Zensus Haupt
Bericht zum Stand der Operationalisierung der
Maßnahmenvorschläge der Arbeitsgruppe
„Meldewesen“
(Berichtsauftrag aus der 71. Sitzung vom 22.01.2025)

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache den Bericht rote Nr. 1906 E zur Kenntnis.

Kapitel 0500 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

June Tomiak (GRÜNE) fragt, womit die höheren Ausschöpfungen ab 2026 begründet würden.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) verweist auf die Rückwirkungen aus der PMA-Auflösung – 50 Millionen Euro aus dem Einzelplan 05 – und Coronafolgen.

Manuela Kothe-Dohmen (SenInnSport) ergänzt, dass in dem Titel auch die Ausbildungsgänge für Nachwuchskräfte etatisiert seien. Der Bewerberandrang während Corona sei zurückgegangen. Die Ansätze 2026/2027 seien an die Prognosen zu den Einstellungszahlen angepasst worden.

Vasili Franco (GRÜNE) weist darauf hin, dass die Frage nach der Abschöpfung der Mittel nicht beantwortet sei. Werde das Delta von mehreren Millionen Euro, das in diesem Titel entstanden sei, für die Maßnahmen in der Haushaltswirtschaft herangezogen?

Manuela Kothe-Dohmen (SenInnSport) erklärt, der ursprüngliche Ansatz von 2025 sei für 2026 und 2027 aufgrund der Stellen für die Nachwuchskräfte um 10 Millionen Euro gesenkt worden. Zudem könnten Nachwuchskräfte in der Probezeit befördert werden. Darauf sei der Stellenplan entsprechend angepasst worden, und das spiegle sich in der Ansatzerhöhung wider.

Vasili Franco (GRÜNE) fragt, ob die rund 20 Millionen Euro Differenz zum Ist 2024 explizit für Nachwuchskräfte eingeplant seien.

Manuela Kothe-Dohmen (SenInnSport) bestätigt das. Außerdem seien im Haushalt 2025 24 Stellen für den Katastrophenschutz eingerichtet worden. Der Stellenaufwuchs sei im Haushalt 2026/2027 fortgeschrieben worden.

June Tomiak (GRÜNE) fragt, wie der aktuelle Ist-Stand sei.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) antwortet, dass das aktuelle Ist 32,9 Millionen Euro betrage.

Titel 11153 – Gebühren nach Bundesrecht –

Dr. Hugh Bronson (AfD) fragt, warum die Einnahmen aus Widerspruchsgebühren sowie Staatsangehörigkeitsbescheinigungen stark anstiegen seien. Wie viele Widersprüche und Auskünfte habe es in den Jahren 2024 und 2025 gegeben? Welche Anzahl werde für 2026 und 2027 prognostiziert?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erklärt, die Zentralisierung und die Digitalisierung des Einbürgerungsverfahrens hätten mehr Einbürgerungen und damit mehr Widersprüche verursacht.

Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten –

June Tomiak (GRÜNE) fragt, warum mit einer höheren Ausschöpfung in 2026 gerechnet werde.

Manuela Kothe-Dohmen (SenInnSport) erklärt, im Haushalt 2024/2025 seien 100 Trainee-Stellen geplant, aber nur 50 besetzt worden. Ein neuer Ausbildungsgang mit Zweijahresverträgen für Trainees, die nicht die Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllten, solle dies künftig auffangen. Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport sei die zentrale Einstellungs- und Ausbildungsbehörde für das Land Berlin. Die Fluktuationsprognose belege, dass ausgebildete Beschäftigte in den nächsten Jahren benötigt würden.

Titel 42722 – Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre) –

Titel 44379 – Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte –

Dr. Hugh Bronson (AfD) fragt, warum bei den Ausbildungsentgelten für Praktikanten und Volontäre nur noch ein Merksatz eingestellt und die Ausbildungsentgelte für Tarifbeschäftigte stark gesunken sei. – Weshalb sei der Ansatz für Fürsorgeleistungen in 2026 und 2027 im Vergleich zum Jahr 2025 mehr als halbiert worden, trotz des über diesem Ansatz liegenden Ist in 2024? – Warum seien die Mittel für den neuen Ausbildungsgang in diesem Titel nicht veranschlagt worden?

Manuela Kothe-Dohmen (SenInnSport) führt aus, nur wenige Praktikantinnen und Praktikanten erhielten Entgelte. Sie biete an, die Anzahl der Praktikantinnen und Praktikanten sowie die Begründung zur Reduzierung des Ansatzes für Fürsorgeleistungen nachzureichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält die Berichtsaufträge fest.

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements – Titel 51820 – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management

June Tomiak (GRÜNE) fragt, mit welchen Kosten durch den Umzug von der Klosterstraße 64 in die Klosterstraße 71 gerechnet werde.

Steffen Zillich (LINKE) erkundigt sich, warum in Titel 51715 die Ansätze für die Klosterstraße 64 in 2026 nicht gesenkt und in 2027 fortgesetzt würden, obwohl der Mietvertrag am 30. Juni 2026 auslaufe.

Manuela Kothe-Dohmen (SenInnSport) erläutert, die BIM erstelle derzeit in Abstimmung mit SenFin die Hauptausschussvorlage für die Anmietung. Diese werde im ersten Quartal 2026 dem Hauptausschuss vorgelegt. Da die Höhe der Folgemietkosten noch unklar sei, sei die Miete für die Klosterstraße 64 fortgeschrieben worden. Es werde jedoch mit einer deutlichen Reduzierung gerechnet, da die Klosterstraße 71 ein landeseigenes Gebäude sei.

Steffen Zillich (LINKE) fragt, ob die VE auch für den neuen Mietvertrag gelte.

Manuela Kothe-Dohmen (SenInnSport) bestätigt das.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass die Fragen damit beantwortet seien.

Dr. Hugh Bronson (AfD) kündigt an, dass seine Fraktion weitere Fragen zu diesem Titel nachreichen werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält das fest.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

June Tomiak (GRÜNE) fragt, welche Bereiche auf neue Arbeitswelten umgerüstet würden.

Manuela Kothe-Dohmen (SenInnSport) erläutert, dass die Landeskommission von der Martin-Hoffmann-Straße in das Alte Stadthaus umgezogen sei und das Referat III F – Katastrophenschutz – umgerüstet werde. Zudem sollten im Alten Stadthaus weitere Flächen für Desk-Sharing-Bereiche bis 2027 erschlossen werden. Die Projekte würden von der BIM geplant und durchgeführt.

Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen –

Dr. Hugh Bronson (AfD) möchte wissen, weshalb in dem Titel kein Merkansatz eingestellt worden sei, anders als bei anderen Senatsverwaltungen. Wie stehe die Senatsverwaltung für Inneres und Sport künftig zu diesen Prämien?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) führt aus, dass sich die Senatsverwaltungen verabredet hätten, künftig einheitlich vorzugehen. Er appelliere diesbezüglich auch an den Haushaltsgesetzgeber, im Rahmen der Haushaltsberatungen zu einer gemeinsamen Regelung zu kommen. Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport befürworte die Vergabe von Prämien und werbe daher für den Erhalt eines Merkansatzes.

Steffen Zillich (LINKE) verweist darauf, dass sich der Senat seiner Kenntnis nach darauf geeinigt habe, Prämien als Instrument nicht weiter zu nutzen. Entsprechend dieser Einigung seien im Dritten Nachtragshaushalt Sperren verhängt worden. Wichtiger als die Frage nach der Ansatzbildung sei ein guter und transparenter Umgang mit den Beschäftigten. Er bitte daher um eine schriftliche oder mündliche Darstellung, wie künftig mit Leistungsprämien verfahren werde.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) bestätigt, dass sich der Senat darauf verständigt habe, einheitlich vorzugehen und künftig auf Leistungsprämien zu verzichten.

Titel 52703 – Dienstreisen –

June Tomiak (GRÜNE) bittet um eine Darstellung der CO₂-Abgaben für 2024 und 2025.

Steffen Zillich (LINKE) bittet um eine schriftliche Darstellung, wie die Differenz beim Gender-Budgeting in den einzelnen Dienstreisetiteln und bei den nachgeordneten Behörden zustande komme und welche Ziele es diesbezüglich gebe.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten –

Dr. Hugh Bronson (AfD) fragt, wie viele Verfahren zu Staatsangehörigkeit anhängig seien und für 2026 und 2027 prognostiziert würden. – Welche Vereine seien von den Vereinsverbotsverfahren betroffen?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erklärt, die Zahlen seien Prognosen, die auf Erfahrungswerten basierten.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

June Tomiak (GRÜNE) fragt, was der Auftrag der Voruntersuchungen zur Umsetzung des Berliner Transparenzgesetzes gewesen sei.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) bemerkt eingangs, der Gesetzgeber und nicht der Senat entscheide darüber, ob das Informationsfreiheitsgesetz – IFG – weiterentwickelt oder durch das Transparenzgesetz ersetzt werde. Die technischen Voraussetzungen sowie die Schnittstellen zu Fachverfahren, die für ein Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild notwendig seien, seien geprüft worden. Die Federführung liege bei der Senatskanzlei, die mit dem ITDZ die Umsetzung gestalte.

Titel 54003 – Geschäftsprozessoptimierung –

Steffen Zillich (LINKE) fragt, wie die große Differenz zwischen den Ansätzen und dem Ist 2024 zustande komme.

Manuela Kothe-Dohmen (SenInnSport) erläutert, der Titel korrespondiere mit der Maßnahmengruppe 32 in Titel 51135 – Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln –. Die Titel seien gegenseitig deckungsfähig. Die Digitalisierungsprojekte seien auch in einem Bericht von März 2025 aufgelistet. Zu Beginn des Haushaltsjahres werde in den Ressorts abgefragt, welche Digitalisierungsprojekte vorgesehen seien, fortgeführt oder noch umgesetzt würden. Hauptnutznier der Digitalisierungsprojekte seien die Sicherheitsbehörden, Polizei und Feuerwehr sowie LABO und LEA und zu einem geringen Teil die Senatsverwaltung für Inneres und Sport.

Vasili Franco (GRÜNE) bittet darum, den Titel zur zweiten Lesung zurückzustellen. In den Richtlinien der Regierungspolitik sei festgehalten, dass der Senat so schnell wie möglich ei-

nen Entwurf für ein Transparenzgesetz vorlegen werde. Er bitte darum, dass zur zweiten Lesung beantwortet werde, wann dieser Entwurf vorliege und wer dafür zuständig sei.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag fest.

Steffen Zillich (LINKE) bekräftigt, die Erfahrung habe gezeigt, dass die Mittel nicht immer ausgeschöpft würden. Geschäftsprozessoptimierungen seien die Voraussetzung für Digitalisierungsprozesse. Wie komme SenInnSport zu der Einschätzung, dass diese Prozesse künftig schneller als in der Vergangenheit voranschritten?

Manuela Kothe-Dohmen (SenInnSport) erklärt, der Mittelabfluss solle durch externe Begleitung verbessert werden. Um die Begleitung sicherzustellen, nutze SenInnSport oftmals die externen Rahmenverträge des ITDZ. Bei der Digitalisierung sei der Mittelabfluss höher – siehe Maßnahmengruppe 32 – als bei der Geschäftsprozessoptimierung; ein Positivbeispiel sei das Projekt Transparente Sportstättenvergabe.

Titel 54079 – Verschiedene Ausgaben –

Dr. Hugh Bronson (AfD) bittet um Erläuterung, welche Zahlungsverpflichtungen aus Widerspruchsverfahren bei Einbürgerungen entstanden seien. Weshalb seien die Kosten 2026 drastisch gestiegen?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) verweist erneut auf die gestiegenen Fallzahlen nach der Zentralisierung.

Titel 54057 – Wahlen –

Steffen Zillich (LINKE) fragt, mit welchen Volksentscheiden im Jahr 2027 gerechnet werde.

June Tomiak (GRÜNE) fragt, wie sichergestellt werde, dass am gleichen Tag die Wahl zum Abgeordnetenhaus und der BVVs und bis zu drei Volksentscheiden stattfinden könnten. Welche Vorkehrungen würden getroffen, sollten die Kosten höher als veranschlagt ausfallen?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) verweist darauf, dass im Haushaltsansatz Vorsorge für die Wahl und die Volkentscheide getroffen worden sei. Die Bezirken seien gut aufgestellt. Bei Mehrkosten müsse gegebenenfalls nachgesteuert werden.

Titel 63107 – Ersatz von Ausgaben an den Bund –

Dr. Hugh Bronson (AfD) fragt, wie viel von den insgesamt 212 000 Euro für das Projekt „URA“ – Reintegration und Unterstützung kosovarischer Staatsangehöriger in ihrem Heimatland – vorgesehen sei.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) antwortet, dass für das Projekt 12 000 Euro etatisiert seien.

Titel 54051 – Prävention im Bereich der inneren Sicherheit –

Titel 68558 – Zuschüsse für Projekte der Landeskommision Berlin gegen Gewalt –

June Tomiak (GRÜNE) kritisiert, dass trotz des Erstarkens des Rechtsextremismus und der Zunahme politisch motivierter Gewalt die Präventionsarbeit um rund 1 Million Euro gekürzt worden sei, obwohl der Einzelplan 05 sogar anwachse.

Steffen Zillich (LINKE) verweist diesbezüglich auf den übergreifenden Berichtsauftrag.

Ingo Siebert (SenInnSport) erklärt, die Kürzungen seien bereits im Jahr 2025 vorgenommen worden und würden in 2026 und 2027 fortgeführt. Er verweise diesbezüglich auch auf den Bericht rote Nummer 2026 BT. Rund 1 Million Euro sei umgeschichtet worden und im Vergleich zu 2024 keine Kürzung. – In den Titeln seien keine Mittel für den Sicherheitsgipfel etatisiert, daher könnten diese auch nicht verstetigt oder fortgeführt werden.

June Tomiak (GRÜNE) beantragt, beide Titel zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält das so fest.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

June Tomiak (GRÜNE) fragt, womit SenInnSport die Absenkung des Ansatzes unter das Ist von 2024 sowie die Reduzierung von Beratungsmaßnahmen rechtfertige. Hätten sich die Vorfälle von häuslicher Gewalt in Berlin reduziert, oder seien die Umsetzungsmaßnahmen der Istanbul-Konvention abgeschlossen? Welche Beratungsmaßnahmen würden konkret reduziert?

Dr. Hugh Bronson (AfD) fragt, welche Träger Mittel erhielten.

Ingo Siebert (SenInnSport) antwortet, dass aus diesem Titel das Beratungszentrum zum Schutz vor Gewalt in Familien und im sozialen Nahfeld des Trägers Berliner Zentrum für Gewaltprävention – BZfG – finanziert werde, ein Modellprojekt, das vor zwei Jahren von der Landeskommision übernommen worden sei. Das Beratungszentrum folge dem systematischen Familienansatz bei der Täterarbeit im Kontext häuslicher Gewalt und diene der Umsetzung der Istanbul-Konvention. Ab dem kommenden Jahr werde das Projekt an SenASGIVA übertragen, jedoch weiterhin durch Mittel der SenInnSport finanziert.

Titel 68558 – Zuschüsse für Projekte der Landeskommision Berlin gegen Gewalt –

Dr. Hugh Bronson (AfD) bittet darum, es möge erläutert werden, wofür konkret die 300 000 Euro für die Thematik Cybergewalt/Desinformation aufgewendet werden sollten.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) bringt zum Ausdruck, der Phänomenbereich müsse insgesamt stärker in den Blick genommen werden. In allen Phänomenbereichen seien hohe Aktivitäten feststellbar.

Ingo Siebert (SenInnSport) ergänzt, eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe erarbeite eine Gesamtstrategie zu der Thematik digitale Gewalt im Kontext von Desinformation, Verschwörungsideologien und Extremismus. Auf der Grundlage dieser Gesamtstrategie sollten in den Jahren 2026 und 2027 Projekte und Maßnahmen entwickelt werden. Es sei Aufgabe der Landekommission, für diejenigen Bereiche, für die es noch keine Maßnahmen gebe, solche zu entwickeln. Derzeit stehe noch kein konkretes Projekt fest.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, das Kapitel 0500 sei damit beraten.

Kapitel 0509 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Personalüberhang –

Keine Wortmeldung.

Kapitel 0510 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Sport –

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenInnSport – IV A 2 – vom 03.06.2025 [2026 DB](#)
Drittes Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes Haupt
2024/2025
hier: Folgebericht Instandhaltungsmaßnahmen
Velodrom und Max-Schmeling Halle
(Berichtsauftrag aus der 75. Sitzung vom 02.04.2025)

Steffen Zillich (LINKE) beantragt einen Folgebericht, in dem dargestellt werden möge, welche Instandhaltungsmaßnahmen hätten verschoben oder gestrichen werden müssen, anhand welcher Kriterien priorisiert worden sei und wie sich dies auf die Maßnahmeplanung für die Jahre 2026 und 2027 auswirke.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) erklärt, die Fragen würden schriftlich beantwortet.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2026 DB zur Kenntnis.

- b) Bericht SenInnSport – IV A 31 – vom 03.09.2025 [2345 A](#)
Bewirtschaftungsbericht zu den Rücklagen für die Haupt
Berliner Bäder-Betriebe
(Berichtsauftrag aus der 79. Sitzung vom 02.07.2025)

Steffen Zillich (LINKE) bekundet, er wolle den Bericht gern bei den Titeln aufgreifen, die sich auf die Bäder-Betriebe bezögen.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2345 A zur Kenntnis.

- c) Bericht SenInnSport – IV C 45 / IV C 43 – vom [2313](#)
02.06.2025 Haupt
Vergabe einer externen Beratungsdienstleistung für
die Entwicklung einer Berliner Strategie zur
Bewegungsförderung im öffentlichen Raum
gemäß Auflage A. 20 – Drucksache 19/1350 zum
Haushalt 2024/25

Silke Gebel (GRÜNE) fragt, ob die Projekte von „Berlin bewegt sich“ zentral angesiedelt seien. Sie frage dies vor dem Hintergrund, dass sie nicht mehr im Einzelplan 09 etatisiert seien. Eigentlich handele es sich dabei um eine bezirkliche Aufgabe, weshalb sie wissen wolle, ob es eine Rückkopplung in die Bezirke gebe, damit es nicht allein bei der Entwicklung einer Strategie bleibe.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) trägt vor, die Erarbeitung einer ressortübergreifenden Gesamtstrategie zur Gestaltung des öffentlichen Raums nach bewegungsfreundlichen und -förderlichen Maßstäben sei wichtiger denn je. Der Erarbeitungsprozess der Strategie solle extern gesteuert werden. Unter den Beteiligten befänden sich selbstverständlich auch die zwölf Bezirke, damit in kurzer Zeit ein Ergebnis erzielt werden könne.

Silke Gebel (GRÜNE) bittet darum, dass nach Vorliegen des Konzepts dieses dem Ausschuss vorgelegt werde. Wenn das Konzept übergreifend ausgelegt sei, müssten SenStadt und die Bezirke für dessen Umsetzung Geld erhalten.

Benjamin Fabian (SenInnSport) bestätigt, derzeit befinde man sich im Prozess der Strategieerarbeitung. Gerade in der vergangenen Woche habe ein verwaltungsübergreifender Fachtag zum Thema Bewegung stattgefunden, bei dem sieben Senatsverwaltungen und alle zwölf Bezirke eingebunden gewesen seien. Die Einladung für einen ersten Workshop auf Senatsebene sei ergangen, der zweite Workshop werde sich mit den Bedarfen der Bezirke befassen. Die Umsetzung werde eine Herausforderung sein, wenn bekannt sei, wie strategisch weiter vorgegangen werden solle.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2313 zur Kenntnis.

- d) Bericht SenInnSport – IV D 22 – vom 03.09.2025
**Hochrisikospiele im Rahmen der DFB-
Pokalendspiele und die entsprechenden
Sicherheitskosten**
(Berichtsauftrag aus der 69. Sitzung vom 04.12.2024)

[2184 C](#)
Haupt

Steffen Zillich (LINKE) stellt fest, der Bericht besage, die DFB-Pokalendspiele würden nicht als Hochrisikospiele eingeschätzt. Ihn interessiere, welche Veranstaltungen und Spiele in den vergangenen drei Jahren als Hochrisikospiele eingestuft worden seien und in welchem Umfang man anhand der Bremer Kriterien – gewinnorientiert und mehr als 5 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer – hätte Einnahmen erzielen können.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) legt dar, seit 2019 habe es in den DFB-Pokalendspielen keine Risikospiele gegeben. Die Bremer Regelung zur Kostenbeteiligung bei polizeilichem Mehraufwand sei höchststrichtrich bestätigt und könnte deshalb rechtlich auch in anderen Bundesländern angewandt werden. Um keinen Flickenteppich zu erzeugen, sollten aus Berliner Sicht einheitliche Regelungen gefunden werden. Ein bundeseinheitliches Vorgehen sei deshalb unabdingbar. Die Thematik sei im Vorfeld der Innenministerkonferenz – IMK – im Juni 2025 aufgegriffen worden. Die Gespräche würden bei der Herbst-IMK fortgeführt.

Silke Gebel (GRÜNE) fragt, ob es abseits von DFB-Pokalendspielen Überlegungen des Berliner Senats hinsichtlich des Umgangs mit Hochrisikospiele gebe.

Steffen Zillich (LINKE) unterstreicht, auch ihn interessiere, welche Hochrisikospiele es jenseits der DFB-Pokalendspiele gegeben habe. Er habe wahrgenommen, dass eine bundeseinheitliche Regelung für notwendig erachtet werde. In der Sache falle eine Entscheidung jedoch in die Landeskompetenz. Um die Relevanz des Themas ermessen zu können, habe er darum gebeten, dass anhand der Kriterien der Bremer Regelung für den Zeitraum seit 2023 dargestellt werde, für welche Veranstaltungen in Berlin, die gewerblich orientiert seien und mehr als 5 000 Teilnehmende aufwiesen, eine Einstufung als Hochrisikospiele nach den Bremer Kriterien infrage gekommen wäre und welche Einnahmen damit hätten erzielt werden können. Diese Berichtsbitte erhalte er aufrecht.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) wiederholt, dem Land Berlin sei es wichtig, dass ein bundeseinheitliches Vorgehen Vorrang vor Einzelfalllösungen habe.

Paul Wedeleit (SenInnSport) ergänzt, auf nationaler Ebene gebe es pro Jahr 50 bis 60 Hochrisikospiele von kommerziellen Veranstaltern, also von Fußballvereinen, die im Rahmen einer GmbH oder AG ihren Spielbetrieb organisierten. Diese Vereine spielten in der Regel in der Ersten und Zweiten Bundesliga, zum Teil auch in der 3. Liga bzw. in der Regionalliga. In Berlin fänden rund 10 bis 12 derartige Spiele pro Jahr statt. – Die Zuständigkeit der Bundesländer bei einer möglichen Gebührenregelung konterkariere die nationale Wettbewerbsorganisation durch die Deutsche Fußball Liga GmbH, weshalb es nicht dazu kommen solle, dass unterschiedliche Regelungen in den Bundesländern die sportlichen Wettbewerbe womöglich verzerrten.

Steffen Zillich (LINKE) erklärt, er könne nachvollziehen, dass die Senatsverwaltung die vortragene Linie vertrete. Gleichwohl wolle er eine eigene Einschätzung treffen. Gebe es über

den Fußball hinaus Hochrisikobegegnungen? – Er wolle zunächst lediglich die Zahlen kennen. Welche Schlussfolgerungen daraus gezogen würden, hänge von weiteren Erwägungen ab, die zumindest bei ihm noch nicht abgeschlossen seien.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) erwidert, es kämen zwei bis drei weitere Veranstaltungen in den Bereichen Basketball, NFL und NBA hinzu.

Paul Wedeleit (SenInnSport) bringt zum Ausdruck, die Bremer Kriterien sowie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts besagten, dass eine angemessene Gebührenbeteiligung gefordert werden müsse. Dies bedeute, die Gebühr müsse in einem angemessenen Verhältnis zu den Einnahmen stehen. Die Mehrzahl der Hochrisikospiele in Berlin finde in den unteren Ligen statt, bei denen ein Bruchteil dessen umgesetzt werde, was in der Ersten oder Zweiten Bundesliga zu erzielen sei. Die kommerziellen Veranstaltungen internationaler Natur – wozu auch die vergangenen Spiele der UEFA EURO 2024 zählten – wären ebenfalls betroffen, woraus die Problematik der internationalen Wettbewerbsfähigkeit entstehen würde.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2184 C zur Kenntnis.

- e) Bericht SenInnSport – IV D EURO 16 – vom
01.09.2025
UEFA EURO 2024
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion Bünd-
nis 90 / Die Grünen
(Berichtsauftrag aus der 78. Sitzung vom 18.06.2025)

[0384 AL](#)
Haupt

Silke Gebel (GRÜNE) bezieht sich auf die Aussage in dem Bericht, das Bundesinnenministerium – BMI – habe trotz erneuter Nachfrage keine Aussage über die Höhe der Bundesmittel getroffen, die in weitere Projekte in Berlin geflossen seien. Sei bekannt, weshalb das BMI dazu keine Aussage machen könne? Ihrer Erinnerung nach habe es nämlich weitere Bundesmittel gegeben.

Welche Nutzungsperspektiven für die verschiedenen Vereine und Sportarten sehe der Senat hinsichtlich des Mommsenstadions, nachdem das Stadion nicht als Trainingsstätte für die UEFA EURO 2024 genutzt worden sei? Seien die Sportvereine in die Planung der Sanierungsarbeiten einbezogen worden?

Paul Wedeleit (SenInnSport) berichtet, seitens des Bundes liege keine abschließende Mitteilung darüber vor, welche anteiligen Mittel aus einzelnen Budgetpositionen der einzelnen Bundesressorts auf die UEFA EURO 2024 und dann wiederum auf Berlin entfallen seien. Vermutlich sei die Frage auch gar nicht zu beantworten, weil beispielsweise die Ausgaben für Nachhaltigkeit oder aus dem Wirtschaftsbereich, Steuerbereich und andere mehr nicht konkret hätten veranschlagt werden können. Die im Bericht genannten Bundesmittel seien die Mittel, die dem Senat bekannt seien.

Das Mommsenstadion sei vertraglich betrachtet sehr wohl als Trainingsstätte genutzt worden; leider sei es von keinem Team als solches genutzt worden. Dies sei im Auswertungsprozess gegenüber der UEFA auch als unverhältnismäßig angemerkt worden. Bei der Gesamtentwicklung des Mommsenstadions als drittligataugliches Stadion seien die Maßnahmen mit dem

Bezirk und den Nutzern besprochen worden. Neben der Ertüchtigung für die EURO 2024 – Rasenheizung und Rasen – seien noch mehr Mittel geflossen, damit das Stadion breit genutzt werden könne.

Christian Goiny (CDU) wirft die Frage auf, was aus dem Kunstrasen geworden sei, der vor dem Brandenburger Tor gelegen und für Sportflächen habe weiterverwendet werden sollen.

Paul Wedeleit (SenInnSport) antwortet, der Kunstrasen mit einer Fläche von knapp 50 Prozent dessen, was auf der Straße des 17. Juni gelegen habe, sei auf 24 Sportanlagen verteilt worden.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0384 AL zur Kenntnis.

- f) Bericht SenInnSport – IV D – vom 16.09.2025 [0384 AM](#)
Bereitstellung der nachgefragten EURO 2024 Haupt
Dokumente aus dem Datenraum als einfache
vertrauliche Unterlage
(Berichtsauftrag aus der 78. Sitzung vom 18.06.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0384 AM ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitelübergreifend

Steffen Zillich (LINKE) wünscht, es möge kapitelübergreifend berichtet werden, inwieweit Mittel für eine Olympiabewerbung eingestellt seien und mit welchem Mittelbedarf der Senat darüber hinaus rechne. Darüber hinaus interessiere ihn die sogenannte Sportmilliarde. Wie sehe der Konkretisierungsstand auf Bundesebene aus? Welche Vorbereitungen treffe der Senat, um ggf. dafür Projekte identifizieren und anmelden zu können?

André Schulze (GRÜNE) bittet darum, in dem Bericht zur Olympiabewerbung möge auch darauf eingegangen werden, wie viel Personal bereits jetzt daran arbeite und wie viele Personen dies in den Jahren 2026 und 2027 sein sollten.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) bekundet, die Fragen zur Olympiabewerbung würden schriftlich beantwortet. – Zur Sportmilliarde könne derzeit nichts Konkretes gesagt werden. Die Länder erstellten momentan Übersichten über mögliche Maßnahmen und Vorhaben. Wie die Mittel verteilt würden und welche Summe überhaupt jedem Bundesland zur Verfügung stehe, sei derzeit noch unklar.

Steffen Zillich (LINKE) geht davon aus, dass sich die Angelegenheit angesichts der Haushaltsberatungen im Bund demnächst konkretisiere. Er bitte deshalb um einen Bericht zur zweiten Lesung mit der Darstellung des dann aktuellen Sachstands sowie einer Aussage, welche Maßnahmen sich ggf. für diesen Teil des Sonderprogramms eigneten.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) sagt den Bericht zu.

Titel 12401 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume –

Silke Gebel (GRÜNE) fragt, weshalb der Ansatz für das Velodrom um rund 190 000 Euro niedriger ausfalle als der des Jahres 2025.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) verweist auf die Erläuterung zu dem Titel, in der es heiße, die Pachtzahlungen hätten sich verringert aufgrund gesunkener Grundsteuerbeträge.

Titel 35903 – Entnahme aus der Rücklage nach § 62 LHO –

Steffen Zillich (LINKE) stellt fest, der Rücklage sollten im Jahr 2026 7 Mio. Euro für die Bäder-Betriebe entnommen werden. Einem Bericht habe er jedoch die Summe von 9,5 Mio. Euro entnommen. Er bitte um einen Bericht, in dem die unterschiedlichen Finanzierungsquellen – SIWA, Transaktionskredite, Klimapakt, Haushaltsmittel, eigene Einnahmen, Rücklagen – für die Bäder-Betriebe dargestellt werden sollten. Zudem solle berichtet werden, was konkret mit diesen Mitteln finanziert werden solle.

Nach dem Bericht über die überarbeitete Maßnahmenplanung frage er nach dem überarbeiteten Wirtschaftsplan 2025. Der Wirtschaftsplan sei zugesagt und vorgelegt worden, allerdings habe er die Maßnahmeplanung nicht gefunden. Wann sei mit dieser zu rechnen? Es könnte auch sein, dass es sie übersehen habe.

Aus seiner Sicht sei es schwierig, das Thema Bäder-Betriebe zu diskutieren, weil es einerseits eine Auflage im Haushalts gebe, andererseits aber der Wirtschaftsplan der Bäder-Betriebe nicht rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen vorgelegt werde, weil die Beschlussfassung im Aufsichtsrat erst so spät geplant sei. Dem im Frühjahr 2025 vorgelegten Wirtschaftsplan habe eine Mittelfristplanung gefehlt. Vielmehr sei dort der Stand von 2022 widerspiegelt worden. Demnach werde über die Bäder-Betriebe – über die Zahlen hinaus – auf der Grundlage einer Planung mit dem Stand 2022 diskutiert. Dies sei aus seiner Sicht nicht hinnehmbar. Er könne so nicht einschätzen, was mit den zur Verfügung gestellten Landesmitteln umgesetzt werden könne. Beispielsweise könnte das Parlament auf die Idee kommen, Prioritäten setzen zu wollen, was jedoch nicht machbar sei, wenn die Planungen nicht bekannt seien. Er bitte um eine Stellungnahme, wie es sich mit der Wirtschaftsplanung verhalte und welchen Stand die Maßnahmeplanung habe. Was habe den Senat veranlasst, den Weg der Kapitalzuführung erneut zu beschreiten? Gebe es eine andere Erwartung hinsichtlich der Umsetzungsfähigkeit der Bäder-Betriebe? Er vermute dahinter eine Strategie, die er bitte, hier darzulegen.

Für die Wirtschaftsplanung der Bäder-Betrieb sei offenbar ein erhöhter Bedarf an Ausgaben für die Grundsteuer vorgesehen. Gleichzeitig werde in Aussicht gestellt, dass es diesbezüglich noch Gespräche mit SenFin gebe. Die Hoffnung, diese Gespräche könnten erfolgreich sein, seien aus seiner Sicht in der letzten Hauptausschusssitzung zerstört worden. Daraus ergebe sich die Frage, wie man damit strategisch umgehen wolle. – Er räume ein, dass es theoretisch auch noch möglich sei, dass der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses nicht gefolgt werde, aber zumindest gebe es eine Festlegung des Senats. Er bitte um eine Ausführung dazu, vor allem zu der Frage, wie mit den Pächtern umgegangen werden solle.

Grundsätzlich interessiere ihn, inwieweit SenFin in der Landeshaushaltsordnung Hürden sehe, die Grundsteuer nicht an die Pächter weiterzugeben.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) sagt zu, die Finanzierungssäulen der Bäder-Betriebe würden schriftlich dargestellt. – Die Anlage zum Wirtschaftsplan, also die Mittel- und langfristige Vorhabenplanung der Berliner Bäder-Betriebe sei dem Ausschuss zugegangen. Sie stelle ihr Exemplar gern dem Abgeordneten Zillich zur Verfügung. – In der heutigen Tagesordnung befinde sich die Bitte um Fristverlängerung – rote Nr. 2063 B – für die Vorlage des Wirtschaftsplans 2026 bis zur zweiten Lesung des Einzelplans 05 am 19. November.

Dr. Johannes Kleinsorg (Berliner Bäder-Betriebe – BBB; Vorstandsvorsitzender) erklärt zur Thematik Grundsteuer, die Bäder-Betriebe verfolgten das Thema und befänden sich in engem Kontakt mit den Pächtern, der Innen- und der Finanzverwaltung sowie den Finanzämtern. Die Finanzämter seien alle angeschrieben und auf Dinge hingewiesen worden, für die die BBB Überprüfungsbedarf sehe. Aus Sicht der BBB behandelten die Finanzämter die Sachverhalte unterschiedlich. Die BBB behielten sich vor, ihre Position durch Gutachten noch weiter zu untermauern. Aus Effizienzgründen habe man sich bislang auf einfache Schreiben beschränkt.

Steffen Zillich (LINKE) beharrt darauf, es liege eine Wirtschaftsplanung vor, bei der der Stand der Mittelfristplanung auf dem Stand 2022 sei. Dies sei unbefriedigend und widerspreche in gewisser Weise der Maßnahmeplanung. Die Maßnahmeplanung sei in der Wirtschaftsplanung nicht hinterlegt. Ihm sei bekannt, dass die Bäder-Betriebe die Wirtschaftsplanung erst sehr spät im Jahr in den Aufsichtsrat gäben. Womöglich gebe es dafür sachliche Gründe, gleichwohl stelle dieses Vorgehen ein Problem für die Haushaltsberatungen dar, weil es dem Auflagenbeschluss widerspreche. Der Auflagenbeschluss besage zudem, dass der aktuelle Stand der Wirtschaftsplanung übermittelt werden müsse, was nicht zwingend mit einem Aufsichtsratsbeschluss gleichzusetzen sei. Er bitte darum, dass der Stand des Wirtschaftsplans an den Ausschuss übermittelt werde. – Er erinnere an seine Frage für eine Begründung des Sinneswandels hinsichtlich der Kapitalzuführung an die BBB. Weshalb sei dieses Instrument jetzt erneut gewählt worden? – Habe er die Ausführungen richtig verstanden, dass die Bäder-Betriebe im Zweifel einen abweichenden Gemeinwert gegenüber den Finanzämtern geltend machen wollten und dafür dann auch entsprechende Gutachten beauftragen würden?

Dr. Johannes Kleinsorg (BBB; Vorstandsvorsitzender) bestätigt, dass in Abhängigkeit von den Reaktionen der Finanzämter kostenverursachende Gutachten beauftragt werden sollten. Die BBB verträten den Standpunkt, dass die Fragen nachhaltig und rechtlich belastbar geklärt werden müssten.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) erklärt, die Frage hinsichtlich der Kapitalzuführung an die BBB werde schriftlich beantwortet.

Silke Gebel (GRÜNE) bittet darum, dass die erwähnte mittelfristige Vorhabenplanung der Bäder-Betriebe allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt werde und nicht nur dem Abgeordneten Zillich, denn sie sei – anders als dargestellt – dem Ausschuss bislang nicht zugegangen..

Vorsitzender Stephan Schmidt erklärt, das Ausschussbüro werde dies organisieren.

Titel 51900 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen –

Silke Gebel (GRÜNE) fragt, um welche Grundstücke es dabei gehe und wie die Vergabe der Mittel statfinde. Zu Titel 52610 – Gutachten – wolle sie wissen, ob hier auch die Gutachten zur Vorbereitung und Durchführung Olympischer Spiele etatisiert werden sollten.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) erklärt, die Fragen zur Olympiabewerbung würden schriftlich beantwortet. Zu Titel 51900 stehe alles in der Erläuterung. Es handle sich um Ausgaben für die zentral verwalteten Sportstätten.

Silke Gebel (GRÜNE) bestätigt dies, wobei es weiter heiße:

„(z.B. für die Beauftragung von Eigentümermaßnahmen an der Schwimm- und Sprunghalle im Europasportpark (SSE))“

Sie interessiere deshalb, um welche weiteren Sportstätten es neben dem genannten Beispiel gehe. Zudem sei für die Jahre 2024 und 2025 kein Ist ausgewiesen. Wie sei dies zu erklären? Welche Ausgaben würden für die Jahre 2028 und 2029 erwartet?

Thomas Düring (SenInnSport) erläutert, der Titel sei ursprünglich eingerichtet worden, um im Wege einer Verstärkung Sportstätten dann zu unterstützen, wenn es Sanierungsbedarf gebe. Derzeit seien für diesen Titel keine konkreten Projekte hinterlegt. Die ausgewiesenen Ansätze sollten dazu dienen, die Bruno-Gehrke-Halle zu sanieren.

Titel 54010 – Dienstleistungen –
Titel 53118 – Auswärtige Städteverbindungen –
Titel 54053 – Veranstaltungen –

Steffen Zillich (LINKE) bittet zu Titel 54010 – Dienstleistungen – um einen Bericht, welche Beträge für welche Teilmaßnahmen vorgesehen seien.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass ein schriftlicher Bericht bis zum 19.11.2025 erwartet werde.

Dr. Hugh Bronson (AfD) fragt zum Titel 53118 – Auswärtige Städteverbindungen –, warum das Ist nur 58,68 Euro betrage und wie der Ansatz von 44 000 Euro begründet werde.

Silke Gebel (GRÜNE) bittet, dass zum Pacht- und Betreibervertrag der Waldbühne erläutert werden solle, ob es perspektivisch das Ziel sei, als Land die Waldbühne zu betreiben. Sei geprüft worden, auf welche Einnahmen das Land bei einer Verpachtung gegenüber einem landeseigenen Betrieb verzichte? Angesichts der vielen Veranstaltungen sei es durchaus sinnvoll, eine landeseigene Veranstaltungsorganisation zu betreiben. Was sei der Hintergrund der Beteiligung? Es gebe noch rechtliche Unsicherheiten.

Dr. Hugh Bronson (AfD) bittet zu Titel 54053 – Veranstaltungen – um Erläuterung, wie viel die Jubiläumsveranstaltung 50 Jahre Berlin-Marathon gekostet habe. Das Ist sei mit 1 Mio. Euro sehr hoch. – Welche Veranstaltungen entfielen, sodass die Ansätze für 2026/2027 geringer seien?

Steffen Zillich (LINKE) fragt nach, wer bei der Jubiläumsveranstaltung Träger und Anwendungsempfänger gewesen sei.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) antwortet, dass die Fragen zur Waldbühne und dem Berlin Marathon schriftlich beantwortet würden. – Der Titel der auswärtigen Städteverbindungen betreffe lediglich den Sportteil der Verbindungen. Dort habe es weniger Veranstaltungen gegeben. Beispielsweise sei die Verbindung mit Moskau entfallen.

Dr. Hugh Bronson (AfD) bittet, die Städteverbindungen schriftlich genauer zu erläutern und warum die eingestellten Gelder nicht abgerufen worden seien.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Berichte bis zum 19.11.2025 erwartet würden.

Titel 68402 – Zuschuss an die DKLB-Stiftung –
Titel 68276 – Zuschuss zur Deckung des Betriebsverlustes der großen Mehrzweckhallen –
Titel 54077 – Steuern, Abgaben –
Titel 54107 – Maßnahmen zur Entwicklung der Sportmetropole Berlin –

Dr. Hugh Bronson (AfD) bittet, die Finanzierungsübernahme durch die Deutsche Kassenlotterie Berlin – DKLB – ab 2027 zu erläutern. Warum sei ab 2027 kein Zuschuss mehr notwendig?

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) erinnert, dass es auch eine vierteljährliche Übersicht der Mittelverausgabung der DKLB gebe.

Thomas Düring (SenInnSport) erläutert, dass die DKLB bis zur Abschaffung der Spielbankabgabe die Förderung Berliner Mannschaften in den Bundesligen über die Abgabe finanziert habe. Dann habe der Haushaltsgesetzgeber entschieden, an der Finanzierung festzuhalten und Mittel dafür bereitgestellt. Zur Haushaltskonsolidierung und der unterschiedlichen Anwendung von Förderrichtlinien sei nun geplant, den Zuschuss abzuschaffen und die Finanzierung an die DKLB zurückzuführen. Förderungen der Stiftung seien immer in Stellungnahmen auf Staatssekretärschene anzuzeigen, damit der Stiftungsrat über die Zustimmung zu Förderanträgen entscheiden könne.

Steffen Zillich (LINKE) bittet um Auskunft, inwiefern die Finanzierung durch die DKLB gesichert sei. Sie dies nachhaltig und langfristig zuverlässig? Entspreche die Förderung dem Ansatz von 2026? – Die Spielbankabgabe als Finanzierungsweg sei gewählt worden, um die formalen Kriterien der Förderwürdigkeit freier anwenden zu können. Dies habe dann aus rechtlichen Gründen abgeschafft werden müssen.

Silke Gebel (GRÜNE) fragt nach, wie sich die Konditionen beim neuen Pachtvertrag- und betreibervertrag der Mehrzweckhallen geändert hätten, sodass die notwendigen Ausgaben anstiegen. Welche Ausgaben seien über 2027 zu erwarten? Wie hoch sei der Sportanteil an der Nutzung? – Zu Titel 54077 – Steuern, Abgaben – greife sie auf, dass die Körperschaftsteuer an BBB Infrastruktur GmbH erstmalig im Jahr 2024 erhoben worden sei. Für 2026 und 2027 gebe es einen Aufwuchs gegenüber 2025. Was sei vorher gewesen? – Was sei die neue Prioritätensetzung bei den Maßnahmen zur Entwicklung der Sportmetropole Berlin unter dem Titel 54107 – Maßnahmen zur Entwicklung der Sportmetropole Berlin –?

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) teilt mit, dass die Fragen zu den Mehrzweckhallen und der Sportmetropole schriftlich beantwortet würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass ein schriftlicher Bericht bis zum 19.11.2025 erwartet werde.

René Schülzky (SenInnSport) erläutert zu Titel 54077 – Steuern, Abgaben –, dass die Körperschaftsteuer fällig sei, wenn die BBB Infra GmbH etwa mit dem Verkauf von Grundstücken Gewinne erziele.

Thomas Düring (SenInnSport) antwortet auf die Fragen des Abgeordneten Zillich, dass der veranschlagte Betrag realistisch sei. Mit der DKLB solle eine funktionierende Einigung verhandelt werden, die die Übernahme der Finanzierung durch die DKLB vorsehe, aber weiterhin eine sportfachliche Einflussnahme ermöglichen solle. Für 2026 sei noch eine Finanzierung enthalten, um die Verhandlungen abzudecken.

Steffen Zillich (LINKE) bittet, dass ein Bericht bis 30.06.2026 über die Verhandlungen berichten solle.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass ein schriftlicher Bericht bis zum 30.06.2026 erwartet werde.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Silke Gebel (GRÜNE) bittet um Auskunft, was angesichts der Verzögerungen der aktuelle Zeitplan für das unabhängige Zentrum für Safe Sport sei.

Steffen Zillich (LINKE) teilt mit, dass zu Titel 68419 – Förderung des Sports – schriftliche Fragen nachgereicht würden.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) antwortet, dass die Frage der Abgeordneten Gebel in der Sammelvorlage für den Fachausschuss schriftlich beantwortet sei.

Titel 68506 – Zuschüsse an die Berliner Bäder-Betriebe –

Steffen Zillich (LINKE) fragt nach, welche Wasser- und Öffnungszeiten dem Ansatz des konsumtiven Zuschusses zugrunde lägen.

Dr. Johannes Kleinsorg (Berliner Bäder-Betriebe) antwortet, dass auch in den nächsten Jahren ungefähr 137 000 Wasserstunden erreicht würden.

Steffen Zillich (LINKE) fragt, ob geplant sei, die Öffnungszeiten zu verändern.

Silke Gebel (GRÜNE) bittet um Auskunft, wie versucht werde, der ungleichen Verteilung der Wasserzeiten in den Bezirken entgegenzuwirken. Weitere Fragen zur Prioritätensetzung würden schriftlich eingereicht.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) teilt mit, dass die Frage der Prioritätensetzung in der Sammelvorlage für den Fachausschuss enthalten sei.

Dr. Johannes Kleinsorg (Berliner Bäder-Betriebe) erläutert, dass strukturelle Verschiebungen der Wasserzeiten möglich seien, da manche Sanierungen abgeschlossen würden. Die Sommersaison werde ebenfalls noch ausgewertet. Die Verfügbarkeit von Wasserzeiten müsse in Kombination mit den jeweiligen Hallengrößen bewertet werden. – Die Planungen für die Wasserzeiten der nächsten Jahre seien sehr komplex. Die Versorgung der Bezirke werde anhand verschiedener Parameter bewertet. Es werde bei anstehenden Sanierungen immer versucht, diese ausgeglichen über Berlin zu verteilen. Dies sei aber nicht immer möglich.

Steffen Zillich (LINKE) fasst zusammen, dass die Wasserzeiten auf dem Niveau von 2025 verblieben und Öffnungszeiten nicht strukturell geändert würden, sondern nach Verfügbarkeit der Flächen verteilt. – Wann sei der Planungsprozess der nächsten Jahre abgeschlossen?

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) antwortet, dass die Zusammenfassung korrekt sei.

Dr. Johannes Kleinsorg (Berliner Bäder-Betriebe) antwortet, dass die Planungen am 17.11.2025 dem Aufsichtsrat vorgelegt würden.

Steffen Zillich (LINKE) bittet, dass zusammen mit dem Wirtschaftsplan bis zur zweiten Lesung des Einzelplans am 19.11.2025 berichtet werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass ein Bericht bis zum 19.11.2025 erwartet werde.

Titel 83110 – Kapitalzuführung an die Berliner Bäder-Betriebe –

Dr. Hugh Bronson (AfD) teilt mit, dass weitere schriftliche Fragen nachgereicht würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass so verfahren werde.

Titel 68630 – Zuschüsse für besondere sportbezogene Projekte –

Steffen Zillich (LINKE) teilt mit, dass weitere schriftliche Fragen nachgereicht würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass so verfahren werde.

Titel 89201 – Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen –

Silke Gebel (GRÜNE) fragt nach, was die neue Prioritätensetzung sei, womit der Ansatzrückgang begründet werde. – Weitere Fragen zu den Bäder-Betrieben würden schriftlich nachgereicht.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) teilt mit, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass ein Bericht bis zur zweiten Lesung am 19.11.2025 erwartet werde.

Titel 89360 – Zuschüsse an Sportorganisationen –

Steffen Zillich (LINKE) bittet um Auskunft, welche Auswirkungen der abgesenkten Ansätze erwartet würden.

Thomas Düring (SenInnSport) erläutert zu Titel 86305 – Darlehen an Sportorganisationen – und den Zuschusstitel Titel 89360 – Zuschüsse an Sportorganisationen –, dass keine größeren Auswirkungen der Kürzungen auf das Vereinsinvestitionsprogramm erwartet würden. Wegen der Haushaltskonsolidierung seien die Landesmittel gekürzt worden. Die Finanzierung solle zukünftig vollständig über Lottoeinnahmen und der Refinanzierung der Tilgung erfolgen. Der Vorteil sei, dass je mehr Darlehen bewilligt würden, desto mehr könne über die Tilgung in die Ausgabe zu 100 Prozent zurückgeführt werden. Insofern würden künftige Zahlungen mehr aus gegebenen Zuwendungen refinanziert. Wenn zu viele Landesmittel enthalten seien, würden die zuerst bewilligt, aber nicht zurückgezahlt. Das blockiere das System. Es sei 2003 eine gute Entscheidung gewesen, dass die eingesetzten Lottomittel zu 100 Prozent zurückgezahlt werden müssten. Daher solle das System komplett auf diese Mittel umgestellt werden, um die Maßnahme über die Rückflüsse zu finanzieren.

Kapitel 0509 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Personalüberhang –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0511 – Olympiapark Berlin –

Christian Goiny (CDU) bittet um einen Bericht, der für die jeweiligen Veranstaltungsflächen auf dem Olympiapark darstellen solle, welche Anzahl von Veranstaltungen insbesondere unter dem Aspekt Schallschutz dort pro Jahr möglich seien, wie viele 2025 stattfänden, wie viele für 2026/2027 geplant seien und welche Auflagen und Beschränkungen es gebe sowie wie diese begründet würden. Außerdem solle die weitere Verpachtung der Waldbühne und welche Vorgaben und Auflagen der Senat plane dargestellt werden. Seien Aspekte davon vertraulich, sollten die nicht vertraulichen Teile gesondert dargestellt werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass ein schriftlicher Bericht bis zum 19.11.2025 erwartet werde.

Steffen Zillich (LINKE) bittet um Auskunft, ob es bei der Olympiapark GmbH Probleme geben könnte.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) antwortet, dass ihr keine Probleme bekannt seien.

Titel 51701 – Bewirtschaftungsausgaben –

Titel 12401 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume –

Silke Gebel (GRÜNE) bittet um Erläuterung, warum der Ansatz des Titels 51701 – Bewirtschaftungsausgaben – steige, während der Ansatz des Titels 12401 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume – sinke.

Steffen Zillich (LINKE) fragt nach, warum der Ansatz im Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten – ansteige.

Thomas Düring (SenInnSport) erläutert zu den Bewirtschaftungsausgaben, dass der Anstieg darauf zurückgehe, dass die gestiegenen Energiekosten nun im fachlich zutreffenden Titel abgebildet seien. Bis 2024 sei noch die zentrale Energiekostenzulage des Einzelplans 29 genutzt worden, um die gestiegenen Energiekosten zu finanzieren. – Beim Titel 12401 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume – seien die Energiekosten- und Tariflohnsteigerungen für 2026/2027 höher als für 2025 kalkuliert worden.

Kapitel 0512 – Sportforum Berlin –

Keine Wortmeldungen.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke –

Kapitel 2705 – Aufwendungen der Bezirke – Inneres und Sport – hier nur Maßnahmen mit Sportbezug

Steffen Zillich (LINKE) teilt mit, dass schriftliche Fragen nachgereicht würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass so verfahren werde.

Kapitel 0520 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Verfassungsschutz –

June Tomiak (GRÜNE) fragt nach, auf welche Titel die Novelle des Verfassungsschutzgesetzes Auswirkungen haben werde. Wo seien Neuanschaffungen und strukturelle Anpassungen etatisiert? Könnten die beschlossenen Änderungen 2026/2027 umgesetzt werden, falls die Änderungen nicht etatisiert seien?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erinnert, dass die konkreten Änderungen durch das Parlament als Gesetzgeber abgewartet werden müssten. Für die Auswirkungen auf den Haushalt sei Vorsorge im Haushaltsentwurf getroffen worden.

Titel 51453 – Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT –

Dr. Hugh Bronson (AfD) fragt nach, ob die Titelerläuterung inkorrekt sei. Es werde von einem Mehrbedarf gesprochen, aber der Ansatz sinke von 2025 zu 2026.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erläutert, dass sich bei der Haushaltsaufstellung am Ist des Jahres 2024 orientiert werde. Daher würden für 2026/2027 jeweils 40 000 Euro im Vergleich zu dem Ist von 31 000 Euro von 2024 angesetzt.

Kapitel 0531 – Polizei Berlin – Behördenleitung –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0532 – Polizei Berlin – Landespolizeidirektion –

- a) Bericht SenInnSport – III E 21 – vom 24.06.2025
Bußgeldstelle
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025)

[1824 E](#)
Haupt

Steffen Zillich (LINKE) teilt mit, dass Fragen für einen Folgebericht nachgereicht würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass dies vermerkt sei.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1824 E zur Kenntnis.

- b) Bericht SenInnSport – III E 22-2 – vom 12.06.2025 [1336 C](#)
Schließung der Differenz zwischen Kosten und
Einnahmen bei Kfz-Umsetzungen und Kfz-
Sicherstellungen
(Berichtsauftrag aus der 54. Sitzung vom 01.12.2023) Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1336 C ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 11201 – Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder –

Christian Goiny (CDU) greift auf, dass Bußgeldbescheide seit neuestem für Feuerwehren im Einsatz ausgestellt würden. Diese hätten aber verkehrliche Sonderrechte, sodass das zu unnötiger Bürokratie führe. Ein Bericht solle darstellen, dass diese Praxis wieder abgestellt worden sei und das bisher sich bewährte Verfahren wieder angewandt werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass ein schriftlicher Bericht bis zum 19.11.2025 erwartet werde.

Steffen Zillich (LINKE) fragt nach, ob die Verwarngelder der Parkraumbewirtschaftung Einfluss auf die Einnahmen des Titels habe und ob dies bei den Ansätzen berücksichtigt sei.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) stimmt zu den Bußgeldbescheiden zu, dass das Ziel weniger Bürokratie durch gute Verfahrensabläufe sein müsse. Daher werde mit der Bußgeldstelle ein Verfahren erarbeitet, wie die Anhörungsbescheide bei Sonderrechtsfahrten der Feuerwehr und Polizei reduziert werden könnten. Derzeit führten rechtliche Unklarheiten, ob der Lichtbildauswerter oder die Bußgeldstelle an sich berechtigt seien, Ermessensentscheidungen zu treffen, zu diesem bürokratischen Mehraufwand. Auch mit einem angepassten Verfahren sei es aber nicht möglich, das vollständig zu beenden, da es nicht immer offensichtlich sei, ob eine Sonderrechtsfahrt vorliege oder nicht. – Die mögliche Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung sei im Ansatz des Titels berücksichtigt. Die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung wirkten sich aber im Haushalt der Bezirke aus und seien daher in diesem Titel nicht berücksichtigt.

Christian Goiny (CDU) weist hin, dass der Sachverhalt der Bußgeldbescheide bis Juni reiche.

June Tomiak (GRÜNE) teilt mit, dass zu Titel 11151 – Gebühren nach der Gebührenordnung für die Benutzung polizeilicher Einrichtungen – weitere Fragen nachgereicht würden. – Warum gebe es im Titel 11201 – Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder – eine Fortschreibung der Einnahmeerwartung, obwohl mit der versprochenen Verstärkung der Bußgeldstelle auch mehr Einnahmen aus Verfahren zu erwarten seien?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) weist hin, dass es für eine signifikante Steigerung der Verfahren auch Investitionen in zusätzliche Verkehrsüberwachungssysteme brauche. Das sei bei der derzeitigen Haushaltslage nicht möglich. Die Bußgeldstelle werde so aufgestellt, dass das derzeitige Fallaufkommen abgearbeitet werden könne.

June Tomiak (GRÜNE) kündigt an, dass weitere Fragen schriftlich nachgereicht würden.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Steffen Zillich (LINKE) fragt nach, wie das Absenken der Ansätze für die Postgebühren gerechtfertigt werde. Bußgeldbescheide müssten zugestellt werden.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erläutert, dass die Ausgaben nicht valide zu prognostizieren seien, da diese von den Fallzahlen abhängig seien. Über 80 Prozent des Budgets des Geschäftsbedarfs seien Postgebühren. Der Fokus bei der Beschaffung des Geschäftsbedarfs müsse dies abbilden. Auswirkungen auf die Einnahmen seien nicht zu erwarten, daher werde der Ansatz als auskömmlich bewertet.

Steffen Zillich (LINKE) weist hin, dass angesichts dessen, dass das Ist 2024 höher sei als der Ansatz für 2026/2027, entweder die Fallzahlen oder die Postgebühren zurückgingen. Gegebenenfalls sei das Jahr 2024 ein statistischer Ausreißer aufgrund der Europameisterschaft und könne daher nicht als Basis für die Ansätze herangezogen werden. Sollten weiterhin Bußgeldbescheide bei vergleichbaren Fallzahlen verschickt werden, bedeute dies, dass wohl an anderer Stelle gespart werde.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) führt aus, dass sich die Bußgeldstelle an der Haushaltskonsolidierung beteiligen müsse. Falls die Ansätze wider Erwarten nicht auskömmlich seien, werde gegebenenfalls im Rahmen der Haushaltswirtschaft korrigiert.

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

June Tomiak (GRÜNE) bittet um Klarstellung, ob die neue Prioritätensetzung sei, mehr Mittel für Waffen und Einsatzmittel und weniger für Unterkünfte bereitzustellen.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) antwortet, dass dies so sei.

Titel 51403 – Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen –

June Tomiak (GRÜNE) fragt nach, ob der Instandhaltungsstau beim Bootsbestand abgebaut worden sei. Gebe es bei weiteren Teilen der Fahrzeugflotte der Polizei einen Instandhaltungsstau? Welche Kosten seien für 2028/2029 zu erwarten?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) führt aus, dass zur Sicherstellung der Einsatzfähigkeit im Zeitraum 2026/2027 zwei neue Polizeistreifenboote angeschafft würden und der Sanierungsstau abgebaut werde. Nicht mehr einsatzfähige Fahrzeuge würden ausgetauscht.

June Tomiak (GRÜNE) kündigt an, dass schriftliche Fragen nachgereicht würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass dies vermerkt sei.

Titel 52512 – Verkehrserziehung –

June Tomiak (GRÜNE) bittet um Erläuterung, warum um 70 Prozent gegenüber dem Ansatz 2023 gekürzt werde.

Steffen Zillich (LINKE) kritisiert, dass die Begründung der Kürzungen in der Titelerläuterung wenig sinnvoll sei. Der Ansatz 2026/2027 orientiere sich am niedrigeren Ist 2024, das aber deshalb niedrig gewesen sei, weil Mittel zugunsten einer Softwareentwicklung umverteilt worden seien. Was falle bei der Verkehrserziehung weg?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) stellt klar, dass die wichtige Verkehrserziehung auf dem bisherigen Niveau fortgesetzt werde. Es werde durch digitale Formate wie der Lernsoftware „Straßenfuchs“ ergänzt. Dazu werde in der Sammelvorlage für den Innenausschuss unter der lfd. Nr. 124 ausgeführt. Der Ansatz orientiere sich am Ist 2024.

Steffen Zillich (LINKE) wendet ein, dass das Ist 2025 mit 160 000 Euro schon jetzt höher liege als die Ansätze für 2026/2027 mit jeweils 128 000 Euro. Das werfe die Frage auf, was zukünftig bei der Verkehrserziehung wegfalle. Warum bilde die Umverteilung zugunsten des Titels 81233 – Verkehrsunfallprävention – sich nicht im Ansatz 2025 ab?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) unterstreicht, dass die Mittel auskömmlich seien. Ansonsten werde im Rahmen der Haushaltswirtschaft korrigiert.

Titel 63202 – Ersatz von Personalausgaben an Länder bei Abordnungen und Versetzungen –

Titel 81110 – Polizeiboote –

June Tomiak (GRÜNE) bittet um Auskunft, warum beim Personalausgabentitel der Ansatz 2026 zuerst auf 1,47 Mio. Euro sinke und 2027 wieder auf 2,47 Mio. Euro steige. Seien die Mittel 2026 ausreichend? – Wie würden Klima- und Umweltschutz bei der Ersatzbeschaffung der Boote berücksichtigt? Seien alternative Antriebe geprüft und eine Markterkundung durchgeführt worden?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erläutert, dass der Personalausgabentitel die Kosten für die Unterstützungskräfte beinhalte. Die Ansätze basierten auf den Prognosen des Bedarfs und seien derzeit als auskömmlich bewertet. Das hohe Ist 2024 erkläre sich durch die Europameisterschaft 2024. – Die Neuanschaffung der Polizeistreifenboote sei aufgrund des Umfangs vergaberechtspflichtig und werde daher antriebsneutral ausgeschrieben. Bei der Entscheidung würden die genannten Kriterien berücksichtigt. Es gebe bereits entsprechende Projekte. Ein älteres Polizeistreifenboot sei durch die Polizei selbst mit einem Hybridantrieb umgebaut worden. Mit der SenWiEnBe werde an einem neuen Feuerwehrboot mit alternativen Antrieb gearbeitet.

June Tomiak (GRÜNE) fragt nach, warum im Personalausgabentitel der Ansatz in 2027 stark ansteige. – Habe für die Neuanschaffung der Polizeiboote eine Neuanschaffung stattgefunden?

Christian Goiny (CDU) bittet, dass zur zweiten Lesung des Einzelplans ein Bericht den aktuellen Stand der Anschaffung sowie des Forschungsprojekts des Feuerwehrboots mit Wasserstoffantrieb darstellen solle. Das Projekt sei sehr zu begrüßen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass ein Bericht bis zum 19.11.2025 erwartet werde.

Steffen Zillich (LINKE) unterstreicht, dass beim Titel 63202 – Ersatz von Personalausgaben an Länder bei Abordnungen und Versetzungen – erläutert werden müsse, warum der Ansatz zu 2027 stark ansteige.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) teilt mit, dass die Frage der Ansätze schriftlich beantwortet werde. – Eine Markterkundung für die neuen Polizeiboote sei bereits begonnen.

Titel 81212 – Sicherung/Videoschutz von Polizeiliegenschaften und Schutzobjekten

–

Titel 81215 – Bodycams –

Dr. Hugh Bronson (AfD) greift auf, dass geplant sei, KI-gestützte Aufnahme- und Detektionssysteme zum Schutz von Liegenschaften zu nutzen. Beinhalte dies eine Gesichtserkennung und wie werde der Datenschutz sichergestellt? Wie seien Liegenschaften bislang geschützt worden? – Welche Anzahl von Bodycams werde 2026/2027 angeschafft und wie viele seien 2027 tatsächlich im Einsatz?

June Tomiak (GRÜNE) bittet, dass der Titel Videoschutz zurückgestellt werde. – Welche Folgekosten seien ab 2028 zu erwarten?

Steffen Zillich (LINKE) fragt, ob durch die Anschaffung der KI-Videosysteme eine Einsparung von Personal möglich sei.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) weist hin, dass der Objektschutz der Polizei Berlin nicht nur den Schutz von Liegenschaften des Landes, aber auch des Bundes und jüdischen Einrichtungen durchführe. Perspektivisch brauche es eine Entlastung, wofür Technik genutzt werden solle. Die KI-Systeme, die erprobt werden sollten, hätten eine Verhaltensmustererkennung ohne Gesichtserkennung. Die Datenschutzbeauftragte werde eingebunden. Die Berichte lfd. Nr. 139 und 140 in der Sammelvorlage für den Innenausschuss erläuterten dies genauer. – Die Bodycams seien bereits vollumfänglich beschafft. Es gehe in diesem Titel um Ergänzungs- und Zusatzprodukte und eine Anpassung der Fachverfahren. Beispielsweise sollten die Bodycams automatisch ausgelöst werden können.

Vasili Franco (GRÜNE) bezweifelt, dass der Ansatz ausreiche, um eine Entlastung des Objektschutzes zu erreichen. Im erwähnten Bericht lfd. Nr. 139 werde nur eine Maßnahme in der Kruppstraße erwähnt.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) stellt klar, dass aktuell die Pilot- und Erprobungsphase laufe und die Mittel nur dafür vorgesehen seien. Derzeit werde noch ermit-

telt, welche Liegenschaften erprobt würden. Die Entlastung sei eine langfristige Perspektive über diesen Doppelhaushalt hinaus.

Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen –

June Tomiak (GRÜNE) beantragt, dass der Titel zurückgestellt werde. – Wie würden die Kürzungen bei der Erneuerung des Gerätebestandes gegenüber 2025 gerechtfertigt?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) antwortet, dass dies eine Priorisierungsentscheidung zur Haushaltskonsolidierung sei. Es werde in die Instandhaltung bestehender Automatischer Verkehrsüberwachungskameras investiert, statt neue anzuschaffen.

June Tomiak (GRÜNE) zeigt sich verwundert, da sich Investitionen in Verkehrsüberwachungssysteme amortisierten. Sei es korrekt, dass alle vorhandenen AVÜKs auf Basis des Haushalts der vorherigen Regierung angeschafft worden sei?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erläutert, dass er unter den gegenwärtigen Bedingungen der LHO und der Haushaltskonsolidierung Priorisierungsentscheidungen nötig seien. – Perspektivisch sei ein eigener Wirtschaftsplan der Bußgeldstelle sinnvoll, da derzeit die Kosten für Anschaffungen von Verkehrsüberwachungstechnik im Einzelplan 05, Einnahmen der Bußgelder aber bei SenFin verbucht würden.

Titel 81230 – Drohnen –

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –

Steffen Zillich (LINKE) bittet um Erläuterung, warum die Anschaffung von Einsatzdrohnen unter der Maßnahmengruppe 32 laufe und welchen Einsatzzweck die Drohnen hätten.

June Tomiak (GRÜNE) bittet zum Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –, die Betriebskosten pro Bodycam zu berichten. – Bei den Drohnen sollten die Folgekosten der Drohnenbeschaffung aufgelistet werden. Würden unter dem Titel nur Drohnen oder auch Drohnenabwehr beschafft? Die Art und Höhe für die Jahre ab 2028 bis 2030 solle dargestellt werden. Welches Fähigkeitsprofil werde vorausgesetzt?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erläutert, dass es eine fortschreitende Entwicklung der Gefährdung durch Drohnen gebe, auf die reagiert werden müsse. Der Titel sei unter der MG 32 verortet, da auch Software enthalten sei. Eine andere Position sei aber auch möglich. – Die Drohnenabwehr geschehe nicht durch andere Drohnen, sondern sei eine technische Sperrung eines bestimmten Bereichs für Drohnen. Dies sei bereits bei den letzten Großveranstaltungen in Berlin erfolgreich angewendet worden. Weitere Abwehrelemente und Einsatzbereich von Drohnen sei die Anschaffung von Radarsystemen für den Nah- und Fernbereich bis zu 5 Kilometer, optische Detektionssysteme sowie Drohnen für das schnelle Ermitteln von Personen. Die Berichte lfd. Nr. 153, 154 und 155 in der Sammelvorlage des Innenausschusses führten dies genauer aus.

June Tomiak (GRÜNE) bittet, die Frage der Bodycams zu beantworten.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) teilt mit, dass dies schriftlich erfolge.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass ein Bericht bis zum 19.11.2025 erwartet werde.

Steffen Zillich (LINKE) führt aus, dass er die erwähnten Berichte studieren und gegebenenfalls weitere Fragen schriftlich nachreichen werde. – Wie laufe die Erteilung einer Drohnenführungsberechtigung in der Polizei ab?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erläutert, dass die Ausbildung in der Drohnerschule der Polizei Berlin erfolge. Diese sei schon unter Senator Geisel eingerichtet worden und einzigartig in Deutschland.

Titel 81232 – Videoaufklärung –

June Tomiak (GRÜNE) bittet, dass zum Titel berichtet werde, welche Maßnahmen finanziert würden und wie hoch die Folgekosten seien.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass bis zum 19.11.2025 ein Bericht erwartet werde.

Dr. Hugh Bronson (AfD) bittet, den neuen Ansatz für die Videoaufklärung kriminalitätsbelasteter Orte zu erläutern und welches zusätzliches Personal dafür nötig sei.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erläutert, dass der neue Ansatz auf die Umsetzung des Koalitionsvertrages und der Richtlinien der Regierungspolitik zurückgehe. Die zur Überwachung kriminalitätsbelasteter Orte mit Technik nötigen Rechtsänderungen würden in der 58. Sitzung des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung besprochen. – Kosten summierten sich aus diesem Titel und Mitteln des Sondervermögens. Wenn zugestimmt werde, könne das Projekt 2026 starten. Eine Recherche und Marktanalyse zur Anschaffung der Hardware und Videomanagementsystemen seien initiiert.

June Tomiak (GRÜNE) fragt nach, warum die 2024 für die Videoaufklärung veranschlagten Mittel in Höhe von 1,5 Mio. Euro nicht abgeflossen seien.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) zeigt sich verwundert, da der gedruckte Haushaltsplan keinen Ansatz für 2024 ausweise.

June Tomiak (GRÜNE) erläutert, dass sich das auf Titel 81232 – Videoaufklärung – beziehe.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erläutert, dass der gedruckte Haushaltsentwurf 2026/2027 beim Ist den Stand der Nachtragshaushalte und nicht den Stand des ursprünglichen Haushaltsplans 2024/2025 abbilde. Der Titel sei zur Auflösung der PMA 2024 herangezogen worden.

Kapitel 0543 – Polizei Berlin – Landeskriminalamt –

Titel 51408 – Dienst- und Schutzkleidung –

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung –

June Tomiak (GRÜNE) fragt nach, ob die Beschaffung der Schutzhelme unter Kapitel 2980 – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes –, Titel 81212 – Schutzausstattung Polizei –investiv – zusätzlich zu den hier geplanten Ausgaben erfolge.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) antwortet, dass dies so sei.

Vasili Franco (GRÜNE) fragt nach, warum die Ausrüstungsbedarfe nicht direkt in diesem Titel angemeldet worden seien.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erläutert, dass nach der LHO Ausgaben, die größer als 250 000 Euro seien, in einem Achtertitel als Investitionstitel abgebildet werden müssten.

June Tomiak (GRÜNE) bittet um Auskunft, warum bei den Aus- und Fortbildungen kein Gender Budget möglich sei.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erläutert, dass es in diesem Bereich keine automatisierte Auswertung gebe.

June Tomiak (GRÜNE) vertritt den Standpunkt, dass ein die Ausweisung des Gender Budgets durchaus interessant wäre. Wie könne dies ermöglicht werden?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) weist hin, dass dafür eine sehr aufwändige, händische Auswertung zu erfolgen habe. Außerdem lägen aufgrund einer neuen Datenübermittlungsschnittstelle zur SenFin als zuständige Stelle für das Landespersonal keine Daten für die Vorjahre vor.

Vasili Franco (GRÜNE) fragt zu Schutzhelmen, warum dann die Gesamtsumme für die Anschaffung von Ersatzhelmen trotz einer Höhe von 515 000 Euro in einem Fünftitel abgebildet sei.

Kerstin Alms (SenInnSport) erläutert, dass die Ersatzhelme als Ersatzbeschaffung als konsumtive Ausgabe bewertet worden sei.

June Tomiak (GRÜNE) zeigt sich verwundert, dass das Gender Budget im Bereich Aus- und Fortbildung als einzigen Bereich nicht dargestellt werden könne. Dies solle unbedingt erfolgen.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) bittet, dass aufgrund des Aufwands ein längerer Berichtszeitraum bis zum 15.01.2026 ermöglicht werden solle.

Christian Goiny (CDU) bemängelt, dass die Abfrage des Gender Budgetings wenig sinnvoll sei. Diese Anfrage belaste die Verwaltung stark, aber bislang seien aus den Daten noch keine politischen Handlungen erwachsen. Hier könne eine Entlastung der Verwaltung stattfinden.

Vasili Franco (GRÜNE) vertritt den Standpunkt, dass die Erfassung des Gender Budgets sinnvoll und ohne großen Verwaltungsaufwand möglich sei. In anderen Bereichen könne durchaus bei der Aus- und Fortbildungen die Verteilung dargestellt werden. Mögliche Erkenntnisse seien etwa die Unterrepräsentation von Frauen in Führungspositionen, was schon zu politischen Maßnahmen geführt habe. Im Bereich Aus- und Fortbildungen gebe es das Beispiel, dass bei der Feuerwehr freiwillige Fortbildungsangebote überdurchschnittlich von Frauen wahrgenommen würden, was interessant sei und bei der Weiterentwicklung der Behörde berücksichtigt werden könne.

Franziska Brychey (LINKE) erinnert, dass aufgrund des Verfassungsgrundsatzes der Gleichstellung bei Polizei und Feuerwehr darauf geachtet werden müsse, dass auch weibliche Beschäftigte die Fortbildungen wahrnehmen könnten. Wenn die Daten vorhanden sind, solle geprüft werden, wie diese zur Verfügung gestellt werden könnten.

June Tomiak (GRÜNE) appelliert, dass das bestehende Verfahren so geändert werden solle, dass die Daten zukünftig automatisch erhoben würden, um den Aufwand zu reduzieren.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) führt aus, dass das Berichtsdatum ein guter Kompromiss sei. Kurzfristig könnten die Daten bei den Fortbildungen nicht automatisiert erfasst werden, sodass weiterhin eine manuelle Bearbeitung nötig sei. – Grundsätzlich unternahme die Polizei Berlin eine Vielzahl von Anstrengungen, um die gesellschaftliche Diversität in der Behörde abzubilden. Auf S.102 und 103 des Haushaltsplans seien umfassende Zahlen und Erläuterungen zum Gender Budget der Polizei Berlin dargestellt.

Stellv. Vorsitzender Andreas Geisel hält fest, dass bis zum 15.01.2026 ein Bericht erwartet werde.

Titel 52610 – Gutachten –

June Tomiak (GRÜNE) fragt nach, welche Gutachten in der Haushaltsplanperiode in Auftrag gegeben würden.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) antwortet, dass der Bericht lfd. Nr. 175 der Sammelvorlage des Innenausschusses darstelle, dass sich aufgrund der EURO die Übersetzer- und Dolmetscherleistungen erhöht hätten. – Der Ansatz für externe Gutachter werde an das Ist 2024 angepasst. Die Beauftragung erfolge im Bereich der Ermittlung bei Sexualdelikten. Die Kosten seien bislang aus dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz erfolgt, würden aber zukünftig im EP 05 etatisiert.

Titel 81252 – Zentralstelle Cybercrime –

Dr. Hugh Bronson (AfD) bittet, die unterschiedlichen Jahresansätze zu erläutern.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erläutert, dass derzeit die Zentrale aufgebaut werde. Das bedinge die Schaffung von Strukturen und Abläufen und vorbereitenden Arbeiten zur Beschaffung von Software und Analysetools. Daher stiegen die Ansätze über die Jahre an. 2026 seien es 850 00 Euro und 2027 1,3 Mio. Euro. Die Liegenschaft Augustaplatz werde bis 2028 hergerichtet. Die Finanzierung erfolge durch die BIM und diesen Titel.

Kapitel 0552 – Polizei Berlin – Polizeiakademie –

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung – Titel 52703 – Dienstreisen –

June Tomiak (GRÜNE) bittet, dass zum Titel 52501 – Aus- und Fortbildung – ein Bericht zum Gender Budgeting bis zum 15.01.2025 erstellt werde. – Bei den Dienstleistungen solle ein Bericht die CO₂-Kompensation und das Gender Budgeting erläutern.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) antwortet, dass die Berichtsbitte zu Dienstleistungen bis zum 19.11.2025 erstellt werden könne.

Stellv. Vorsitzender Andreas Geisel hält fest, dass so verfahren werde.

Kapitel 0556 – Polizei Berlin – Direktion Zentraler Service –

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Steffen Zillich (LINKE) bittet um Erläuterung, warum die Ansätze 2026/2027 unter dem Ist des Jahres 2024 lägen. Das solle berücksichtigen, dass im Statusbericht für das Kapitel auch ein Mehrbedarf von 36 Mio. Euro angeführt sei.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) weist hin, dass bereits ein Grundsatzbericht zu den Ansätzen der FM-Titel vereinbart worden sei.

Steffen Zillich (LINKE) antwortet, dass dies im Rahmen des vereinbarten Berichts behandelt werden könne.

Stellv. Vorsitzender Andreas Geisel hält fest, dass ein Bericht bis zum 19.11.2025 erwartet werde.

Titel 68262 – Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an das SILB – Titel 81235 – Beistellungen zur Anbindung der KoopLSt an die Anwendungen der Polizei Berlin –

June Tomiak (GRÜNE) bittet, dass ein Bericht die Nachnutzungsperspektive des Straßenbahndepots Belziger Straße darstellen solle. – Warum sei im Titel 81235 das Ist 2024 so gering? Welche Leistungen hätten 2023 und 2024 nicht erbracht werden können? Wie würden die Kürzungen für 2026/2027 begründet? Was seien die Auswirkungen auf die Arbeit der Kooperativen Leitstelle?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erläutert zum Straßenbahndepot, dass derzeit zwei Machbarkeitsstudien für ein Museum der Polizei, Feuerwehr und einer Traditionsbus-Fahrzeugsammlung in Erarbeitung seien und es Gespräche mit dem Bezirke über dessen Bedarfe gebe. Gegenwärtig werde das Gelände genutzt, um sichergestellte Fahrzeuge unterzubringen. Da der Prozess noch offen sei, sei es noch nicht möglich, einen Zeithorizont zu nennen. – Die Mittel für die Kooperativen Leitstelle seien in 2026 und 2027 dafür gedacht, die technischen Voraussetzungen zu schaffen, um die gegenwärtigen Systeme der Polizei und der Berliner Feuerwehr an die neue Liegenschaft anschließen zu können.

Titel 81179 – Fahrzeuge –
Titel 81236 – Mobile Kommunikation –

Dr. Hugh Bronson (AfD) fragt, welcher Anteil von Sonderfinanzierungsmaßnahmen beim Leasing von Fahrzeugen geplant sei. Sei dies über längere Zeiträume wirtschaftlich? – Wie weit sei das Projekt der mobilen Kommunikation fortgeschritten und wann sei es abgeschlossen? Schon im Ansatz 2025 seien 200 000 Euro eingestellt gewesen. Wann würden die Planungsunterlagen fertiggestellt?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) weist hin, dass bei der Fahrzeugbeschaffung eine offene Ausschreibung zwischen Leasing und Kauf nötig sei. Die LHO und andere Vorgaben setzten voraus, nach wirtschaftlichen Argumenten zu entscheiden. Gegenwärtig seien die Leasing-Angebote noch nicht wirtschaftlicher als der Kauf. Zur Sicherstellung der Einsatzfähigkeit werde aber durch ministerieller Steuerung immer wieder geprüft, unterschiedliche Formate bei der Fahrzeugbeschaffung anzuwenden. – Das Projekt Mobile Kommunikation sei ein Projekt zur Entwicklung verschiedener Programme, um die Sachbearbeitung der Berliner Polizei zu erleichtern. Die Mittel dafür seien auf verschiedene Titel verteilt, je nachdem ob es eine Eigen- oder Fremdentwicklung und investiv oder konsumtiv sei. 2024/2025 seien unter anderem das Bordbuch der Wasserschutzpolizei und eine App für den Zentralen Objektschutz als Eigenentwicklung entwickelt worden. Die App „Unterstützende Sachverhaltserfassung“ zur Erleichterung der mobilen Sachbearbeitung sei das nächste Projekt. Perspektivisch würden weitere Apps entwickelt. Der Beschaffungsprozess erfolge unterjährig unter Berücksichtigung der priorisierenden Bedarfe.

Titel 81235 – Beistellungen zur Anbindung der KoopLSt an die Anwendungen der Polizei Berlin –
Titel 81252 – Ablösung Alttechnik Firewall (Sicherheitgateway) zentral –

Steffen Zillich (LINKE) bittet, dass bei den Titeln ein Bericht die Gesamtkosten sowie die Jahresscheiben zur Einordnung darstellen solle. Bislam sei der Zweck und die Finanzierung unklar. – Bei den noch zu erstellenden Planungsunterlagen der KoopLSt sei unklar, ob die Ausgaben gesperrt seien, weil keine Unterlagen vorlägen. Falls nicht, solle erläutert werden, wann und in welcher Form die Planungsunterlagen vorgelegt würden.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) teilt mit, dass die erste Frage schriftlich beantwortet werde. – Die Planungsunterlagen würden erstellt, sobald der Doppelhaushalt beschlossen sei. Die Maßnahme an sich laufe bereits, aber es gebe unterschiedliche Teilprojekte, die sukzessiv aufeinander folgten.

Stellv. Vorsitzender Andreas Geisel hält fest, dass ein Bericht bis zum 19.11.2025 erwartet werde.

Kapitel 0559 – Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlin –

Steffen Zillich (LINKE) bittet um Auskunft, welchen Stand die Neuverhandlungen zum Hauptstadtfinanzierungsvertrag und dem Teilersatz der hauptstadtbedingten Kosten hätten, was die Strategie bei der haushälterischen Zuordnung sei und ob geplant sei, weitere Kosten den Sicherheitsaufwendungen zuzuordnen.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) führt aus, dass sich der Senat bereits auf die Verhandlungen vorbereite, die im Oktober 2025 starteten. Er erwarte, dass ein besseres Ergebnis mit einem höheren Ansatz verhandelt werden könne. Dazu habe sich der Senat bereits im Vorfeld vorbereitet und die Kosten ermittelt, die tatsächlich aufgrund der Funktion Berlins als Bundeshauptstadt aufräten. Die Differenzierung zwischen Kosten als Bundeshauptstadt und Kosten, die aufgrund der Größe Berlins aufräten, sei komplex. Die Ergebnisse der Verhandlungen seien für Frühjahr 2027 zu erwarten, sodass sie im Doppelhaushalt 2028/2029 berücksichtigt werden könnten.

Steffen Zillich (LINKE) fragt nach, ob es Teil der Verhandlungsstrategie sei, dass die 35 Mio. Euro der Versorgungsbezüge nicht mehr in diesem Kapitel etatisiert seien. Die Verhandlungsstrategie solle erläutert werden. Sollte es Vorbehalte geben, die Strategie offenzulegen, bitte er um das Aufzeigen einer Möglichkeit, wie dieses wichtige Thema dennoch besprochen werden könne.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) stellt klar, dass die Nichtetatisierung keine Strategie sei. Das Kapitel bilde ab, was die Polizei für die Hauptstadtaufgaben benötige. – Der Vertrag gelte bis Ende 2027. Die Verhandlungen würden nicht auf Basis dieses Einzelplans geführt, sondern in einem strukturierten Prozess, in dem detailliert aufgeführt werde, welche Aufgaben zusätzlich seien und wo erledigt würden.

Steffen Zillich (LINKE) stellt fest, dass dann die Frage, warum die Versorgungsbezüge nicht mehr in diesem Kapitel etatisiert seien, beantwortet werden könne.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) bittet, dass die Frage schriftlich beantwortet werden könne, um die Verhandlungen nicht zu gefährden.

Steffen Zillich (LINKE) zeigt sich verwundert, dass die Frage der Etatisierung nicht beantwortet werden könne. SenFin habe ausgeführt, dass der Vertrag bis 2027 gelte und nicht anhand des Doppelhaushalts verhandelt werde. Daher sei eine Antwort möglich.

Manuela Kothe-Dohmen (SenInnSport) erläutert, dass im Zuge der geänderten Veranschlagungssystematik die Versorgungsausgaben nun zentral beim Landesverwaltungsamt nachgewiesen würden, wo bisher schon die Zahlungen erfolgten. Bisher seien die Versorgungsausgaben ein durchlaufender Posten, die im Hauptstadtkapitel nachgewiesen worden seien, und

am 1. Januar eines Jahres ins Versorgungskapitel überführt worden seien. Bei der Verhandlung zum Vertrag seien sämtliche sicherheitsbedingten Ausgaben wie auch die Versorgungsausgaben Teil der Verhandlungsmasse.

Vasili Franco (GRÜNE) bittet um Klarstellung, dass also die Innenverwaltung nicht 35 Mio. Euro mehr habe, sondern die Summe nun in der Gesamtheit in den Einzelplan 29 überführt worden seien.

Steffen Zillich (LINKE) fasst zusammen, dass die Nichtetatisierung also auf die Änderung der Systematik zurückgehe. Der Merkansatz werfe die Frage auf, wie zukünftig die haushälterische Zuordnung sei.

Torsten Schneider (SPD) bittet um Klarstellung, in welchem Titel die Versorgungsbezüge nun etatisiert seien.

Stellv. Vorsitzender Andreas Geisel hält fest, dass ein Bericht bis zum 19.11.2025 erwartet werde.

Kapitel 0561 – Berliner Feuerwehr – Behördenleitung –
Kapitel 0562 – Berliner Feuerwehr – Einsatzbetrieb –
Kapitel 0565 – Berliner Feuerwehr – Zentraler Service –
Kapitel 0566 – Berliner Feuerwehr – Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie –

Christian Goiny (CDU) kündigt an, dass seine Fraktion Fragen schriftlich nachreichen werde.

Stellv. Vorsitzender Andreas Geisel hält fest, dass so verfahren werde.

Kapitel 0561 – Berliner Feuerwehr – Behördenleitung –
Titel 44379 – Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte –

Dr. Hugh Bronson (AfD) bittet um Erläuterung, warum sich die Mittel verdreifachten.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erläutert, dass es die Herausforderung gebe, Gesundheits- und Präventionsangebote und die Rehamaßnahmen selbst durchzuführen. Daher werde ein externer Dienstleister herangezogen, was Mehrkosten verursache.

Kapitel 0562 – Berliner Feuerwehr – Einsatzbetrieb –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0565 – Berliner Feuerwehr – Zentraler Service –
Titel 51479 – Allgemeine Verbrauchsmittel –

Steffen Zillich (LINKE) bittet, dass der erhöhte Bedarf erläutert werde, da sich der Ansatz gegenüber dem Ist 2024 fast verdreifache.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erläutert, dass Ausschreibungen gestiegene Kosten für das Sauerstoffleifflaschensystem, ein spezielles Desinfektionsmittel für die Atemschutzwerkstatt, Schaummittel und Ölbindemittel ergeben hätten.

Titel 81120 – Löschboote –

Titel 81213 – Überwachung der Notstromversorgung –

Dr. Hugh Bronson (AfD) bittet um Auskunft, warum diese Titel wegfielen.

June Tomiak (GRÜNE) fragt nach, wie viele Löschboote Berlin aktuell habe, wo diese stationiert seien, ob die Abdeckung des Stadtgebiets gesichert sei, wie alt die Boote seien und wie lange geplante Einsatzdauer gewesen sei.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erläutert, dass der Titel der Löschboote weg falle, weil derzeit keine Mittel zur Verfügung stünden, neue Boote anzuschaffen. 2021 bis 2025 hätten 500 000 Euro für die Instandsetzung der zwei großen Löschboote aufgewendet werden müssen. Die Feuerwehr arbeite im navisH2-Projekt an alternativen Antriebskonzepten. Es gebe acht weitere ältere Mehrzweckboote der Feuerwehr. – Künftige Anschaffungs- und Wartungsarbeiten der USV-Anlagen der Notstromversorgung seien nun in den Titel 54010 – Dienstleistungen –, Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements – und Titel 81231 – Anlagen zur Sicherstellung der unterbrechungsfreien Stromversorgung der IKT – etatisiert. Damit sei auch weiterhin die Notstromversorgung gewährleistet.

Titel 81215 – Body- und Dashcams –

Dr. Hugh Bronson (AfD) fragt nach, warum der Titel entfalle.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) antwortet, dass die Anschaffung von Bodycams für die Berliner Feuerwehr abgeschlossen sei.

Titel 89101 – Zuweisung an das SILB für den Neubau der Rettungswache Oberschöneweide, Siemensstr. 22 –

Titel 89120 – Neubau von Wachen der Freiwilligen Feuerwehr –

June Tomiak (GRÜNE) bittet, dass der aktuelle Stand der Baumaßnahmen erläutert werde.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) antwortet, dass die Baumaßnahme Rettungswache Oberschöneweide plangemäß laufe. Die Fertigstellung erfolge voraussichtlich im dritten Quartal 2026. – Geplant sei auch ein Neubau der Wachen der Freiwilligen Feuerwehren Wilhelmshagen, Müggelheim und Mahlsdorf. Für die Wache Müggelheim sei ein Baubeginn für Mitte 2026 und die Fertigstellung für Ende 2027 oder das erste Quartal 2028 geplant. Der aktuelle Planungsstand befinde sich in der Leistungsphase 2. – Für die Wache Mahlsdorf sei ein Modulbau an neuem Standort geplant. Dafür sei ein Grundstücksankauf nötig und

noch 2025 vorgesehen, bevor die Planungen beginnen könnten. – Für Wilhelmshagen sei ein Modulbau geplant. Bauvorbereitende Maßnahmen hätten Ende 2024 mit Baumfällungen begonnen. Eine Fertigstellung sei Mitte 2027 geplant. Der gegenwärtige Planungsstand sei, dass die Baugenehmigung seit Dezember 2024 vorliege. Es habe Verzögerungen wegen einer Schadstoffbeseitigung und Brut- und Nistschutz gegeben. Derzeit seien die Planungen in der Leistungsphase 5 bis 6.

June Tomiak (GRÜNE) fragt nach, wie der Brut- und Nistschutz aufgelöst worden sei.

Steffen Zillich (LINKE) fragt nach, warum die Mittel in einem Investitionstitel etatisiert seien und wem diese zugeführt würden.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) antwortet, dass die Mittel die BIM erhalte. – Die Situation der Brut- und Nistplätze sei tierschutzkonform gelöst worden. Es sei zunächst verhindert worden, dass sich weitere Arten ansiedelten.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Steffen Zillich (LINKE) bittet, dass dargestellt werde, warum die Ansätze absänken. Inwiefern würden die bisherigen Zuwendungsempfänger weiter gefördert? Gebe es neue oder fielen welche weg? – Die DLRG befürchte, dass Angebote nicht mehr gemacht werden könnten.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erläutert, dass der Titel Zuwendungen an privatrechtlich organisierte Hilfsorganisationen umfasse. Der Titel sei im Doppelhaushalt 2024/2025 durch Änderungsanträge der Abgeordneten verstärkt worden. Zur Haushaltskonsolidierung würden die Ansätze wieder auf den Haushaltsplanentwurf des Senats vor der Verstärkung zurückgeführt. – Der Fachnormausschuss des Feuerwesens habe 2025 5 500 Euro erhalten und werde 2026/2027 9 000 Euro erhalten. Dies sei eine deutliche Steigerung. Der Ansatz der Zuwendungen an die Arbeitsgemeinschaft Wasserrettungsdienst bleibe mit 465 500 Euro identisch. Bei den Zuwendungen an private Hilfsorganisationen gebe 2026/2027 es eine leichte Reduzierung von 1,6 auf 1 Mio. Euro. Eine signifikante Änderung gebe es bei den Zuwendungen an den Landesfeuerwehrverband e.V., die durch die Abgeordneten erhöht worden seien. 2026 erhalte dieser einmalig noch einmal 200 000 Euro. 2027 entfalle der Ansatz.

Vasili Franco (GRÜNE) bezeichnet es als unverhältnismäßig, dass die Zuwendungen an den Landesfeuerwehrverband bis 2027 komplett gekürzt würden. Die Koalition solle dies anpassen.

Steffen Zillich (LINKE) bittet, dass die erläuterten Teilansätze noch einmal kurz in einem Bericht dargestellt würden.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) weist hin, dass in der Sammelvorlage für den Innenausschuss der Bericht lfd. Nr. 313 die Teilansätze bereits darstelle.

June Tomiak (GRÜNE) kündigt an, dass ihre Fraktion weitere Fragen schriftlich einreichen werde.

[Unterbrechung der Sitzung von 18.21 bis 18.30 Uhr]

**Kapitel 0566 – Berliner Feuerwehr – Berliner Feuerwehr- und
Rettungsdienst-Akademie –**

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung –

Titel 52535 – Aufwendungen im Kontext dualer Studiengänge

June Tomiak (GRÜNE) kündigt an, dass zu den Aus- und Fortbildungen weitere Fragen schriftlich nachgereicht würden. – Welche Konsequenzen hätten die Kürzungen auf die dualen Studiengänge? Warum werde gekürzt?

Stellv. Vorsitzender Andreas Geisel hält fest, dass so verfahren werde.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erläutert, dass die Kürzungen keine Auswirkungen hätten, da die nötigen Mittel im Titel 52501 – Aus- und Fortbildung – abgebildet seien.

Kapitel 0571 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – Leitung –

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung –

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT

June Tomiak (GRÜNE) bittet, dass erläutert werde, warum die Ansätze 2026/2027 unter dem Ist des Jahres 2024 lägen. – Warum werde der Teilansatz – Unterstützungsleistungen zur Weiterentwicklung der digitalen Akte – gekürzt?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) weist hin, dass die Ansätze der Aus- und Fortbildungen an das Ist 2024 angepasst worden seien. – Beim Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT – erhöhe sich der Ansatz bis 2027 aufgrund der Umsatzsteuerpflicht für Leistungen des ITDZ.

June Tomiak (GRÜNE) stellt klar, dass sie zum Teilansatz – Unterstützungsleistungen zur Weiterentwicklung der digitalen Akte – gefragt habe.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erläutert, dass dafür keine Ansätze bereitgestellt würden, weil das Vorhaben, die Fachverfahren an die Digitale Akte anzuschließen, habe verschoben werden müssen.

June Tomiak (GRÜNE) bittet um Erläuterung, aus welchen Gründen dies verschoben werde.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) führt aus, dass die Digitale Akte noch nicht weit genug entwickelt sei, um die Anbindung sämtlicher Fachverfahren zu ermöglichen.

Kapitel 0572 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – Personenstands- und Einwohnerwesen –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0573 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – Kraftfahrzeugzulassung –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0574 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – Fahrerlaubnisse, Personen- und Güterbeförderung –

Steffen Zillich (LINKE) kündigt an, dass seine Fraktion schriftliche Fragen nachreichen werde.

Stellv. Vorsitzender Andreas Geisel hält fest, dass so verfahren werde.

Kapitel 0575 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – Entschädigungsleistungen –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0581 – Landesamt für Einwanderung –

Keine Wortmeldungen.

Stellv. Vorsitzender Andreas Geisel hält fest, dass die erste Lesung des Einzelplans 05 abgeschlossen sei. Personaltitel und Stellenplan seien an den Unterausschuss Bezirke überwiesen worden.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke –

Kapitel 2705 – Aufwendungen der Bezirke - Inneres und Sport – hier nur Maßnahmen ohne Sportbezug

Keine Wortmeldung.

Einzelplan 29 – Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten –

Kapitel 2980 – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes hier: Maßnahmengruppe 05 - Infrastrukturinvestitionen der SV für Inneres und Sport

Steffen Zillich (LINKE) bittet, dass das Kapitel zurückgestellt werde.

June Tomiak (GRÜNE) kündigt an, dass schriftliche Fragen nachgereicht würden.

Stellv. Vorsitzender Andreas Geisel hält fest, dass so verfahren werde.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 4 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2641

[2409](#)
Haupt

**Gesetz zur Änderung des
Landesbeamtenversorgungsgesetzes und zur
Änderung weiterer Vorschriften**

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, den Tagesordnungspunkt zum 5.11.2025 vertagen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2630

[2412](#)
Haupt

**Verwaltung stärken, Service verbessern: Mit der
Flex:Unit gegen Personalmangel**

Der **Ausschuss** beschließt, den Tagesordnungspunkt an den Unterausschuss Bezirke, Personal und Verwaltung sowie Produkthaushalt und Personalwirtschaft zu überweisen.

Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – 11

Punkt 5 A der Tagesordnung

Schreiben SenASGIVA – ZS A 1 (V) – vom 15.09.2025 [2413](#)
Verlagerung der qualifizierten Sperren gemäß Haupt
Anlage 9 zum 3. NHG 24/25 sowie Aufhebung der
Einschränkung der gesetzlichen Deckungsfähigkeit
von durch das Berliner Abgeordnetenhaus
verstärkten Gesamt- oder Teilansätzen gemäß
§ 11 Abs. 3 HG 24/25
hier: Zustimmung

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet, dass ein Bericht bis zur zweiten Lesung am 12.11.2025 die einzelnen Verschiebungen und Entnahmen aus den Titeln darstelle.

Stellv. Vorsitzender Andreas Geisel hält fest, dass ein Bericht erwartet werde.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Schreiben rote Nr. 2413 wie beantragt zuzustimmen und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.